



9. Heft | 30. April 1908

## CARL LEGIEN · DIE TAKTIK DER UNTERNEHMER- VERBÄNDE



WÄHREND die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft regelmässig Rechenschaftsberichte veröffentlichen, die jedemmann zugänglich sind, während die Statuten und Reglements dieser Organisationen allgemein bekannt sind, und die Verhandlungen auf Kongressen und Generalversammlungen in voller Öffentlichkeit geführt werden, ist über die Organisation der Unternehmerverbände, die den Zweck haben die Tätigkeit der Gewerkschaften zu unterbinden, wenig bekannt. Es mag dies in der Natur der Sache liegen. Die Unternehmerorganisationen umfassen nur eine geringe Zahl von Mitgliedern, die sich leicht verständigen können, ohne dass die Öffentlichkeit von ihren Zusammenkünften und Beratungen Kenntnis erhält. Die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen mit ihrem grossen Personenkreis können keine Aktion unternehmen, ohne die jeweilig in Frage kommende Mitgliedergruppe zusammenzuberufen. Das gebietet nicht nur die demokratische Verfassung der Gewerkschaften, sondern es ist zum Gelingen jeder Aktion absolut geboten. Um ein erfolgreiches gemeinsames Vorgehen der Arbeiterschaft zu erzielen, ist Solidarität erforderlich, muss jedes einzelne Mitglied der Organisation über das zu Unternehmende unterrichtet und mit den zu treffenden Massnahmen einverstanden sein. Die für diesen Zweck notwendigen Beratungen werden fast ausnahmslos in voller Öffentlichkeit geführt werden müssen. Auch wenn einmal die Arbeiter die Absicht haben die Teilnahme an den Verhandlungen auf den Kreis der unmittelbar Beteiligten zu beschränken, werden sie durch unsere Gesetzgebung daran gehindert, denn sie werden gezwungen die betreffenden Versammlungen der Polizeibehörde zu melden und Vertreter der Behörde als Überwachende zuzulassen. Dass solche überwachende Beamte oder deren Vorgesetzte von dem Gehörten, das sie nur in ihrer amtlichen Eigenschaft erfahren, auch anderweitig Gebrauch machen, ist oft genug nachgewiesen worden. So sind also die Arbeiter genötigt ihre Angelegenheiten einschliesslich der beabsichtigten Arbeitseinstellungen und der hierbei zu verfolgenden Taktik mehr oder weniger in voller Öffentlichkeit zu beraten. Die Unternehmer dagegen können in Zusammenkünften, die von der Behörde nicht als Versammlungen angesehen werden, sich leicht verständigen, ohne dass man in anderen Kreisen irgend etwas davon erfährt.

Diese verschiedenartige Voraussetzung für die Beratung und Beschlussfassung in den Gewerkschaften und in den Arbeitgeberorganisationen kann aber nicht allein der Grund dafür sein, dass eine so geringe Kenntnis von den Einrichtungen, den Einnahmen und Ausgaben und der Taktik der Unternehmerverbände vorhanden ist. Wenn schon diese selbst vielleicht kein Interesse daran haben über den Mitgliederbestand und die Finanzverwaltung öffentlich zu berichten, so sollte doch eine solche Berichterstattung erfolgen, wenn eine Reichsbehörde darum ersucht. In dem *Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich* ist seit einigen Jahren eine Abteilung *Organisation der Arbeitgeber, Privatangestellten und Arbeiter* vorhanden, in der wohl über die Organisationen der beiden letztgenannten Kategorien sehr eingehende Angaben gemacht werden, über die Organisation der Arbeitgeber aber nicht eine Zahl zu finden ist. Offenbar verweigern die Unternehmerorganisationen dem reichsstatistischen Amt jede Information. Dies kann doch nur in der Absicht geschehen über den Kreis der unmittelbar Beteiligten hinaus keinerlei Mitteilung über den Umfang und die Tätigkeit dieser Organisation gelangen zu lassen. Mit vollem Recht spricht deshalb Professor Brentano von den Organisationen der Arbeitgeber als von »wahren geheimen Gesellschaften«. Das Material, das der Landgerichtsrat W. Kulemann in seinem Buche *Die Gewerkschaftsbewegung* über Arbeitgeberverbände bringt, ist auch wenig umfangreich. Weit reichhaltiger ist die Arbeit Dr. G. Kesslers, die dieser im Auftrage des *Vereins für Sozialpolitik* veröffentlicht hat.<sup>1)</sup> Wenn auch der Verfasser selbst sagt, dass sein Material noch grosse Lücken aufweist, so bietet es doch eine Übersicht über die Unternehmerorganisationen, die einen genügenden Einblick in deren Wesen und Tätigkeit gestattet.

Wenn auch Material über diese Organisationen bis vor kurzer Zeit gar nicht vorhanden war und das jetzt vorliegende sich als recht dürftig erweist, so lässt sich doch an dem Auftreten der Unternehmerverbände bei Bekämpfung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen im Lauf der letzten zwei Jahrzehnte eine bestimmte Taktik nachweisen. Die Massnahmen zur Arbeiterbekämpfung sind im Laufe der Jahre geändert worden. Von der primitivsten Form der Behinderung der Streiks, der Massregelung der für die Gewerkschaften tätigen Personen ist man zur Streikversicherung und zur Beantwortung der Arbeitseinstellungen durch Massenaussperrungen gekommen. Es lässt sich bei dem Vorgehen der vereinigten Unternehmer gegen die Gewerkschaften eine gewisse Reihenfolge taktischer Methoden nachweisen. Diese sind: die Massregelung der einzelnen Gewerkschaftsagitatoren; die Ausgabe von schwarzen Listen, auf denen die für die gewerkschaftliche Bewegung Tätigen verzeichnet sind; die Anwendung von Entlassungsscheinen, durch die unverkennbar oder durch geheime, zwischen den Unternehmern vereinbarte Kennzeichen der Entlassene von der Aufnahme in eine andere Arbeitsstelle ausgeschlossen wird; die Vorlegung eines Reverses, laut dem sich die Arbeiter durch Unterschrift verpflichten keiner gewerkschaftlichen Organisation anzugehören; die Einrichtung von Arbeitsnachweisen, durch die nur solchen Arbeitern Arbeit vermittelt wird, die in keiner Gewerkschaft sind oder doch wenigstens für die Ausbreitung der gewerkschaftlichen Bewegung nicht Propaganda machen; die Gründung von unternehmerfreund-

<sup>1)</sup> Vergl. Dr. Gerhard Kessler *Die deutschen Arbeitgeberverbände* (Leipzig 1907).

lichen Arbeitervereinigungen, die neuerdings *gelbe Gewerkschaften* genannt werden; die Streikversicherung; schliesslich die Massenaussperrung, sofern die Arbeiterschaft eines Berufes oder eines Betriebes versucht ihre Forderung durch eine Arbeitseinstellung durchzuführen. Es lässt sich also bei den Unternehmerorganisationen eine ähnliche Entwicklung zu höheren Formen nachweisen, wie sie sich auch in den Gewerkschaften vollzog. Dort der versuchte Ausschluss einzelner Arbeiter, hier das Vermeiden bestimmter Arbeitsplätze als Anfang gemeinsamen Vorgehens. Primitive, sich als unwirksam oder ungenügend erweisende Kampfmittel werden aufgegeben und neue zeitgemässere angewandt, die eine höhere Form der Organisation bedingen. Damit soll nicht gesagt sein, dass die älteren Kampfmittel nicht mehr zur Anwendung gelangen. Genau wie die Gewerkschaften neben der Massenarbeitseinstellung noch das Mittel anwenden von bestimmten Betrieben die Arbeiter fernzuhalten, gelten auch bei den Unternehmerverbänden Massregelung der Agitatoren und schwarze Listen noch als Kampfmittel, die neben der Massenaussperrung nicht verschmäht werden, sofern sie nur einigermaßen Aussicht auf Erfolg bieten. Die Aufzählung der Methoden der Unternehmerverbände in vorstehender Reihenfolge soll nur dartun, wie die Taktik im Laufe der Jahre sich geändert hat, wie die Unternehmer immer mehr genötigt wurden grössere Opfer für ihre Organisation zu bringen und den vielgerühmten Standpunkt, sie wären *Herren im Hause* und wollten es stets bleiben, immer mehr aufzugeben, sich der Disziplin der Organisation zu unterwerfen und die Bestimmung darüber, ob der Betrieb längere Zeit zu schliessen ist, dem Verband zu überlassen.

Die Mehrzahl der Arbeitgeberverbände ist nach dem Fall des Sozialistengesetzes gegründet worden. Die Versuche, die am Anfang der siebziger Jahre gemacht wurden, Arbeitgeberorganisationen zur Bekämpfung der Streikbewegung ins Leben zu rufen hatten nur wenig Erfolg. Während der Dauer des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie hatten die Unternehmer kein Bedürfnis Organisationen zur Abwehr der Streiks zu schaffen, denn diese Abwehr erfolgte in ausreichendem Masse durch das Gesetz: dieses vernichtete die gesamte Gewerkschaftsbewegung, und als deren Aufbau Mitte der achtziger Jahre langsam wieder erfolgte und sich eine lebhaftere Streikbewegung bemerkbar machte, kam 1886 der bekannte Puttkamersche Streikerlass, durch den die Polizeibehörden angewiesen wurden die Bestimmungen des Sozialistengesetzes auf die Lohnbewegungen zur Anwendung zu bringen und die Leiter dieser Bewegungen aus den Gebieten des kleinen Belagerungszustandes auszuweisen. So durch die Behörden geschützt, hatten die Arbeitgeber es nicht nötig Organisationen zum Schutze des Unternehmergewinns zu schaffen. Es sind deshalb, nach Kessler, in dem Zeitraum von 1882 bis 1888 insgesamt nur 11 Arbeitgeberverbände entstanden. 1889 wurden deren 14 und 1890 29 gegründet. Als das Sozialistengesetz fiel, wurde von den Unternehmern erklärt, dass jetzt die Selbsthilfe platzgreifen, und dass in erster Linie alle sozialistischen Agitatoren aus den Betrieben entlassen werden müssten. Es wurde das System der Massregelung einzelner Personen durchgeführt, und gleichzeitig wurden auch die schwarzen Listen zur Anwendung gebracht. Auch der Versuch missliebige Arbeiter durch gekennzeichnete Entlassungsscheine von der Arbeit dauernd auszuschliessen wurde gemacht.

Besonders tat sich hierbei der *Verband Berliner Metallindustrieller* hervor.

In dem Statut dieses Verbandes war in § 1 Absatz 3 als Zweck der Organisation angegeben »gemeinsame Massregeln durchzuführen, falls in einem der vereinigten Betriebe die Arbeitnehmer versuchen sollten Lohnerhöhungen oder sonstige Forderungen im Wege der Arbeitseinstellung, Sperre, Verrufserklärung oder auf ähnliche Weise zu erringen«. Lag dieser Fall vor, so hatte der betreffende Unternehmer ein »Namensverzeichnis der betreffenden Arbeitnehmer« dem Verbandsvorsitzenden einzureichen, und dieser hatte es »sofort der Arbeitsnachweisstelle mit der Aufgabe zuzufertigen die darin bezeichneten Arbeiter von der Zuweisung an Arbeitgeber auszuschliessen, und zwar so lange, bis ihr von dem Vorsitzenden die Mitteilung zugeht, dass auf Beschluss der zuständigen Organe diesen Arbeitern der Nachweis an Arbeitsgelegenheit nicht länger vorzuenthalten sei«. Am 24. Juli 1890 sendet der Vorsitzende den Mitgliedern ein Exemplar des berichtigten Agitatorenverzeichnisses mit einem längeren Schreiben, in dem auch mitgeteilt wird:

»Durch einstimmigen Beschluss unserer Generalversammlung veranlasst hat die Vertrauenskommission dem königlichen Polizeipräsidium hieselbst 3000 Mark überwiesen mit der Bitte diese Summe denjenigen Beamten zuzuführen, die aus Anlass des 1. Mai über Gebühr angestrengt werden mussten, und deren tatkräftiger Unterstützung wir wesentliche Dienste verdanken.«

Am 12. Juli 1890 bestätigt der Polizeipräsident den Empfang der Summe und gibt über deren Verteilung Auskunft.<sup>2)</sup> In gleicher Weise operierte der *Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover und der angrenzenden Gebiete*. Hier wurden auch die gekennzeichneten Entlassungsscheine in Anwendung gebracht. Der Vereinsvorsitzende berichtete in einem Zirkular, dass die Arbeiter, die wegen dieser Scheine Klage beim Amtsgericht in Hannover führten, von diesem abgewiesen wurden, weil nur in Arbeitsbüchern keine Vermerke gemacht werden dürften:

«Es geht daraus hervor, dass die Entlassungsscheine eine Handhabe bieten können, um mit Leichtigkeit den guten Arbeiter von dem unruhestiftenden oder sozialistischen Arbeiter oder von einem Arbeiter mit sonstigen mangelhaften Eigenschaften sofort unterscheiden zu können.«

Das Vorgehen dieser beiden Verbände, über die authentisches Material vorliegt, zeigt zur Genüge das Bestreben der Unternehmerorganisationen sich der Arbeiter, die für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten, zu entledigen, in dem Glauben damit die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung aufhalten und sich vor Arbeitseinstellungen schützen zu können. Dieses System erforderte keine disziplinierte Organisation und keine erheblichen materiellen Aufwendungen. Aber es war nur für ganz kurze Zeit wirksam. Die Gemassregelten waren genötigt sich einen anderen Erwerb für den Lebensunterhalt zu suchen und erlangten vielfach eine von den Unternehmern unabhängige Stellung, die es ihnen gestattete mit grösserem Erfolg als bisher für die Gewerkschaften Agitation zu betreiben. Darauf glaubten die Unternehmer die Arbeiter dadurch aus den Organisationen zu treiben, dass sie die Unterschrift unter einem Revers verlangten, in dem die Arbeiter sich verpflichteten den Gewerkschaften fernzubleiben. Wurde die Unterschrift versagt, so erfolgte die Aussperrung. Dieses System verursachte dem einzelnen Unternehmer erhebliche materielle Opfer, ohne dass er des Erfolges sicher war. Die Gewerk-

<sup>2)</sup> Die Aktenstücke über diesen Verband und den der Provinz Hannover sind im *Vorwärts* vom 12. April 1891 im Wortlaut veröffentlicht.

schaftsvertreter rieten den Arbeitern solche Reverse zu unterschreiben und getrost Mitglieder der Organisation zu bleiben. Auch im *Korrespondenzblatt der Generalkommission* wurde ein Hinweis darauf gegeben. In einem Artikel vom 21. März 1891 über die Beendigung der Aussperrung der Tabakarbeiter in Hamburg-Altona wurde gesagt, dass die Lohnkommission erklärt habe: »Wenn ihr Fabrikanten angelogen sein wollt, so sollt ihr angelogen werden.« Anschliessend daran wird bemerkt:

»Bei der momentanen allgemeinen Geschäftsstockung sind die Fabrikanten den Arbeitern gegenüber im Vorteil; wie im grauen Mittelalter die Raubritter den einsamen Reisenden überfielen, um ihm sein Eigentum abzunehmen, fallen heute, trotz Gesetz und Recht, die Raubritter der modernen Zeit, die Kapitalisten über die Arbeiter her, setzen ihnen die Pistole auf die Brust und erklären: wenn ihr uns euer Eigentum, das Recht der Vereinigung, nicht herausgibt, dann könnt ihr mit Weib und Kind verhungern. Die Arbeiter haben auf einen Schutz seitens der Behörden nicht zu rechnen, die Behörden sind den Kapitalisten gegenüber machtlos, das Gesetz bietet ihnen keine Handhabe die hochangesehenen Raubritter der modernen Gesellschaft zur Rechenschaft zu ziehen. Nun, Arbeiter, je mehr Wert die Fabrikanten darauf legen euch das Koalitionsrecht zu rauben, umsomehr ist eure Pflicht, dasselbe hochzuhalten. Wir müssen alle unsere Kräfte daransetzen unsere Organisation zu stärken: würden wir ohne genaue Prüfung in jedem einzelnen Falle uns ohne weiteres auf Kämpfe während der jetzt obwaltenden Krisen einlassen, wir würden die Organisation schwächen. Wir müssen mit den Tatsachen rechnen und dürfen uns keinen Illusionen hingeben.«

Es mag das hier vorgeschlagene Verfahren nicht als eine ehrliche Kampfweise angesehen werden, jedoch, warum sollte man dem auf den Raub des Koalitionsrechtes ausgehenden Fabrikanten gegenüber ehrlicher handeln als gegenüber dem Raubritter? Jedenfalls hatte das Vorgehen der Arbeiter den Erfolg, dass die Unternehmer bald davon absahen den Revers allgemein als Kampfesmittel zu benutzen. Mit dem Erstarken der Gewerkschaftsbewegung wurde den Anforderungen auf Austritt aus der Organisation auch grösserer Widerstand entgegengesetzt, wodurch die materiellen Verluste, die den einzelnen Unternehmer trafen, erheblich erhöht und der Erfolg vermindert wurde. Deshalb nahm man von dieser Art der Bekämpfung Abstand. So wurden 1906 von insgesamt 3480 Streiks und Aussperrungen nur 16 wegen Angriffs auf das Koalitionsrecht geführt, während im Jahre 1897 von 578 Streiks und Aussperrungen 51 dem Schutz dieses Rechtes dienten.

Die Einrichtung von Arbeitsnachweisen, die dann in grösserem Masse seitens der Arbeitgeberverbände erfolgte, setzte schon eine höhere Solidarität der einzelnen Unternehmer voraus, sie erforderte auch grössere materielle Leistungen für die Organisation. Aber auch dieses Kampfesmittel versagte, weil es wohl gelang einzelne Arbeiter dauernd aus den Betrieben auszuschliessen, nicht aber die Gewerkschaften selbst zu schwächen. Da anerkanntermassen die organisierten Arbeiter durchgängig die qualifizierteren Arbeitskräfte sind, so ist es den Unternehmern nicht möglich Gewerkschaftsmitglieder durchweg von den Arbeitsstätten der Mitglieder der Arbeitgeberverbände fernzuhalten. Auf die Unterbindung der geschlossenen gewerkschaftlichen Tätigkeit der Arbeiter ist das Bestreben der Arbeitgeberverbände gerichtet, nachdem die Bemühungen den einzelnen Arbeiter aus der Organisation zu treiben vergeblich gewesen sind. Da ein erfolgreiches Vorgehen der Arbeiter auf deren Einigkeit beruht, so suchte man, weil weder Massregelung noch Ausschluss von den Arbeitsnachweisen diese Einigkeit wesentlich zu stören vermochten, ein anderes Mittel

anzuwenden: Zwist unter die Arbeiter selbst zu bringen. Man eröffnete den willfähigen Arbeitern den Zutritt zu den sogenannten *Wohlfahrtseinrichtungen* und suchte dem Organisationsdrang der Arbeiter durch Gründung unternehmerfreundlicher Organisationen Rechnung zu tragen. Da aber Arbeiter, die den *gelben Gewerkschaften* beitreten wollen, nicht bereit sind Opfer für die Organisation zu bringen, so mussten die Unternehmer selbst grössere Summen opfern, damit die Organisationen ihren Mitgliedern etwas zu bieten vermögen. Wenn auch die Aufwendungen, die die Unternehmer für diese Vereine machen, geringer sind als der Vorteil, den sie dadurch haben, dass sie nicht genötigt sind Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzung eintreten zu lassen, so sind doch die aufgewendeten Summen an sich nicht klein. Und dabei hat der Unternehmer nicht einmal die Sicherheit, dass die Mitglieder dieser Organisationen dauernd für ihn zuverlässig bleiben. Es sind immer unsichere Kantönisten, die solchen Vereinen angehören. Wer gegen seine Arbeitsgenossen nicht Solidarität übt, kann auch bei dem Gegner der organisierten Arbeiterschaft kein rechtes Vertrauen finden. Deswegen scheint es mit der Entwicklung dieser Unternehmerschutzvereine, wie sie richtiger genannt werden sollten, weil sie die Bezeichnung *Gewerkschaft* nicht verdienen, nicht recht vorwärts zu gehen, trotz der Bemühungen des *Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie* und der wirksamen Unterstützung einzelner Unternehmerorganisationen.

Die Versuche antigewerkschaftliche Arbeiterorganisationen ins Leben zu rufen sind nicht neu. Neu ist nur die Einheitlichkeit des Vorgehens und die materielle Unterstützung, die diese Organisationsgebilde seitens der Arbeitgeberverbände erfahren. Sehr umfangreich scheinen die Vereine unternehmerfreundlicher Arbeiter nicht zu sein, trotz aller Bemühungen die Arbeiter in sie hineinzutreiben. Es ist nicht zu erwarten, dass durch diese Organisationen die Tätigkeit der Gewerkschaften gehemmt werden wird. Sie können im Einzelfall eine Arbeitseinstellung unwirksam machen, zu einer Desorganisation der Gewerkschaften werden sie jedoch nicht führen. Im Gegenteil, weil keinerlei ideale Gesichtspunkte solche Arbeiter verbinden, sie vielmehr rein materielle Vorteile durch die von den Unternehmern subventionierten Organisationen erhoffen, so ist anzunehmen, dass, wenn sie einmal hoffen durch Anschluss an eine Lohnbewegung mehr Vorteil zu erzielen, sie sich dem Unternehmer nicht verpflichtet fühlen werden, gerade so wie sie wegen des ihnen in Aussicht gestellten Vorteils keine Verpflichtung gegenüber ihren Arbeitsgenossen fühlten. Somit dürfte auch dieses Kampfmittel gegenüber den Gewerkschaften sich nicht bewähren. Namentlich ist mit solchen Vereinen eine Verminderung der Finanzkraft der Gewerkschaften allgemein nicht zu erreichen.

Diese hoffen die Unternehmer nun durch Verlängerung der Streiks und durch umfangreiche Aussperrungen herbeizuführen. Da aber der einzelne Unternehmer oft nicht in der Lage ist seinen Betrieb so lange ruhen zu lassen, bis die einen Kampf führende Gewerkschaft finanziell lahmgelegt ist, so wurde wiederholt daran gedacht eine Streikversicherung einzuführen. Verschiedene Versuche eine solche Streikversicherung für einen grösseren Kreis von **Unternehmern** oder für alle Arbeitgeberverbände zu schaffen scheiterten. So ging auch die mit einem Kapital von 5 Millionen Mark 1897 gegründete Streikver-

sicherungsgesellschaft *Industria* in Berlin nach einjährigem Bestehen wieder ein. Für einzelne Arbeitgeberverbände wurde die Gewährung einer Unterstützung an die von einem Streik betroffenen Mitglieder eingeführt. Eine Vereinigung, die allen Arbeitgeberverbänden eine Versicherung gegen Streiks gewährt, existiert seit dem 1. Juli 1906 in der *Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen*. Die Gesellschaft gewährt den Mitgliedern der angeschlossenen Arbeitgeberverbände für einen Jahresbeitrag von 50 Pfennig für je 1000 Mark der gezahlten Jahreslohnsomme bei Streiks und Aussperrungen eine Entschädigung von  $12\frac{1}{2}$  % des durchschnittlichen Tagesverdienstes der streikenden Arbeiter. Bei Aussperrungen wird dieser Unterstützungssatz nur für die ersten 1000 der Ausgesperrten gewährt; für weitere 1000 werden 10 %, für weitere 2000  $7\frac{1}{2}$  %, für weitere 4000 5 %, und für alle weiteren von einer Firma ausgesperrten Arbeiter  $2\frac{1}{2}$  % des durchschnittlichen Tagesverdienstes gezahlt. Nach diesen Bestimmungen würde eine Firma, welche 10000 Arbeiter ausgesperrt hat, die einen durchschnittlichen Tagelohn von 4 Mark hatten, eine Entschädigung von 2500 Mark pro Tag der Aussperrung aus der Kasse der Gesellschaft erhalten. Die hier geschaffene Organisation scheint geeignet die Unternehmer zu veranlassen eine Arbeitseinstellung möglichst lange hinauszuziehen und sie besonders geneigt zu machen dem Aussperrungsbeschluss des Arbeitgeberverbandes Folge zu geben. Beides entspricht der Taktik, die die Arbeitgeberverbände heute verfolgen, eine Taktik, die darauf hinausgeht die Gewerkschaften durch umfangreiche und langandauernde Aussperrungen finanziell so zu schwächen, dass sie ausser stande sind noch Streiks führen zu können. Die Absicht in dieser Weise die Tätigkeit der Gewerkschaften lahmzulegen besteht bei den Arbeitgeberverbänden schon seit mehreren Jahren, und es sind die verschiedensten Vorschläge gemacht worden diese Absicht zu erreichen, ohne den einzelnen Unternehmer zu sehr zu schädigen. Zunächst wurde bestimmt, dass bei einem Streik ein gewisser Prozentsatz der von den verbandsangehörigen Unternehmern beschäftigten Arbeiter ausgesperrt werden sollte. Da aber bei den Unternehmern der Trieb möglichst viel Gewinn zu erzielen immer noch grösser ist als die Solidarität gegenüber den Klassengenossen, so wurden bei der Durchführung dieses Beschlusses nur die Arbeiter ausgesperrt, bei deren Ausscheiden der Betrieb einige Wochen ungestört fortgesetzt werden konnte. Um die Lasten auf alle vereinigten Unternehmer gleichmässig zu verteilen, wurde dann vorgeschlagen die Arbeiter nach dem Alphabet auszusperrn, das heisst je nach Beschluss des Arbeitgebervereins alle Arbeiter zu entlassen, deren Namen mit den Buchstaben von A bis C beginnen, bei weiterer Ausdehnung der Aussperrung dann die Arbeiter mit den folgenden Buchstaben usw. Diese rein schematische Aussperrung war für viele Unternehmer gleichbedeutend mit einer Stilllegung der Betriebe; der Vorschlag wurde daher nicht angenommen. Einleuchtender schien der Vorschlag zu sein die Arbeiter nach Altersklassen auszusperrn, und zwar mit den ältesten Arbeitern dabei zu beginnen. Man kalkulierte, dass die ältesten Arbeiter, weniger leistungsfähig und im Betriebe entbehrlicher wären, während von der Gewerkschaft mindestens der Unterstützungssatz an die älteren Arbeiter zu gewähren war, den die jüngeren erhielten. Da aber vielfach unter den älteren Arbeitern sich solche befinden, von deren Tätigkeit die Aufrechterhaltung eines

Betriebes abhängt, so wurde auch aus diesem Projekt nichts. Man entschloss sich deshalb, wenn irgend anständig, bei einem Streik alle Betriebe, deren Besitzer dem Arbeitgeberverband angehören, am Orte oder womöglich im ganzen Reiche zu schliessen, um so der Gewerkschaft eine Unterstützungslast aufzuerlegen, die sie nicht lange ertragen kann und sie dadurch zur Zurücknahme der gestellten Forderungen und zur Aufhebung des Streiks zu zwingen.

Diese Taktik wird von den Unternehmerverbänden in den letzten Jahren innegehalten, und die Zahl der Aussperrungen ist seit 1902 ganz erheblich angewachsen. Die Aussperrungen betragen 1902 56 = 6,5 %, 1903 82 = 6,4 %, 1904 112 = 6,9 %, 1905 253 = 10,9 % und 1906 421 = 12,1 % aller Arbeitskämpfe, die in den genannten Jahren stattfanden. Die Aussperrungen endeten keineswegs sämtlich zu gunsten der Unternehmer. Besonders im Baugewerbe erwiesen sie sich vielfach als völlig verfehlt, und es sind Fälle zu konstatieren, in denen die Unternehmer bei Beendigung der Aussperrung sich zu höheren Zugeständnissen verstehen mussten als sie die Arbeiter vor der Aussperrung forderten. Dagegen waren die Gewerkschaften in anderen Berufen oftmals genötigt infolge einer Aussperrung einen begonnenen Streik aufzuheben und die Streikenden zu veranlassen die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen. Dies geschah in einzelnen Fällen, weil tatsächlich die Finanzkraft der betreffenden Organisationen erschöpft war, in der Mehrzahl jedoch aus taktischen Gründen. Infolge der Taktik der Unternehmerorganisationen sind die Gewerkschaften von der früheren Praxis einen Streik eventuell bis zum Weissbluten fortzusetzen abgekommen. Sie halten es für zweckmässiger einen Kampf zu gelegener Zeit abzubrechen und ihn mit voller Kraft nach kurzer Zeit wieder aufzunehmen, auch auf die Gefahr hin, dass die Unternehmer aufs neue eine Aussperrung durchführen.

Durch die Aussperrungstaktik ist die Entwicklung der Gewerkschaften nicht gehemmt worden. Ihre Mitgliederzahl stieg von 733 206 im Jahre 1902 auf 1 689 709 im Jahre 1906. Dieses starke Anwachsen der Gewerkschaften in dem letzten Jahrfünft ist sogar zum Teil direkt auf die Aussperrungen zurückzuführen. Die Arbeiter, die entlassen wurden, ohne der Unterstützung seitens der Gewerkschaften sicher zu sein, lernten den Wert der Organisation kennen und wurden deren Mitglieder, um bei einer späteren Aussperrung vor der Not geschützt zu sein. Aber auch die eigentliche Absicht, die die Unternehmer mit den Massenaussperrungen verfolgten, haben sie nicht erreicht. Eine Verminderung des Vermögens der Organisationen ist infolge der Aussperrungen nicht eingetreten. Im Gegenteil, die organisierten Arbeiter zeigten eine solche Opferwilligkeit, dass eine starke Erhöhung des Gesamtvermögens der Gewerkschaften während der Aussperrungsperiode zu verzeichnen ist. Obgleich von 1902 bis 1906 für Streiks und Aussperrungen 37 101 385 und für Aussperrungen allein 13 485 800 Mark verausgabt wurden, stieg der Vermögensbestand der Gewerkschaften in diesem Zeitraum von 10 253 559 auf 25 312 634 Mark. Nach diesem Ausgang des Kampfes ist nicht anzunehmen, dass es den Arbeitgeberverbänden gelingen wird mit ihrer Aussperrungspraxis die Gewerkschaften zu schwächen. Bei der wachsenden Konzentration der Kräfte auf beiden Seiten ist jedoch zu befürchten, dass es in absehbarer Zeit zu einem gewaltigen Zusammenstoss der organisierten Arbeiterschaft mit dem



organisierten Unternehmertum kommen wird. Wie immer auch der Ausgang eines solchen Kampfes sein wird, er wird nicht zur Folge haben, dass die Gewerkschaften im Lohnkampf ohnmächtig und bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgeschaltet werden, seine Folge wird vielmehr die Anerkennung der Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiterschaft und als gleichberechtigter Faktor bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse sein. Erst dann wird es allgemein zu Tarifabschlüssen von Organisation zu Organisation kommen.

Nach dem Verhalten der Unternehmerorganisationen ist nicht zu hoffen, dass sie ohne einen solchen Kampf zur Anerkennung der Gewerkschaften gelangen werden, denn alle Massnahmen die sie treffen, die ganze von ihnen innegehaltene Taktik geht darauf hinaus die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter zu beseitigen oder doch unwirksam zu machen. Ein solches Unternehmen ist nur töricht zu nennen. Die Gewerkschaften sind ein notwendiges Ergebnis der heutigen Produktionsweise. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit beruht auf dem Bestreben aus dem Ertrag der Arbeit möglichst viel für den einen oder für den anderen Teil zu erhalten. Solange die heutige Produktionsweise besteht, kann dieser Gegensatz nicht aufgehoben werden, und er bedingt wiederum die Vereinigung der Arbeiter zu dem Zweck sich einen möglichst grossen Anteil am Ertrage der Arbeit zu sichern. Deshalb ist das Streben der Unternehmer die Gewerkschaften zu beseitigen aussichtslos. Diese können den weiteren Massnahmen der Arbeitgeberverbände ruhig entgegensehen. Sie werden mit erneuter Kraft sich für die kommenden Kämpfe rüsten müssen, sie brauchen indes über deren Ausgang und Wirkung nicht in Sorge zu sein.<sup>1)</sup>

XX

## WOLFGANG HEINE · DIE BEDEUTUNG DES REICHSVEREINSGESETZES



Die Verhandlung des Reichsvereinsgesetzes, die zu seiner Annahme noch vor Ostern führte, erfordert einige kritische Bemerkungen. *Verhandlung* sollte man eigentlich nicht sagen, noch weniger kann man von einer *Beratung* im Reichstage sprechen. Dies wichtige Gesetz, das vermutlich für Jahrzehnte die äusseren Formen der politischen Agitation in Deutschland bestimmen wird, hat nur eine Spezialberatung erlebt, nämlich die der ersten Lesung der Kommission. Hier konnte die Opposition die Tragweite der einzelnen Bestimmungen eingehend erörtern und die Notwendigkeit von Verbesserungen nachweisen. Namentlich die Sozialdemokratie hat dies gründlich getan. Trotz aller beschwichtigenden und ablehnenden Erklärungen der Regierung war es der Mehrheit der Kommission nicht möglich sich den durchschlagenden Argumenten der Opposition völlig zu entziehen. Das Ergebnis waren die Beschlüsse der ersten Lesung der Kommission, die, wie in dieser Zeitschrift bereits ausgeführt worden ist<sup>1)</sup>, zwar nicht allen grundsätzlichen Anforderungen entsprochen, auch für erhebliche Teile Deutschlands einen Rückschritt bedeutet haben würden, die aber immerhin

<sup>1)</sup> Vergl. meinen Artikel *Die Aussichten des Reichsvereinsgesetzes* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 334 ff.

für Preussen, Bayern, Sachsen und eine Anzahl der Kleinstaaten eine nicht unwesentliche Verbesserung des Vereins- und Versammlungsrechts gewesen wären.

Da kam zwischen der ersten und zweiten Lesung der Kommission der berühmte Kompromiss zu stande. Die freisinnigen Führer, die heilig versichert hatten an ihren Beschlüssen festzuhalten, namentlich das Sprachenverbot unbedingt abzulehnen, ja die noch neue Verbesserungen des Gesetzes, zum Beispiel auf dem Gebiete des Plakatwesens, in Aussicht gestellt hatten, knickten zusammen. Von nun an war die parlamentarische Behandlung des Gesetzes eine Fiktion, um nicht zu sagen eine Komödie. Die zweite Lesung der Kommission wurde in zwei Sitzungen eilig durchgepeitscht. Im Plenum des Reichstags erforderte zwar die zweite Lesung, die geschäftsordnungsgemäss die Besprechung der einzelnen Bestimmungen bringen muss, vier Tage, aber es war eine völlig fruchtlose Tätigkeit. Die Blockführer verweigerten selbst die Abstellung offenkundigster Mängel, zum Beispiel einer sprachwidrigen Formulierung, und verteidigten ihr Werk nur mit allgemeinen Entschuldigungen. Von einer gemeinsamen Arbeit des Reichstags an dem Gesetz war keine Rede mehr. Man fragt sich, welchen Zweck die mehrfache Verhandlung in Kommission und Plenum noch haben soll, wenn der Block, nachdem er seine inneren Zwistigkeiten ausgeglichen hat, nur noch dekretiert, nicht mehr berät. Ein solches Treiben verletzt die parlamentarische Ehrlichkeit.

Dass dabei die Blockmehrheit nicht einmal den parlamentarischen Anstand besass die Kritik ihrer Gegner anzuhören, mag nur nebenbei erwähnt werden. Die Unsitte lauter störender Gespräche, die auf den Redner und die Abgeordneten, die ihn hören wollen, nicht die geringste Rücksicht nehmen, ist im deutschen Reichstag bei sämtlichen Parteien in einer unerträglichen Weise im Schwange. Der Leser eines Parlamentsberichts macht sich wohl keine rechte Vorstellung davon, dass viele Abgeordnete gegen ihre auf der Tribüne stehenden Kollegen ein Betragen zeigen, das sie an keinem Biertisch wagen würden. Ich denke dabei nicht an Zwischenrufe, zu denen mancher Redner unmittelbar herausfordert, und die die Verhandlung gerade beleben können, sondern an das rücksichtslose Geschwätz, das jedem Menschen mit nicht abgestumpften Nerven, jedem, der der Diskussion mit Interesse folgen möchte, den Aufenthalt im Plenarsaal zur Qual und das Sprechen von der Tribüne zum Ekel macht. Diese Unmanier hat sich noch wesentlich gesteigert, seit das Diätengesetz eine weit grössere Zahl von Abgeordneten im Reichstage zusammenzuhalten pflegt, von denen viele nicht allzu grosses politisches Interesse haben mögen. Wie sich aber die Mehrheit bei der zweiten Lesung des Vereinsgesetzes im Plenum betrug, das überstieg das Übliche noch ganz bedeutend. Wenn schon die Blockabmachungen jede Möglichkeit von Abänderungen ausgeschlossen, so beseitigten sie damit nicht die Pflicht des Reichstags zu der geschäftsordnungsmässig vorgeschriebenen Spezialberatung. Wollten die Herren vom Block sich daran nicht beteiligen, so standen ihnen für ihre Gespräche die mustergültigen Klubsessel der Couloirs zur Verfügung. Das störende Betragen im Plenarsaal war nicht nur eine Missachtung der Kollegen von der Minderheit sondern des Parlamentes selbst und musste die Redner zwingen sich ihrerseits zu helfen, so gut es ging. Auf die Gefahr hin persönlicher Empfindlichkeit geziehen zu werden, halte ich es für nötig dies einmal in der

Presse auszusprechen. Ich kann es um so eher tun, als ich persönlich die Aufmerksamkeit des Hauses zu besitzen pflege und auch in diesem Falle — freilich durch vielleicht nicht ganz parlamentarische Gewaltmittel — die schlimmsten Schwätzer zur Ruhe gebracht habe.

Vielleicht hätte die Opposition erklären können oder auch sollen, sie hielte sich zu gut, um an einer solchen den Parlamentarismus herabwürdigenden Scheinberatung teilzunehmen und ihr durch Einbringung und Begründung von Anträgen noch den Anschein einer ernsthaften Verhandlung zu verschaffen. Indessen haben diese Anträge die Freisinnigen mehrfach in die Verlegenheit gebracht ihre Wortbrüchigkeit nochmals offen zu dokumentieren und gegen Reformvorschläge zu stimmen, die ihre eignen Anhänger gefordert hatten. Auch die konservativen und christlichen Arbeitervertreter sind dadurch gründlich enthüllt worden. Das Märchen von dem Liberalismus des Vereinsgesetzes und der ganzen Bülow'schen Blockpolitik ist in dieser Diskussion gebührend zerstört worden. Allen Versuchen der Blockpolitiker die öffentliche Meinung irrezuführen muss noch einmal das tatsächliche Ergebnis entgegeng gehalten werden: Die Annahme des Reichsvereinsgesetzes ist eine Schmach, nicht weil nicht alles erreicht worden ist, was das deutsche Volk billigerweise verlangen kann, sondern weil wenn man die Summe zieht, für die Freiheit so gut wie nichts erreicht worden ist, ja schlimmer, weil der gesetzliche Zustand in wesentlichen Punkten verschlechtert worden ist. Die Bureaucratie hat auf nichts verzichtet, das nicht bereits völlig veraltet und theoretisch wie praktisch unhaltbar gewesen wäre, wie die Mitgliederliste und das Verbot der Beteiligung von Frauen. Alle sogenannten *Koncessionen* der Regierung bestehen in wohlklingenden Erklärungen, deren Wert für die praktische Auslegung noch sehr problematisch ist, oder sie sind bedenklich verklusuliert, wie die Exemption gewerblicher Versammlungen von der Meldepflicht (§ 6 Absatz 3) und die Zulassung der Verlegung von Versammlungen ins Freie (§ 8), so dass von einem sicheren Gewinn nicht die Rede sein kann. Alle wirklichen Opfer der Grundsätze und der praktisch vorhandenen Freiheiten hat der Liberalismus gebracht.

Eine Verbesserung ohne Vorbehalt ist nur für Mecklenburg, das rückständigste deutsche Ländchen, anzuerkennen. Für Preussen, Bayern, Sachsen, die Reichslande und die meisten Kleinstaaten sind gewisse Erleichterungen gewährt. Die Zulassung der Frauen kommt Preussen, Bayern und einer Anzahl kleiner Staaten zu gute. Sie hat aber mehr theoretische als praktische Bedeutung. In Preussen wenigstens wurde in den letzten Jahren das Verbot sehr lax gehandhabt. Frauen konnten an Gewerkschaften allgemein teilnehmen, in den Versammlungen eigentlicher politischer Vereine im Sinne des Preussischen Vereinsgesetzes wurden sie geduldet. Immerhin hat die Erhöhung der Rechtssicherheit ihren Wert. Die Abschaffung der Einreichung der Mitgliederliste befreit die Vereine in Preussen und ebenfalls den meisten Kleinstaaten von einer namentlich für die Gewerkschaften lästigen Fessel. Leider aber ist es trotz der Erklärungen des Staatssekretärs noch nicht völlig sicher, dass der Polizei nicht doch noch auf Umwegen das Recht zuerkannt wird Auskunft über die Namen der Mitglieder zu fordern. Gelingt es der Polizei einen solchen Anspruch durchzusetzen, so bringt das neue Gesetz in dieser Beziehung lediglich eine Erleichterung für die Polizei, keinen Schutz des

Vereins- und Koalitionsrechts. Diese Verbesserungen werden aber durch wesentliche Verschlechterungen mehr als aufgewogen. Wird doch sogar in Sachsen und Bayern, gar nicht zu reden von Baden, Württemberg und Hessen das Recht zu Versammlungen unter freiem Himmel der Polizeiwilkkür anheimgegeben.

Für Preussen ist die ärgste Verschlechterung das Verbot der Teilnahme von jugendlichen Personen unter 18 Jahren an *politischen* Vereinen und Versammlungen. Preussen war bisher so glücklich eine solche Beschränkung nur für »Schüler und Lehrlinge« zu kennen, und auch nur für »Vereine, die bezweckten politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern«. Da jetzt das Verbot auf alle »politischen Vereine« und »sämtliche politischen Versammlungen« ausgedehnt ist, da die herrschende Judikatur die Begriffe *politisch* und *öffentlich* auf das weiteste auslegt, und die Mehrheit alle Anträge, die eine scharfe, klare Begrenzung forderten, abgelehnt hat, ist anzunehmen, dass die Praxis alle Personen unter 18 Jahren auch von den Gewerkschaften, von Bildungsvereinen, Turnvereinen und Sportklubs aller Art ausschliessen wird. Die Vorgänge in Sachsen und Preussen lassen in dieser Richtung das schlimmste befürchten. Diese Bestimmung widerspricht direkt den wirtschaftlichen Bedürfnissen und der ganzen Zeitentwicklung, die die Jugend früh selbständig macht; sie ist eine Versündigung an der geistigen und körperlichen Wohlfahrt der Jugend namentlich der Arbeiterklasse. Von geistigen Interessen, von gesundem Sporttreiben, jagt das Gesetz die Jünglinge in die Animierkneipen. Dabei ist hervorzuheben, dass die Gründung der Arbeiterturnvereine und Arbeitersportvereine nicht etwa der Absicht entsprungen ist in diesen Vereinen Politik zu treiben. Sie war vielmehr eine natürliche Folge der sich verschärfenden sozialen Gegensätze, die namentlich in mittleren und kleinen Städten sehr stark hervortreten, Gegensätze der Lebensführung und aller möglichen Äusserlichkeiten, die trotz der Hebung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse nicht geringer sondern immer stärker werden. Dazu aber kam die in bürgerlichen Kreisen sich neuerdings einwurzelnde Mode byzantinisch serviler Sitten, an den Haaren herbeigezogener Loyalitätsdemonstrationen, kamen Reserveoffiziersallüren, der Antisemitismus usw.; alles Dinge, die früher in bürgerlichen Turn- und Sportvereinen kaum bekannt waren, jetzt aber so überwuchern, dass ein freidenkender Arbeiter solchen Vereinen vielfach nicht mehr angehören kann, wenn er nicht in peinliche, seine Selbstachtung verletzende Lagen kommen will. Ein solcher Gewissenszwang gilt ja aber im preussisch-deutschen Reich für anständig und politisch weise. Männer, die sich *freisinnig* nennen, haben beim Vereinsgesetz das ihrige getan ihn zu unterstützen. Das Jugendlichenverbot ist das Produkt eines Spiels mit verteilten Rollen, wobei die Regierung die dankbare Partie des Liberalen spielte, während der Liberalismus als Handlanger der konservativen Reaktion zu agieren hatte.

Württemberg, Baden und Hessen, die bisher das freieste Vereins- und Versammlungsrecht hatten, erfahren durch das Reichsvereinsgesetz lediglich Verschlechterungen ihres politischen Zustandes. Die Regierungen und die Blockpolitiker haben sich grosse Mühe gegeben zu beweisen, dass die bisherige Rechtslage in diesen Staaten miserabel gewesen wäre und sich durch das Reichsvereinsgesetz erheblich verbesserte, dass nur die liberale Praxis diese Übelstände nicht hätte hervortreten lassen. Für Hessen ist die Unwahr-

heit dieser Behauptung ganz unbestreitbar nachgewiesen worden. Im übrigen ist die Diskussion darüber sehr müßig. Eine alteingewurzelte freie Praxis ist mehr wert als das beste Gesetz mit schikanöser polizistischer Handhabung. Diese freie Praxis in Württemberg, Baden und Hessen wird durch das Vereinsgesetz nach vielen Richtungen eingeengt. Das günstigste, das man hoffen kann, ist, dass sie den norddeutschen Einflüssen zum Trotz sich nach Möglichkeit aufrecht erhalten liesse; wahrscheinlicher aber ist das Gegenteil: eine allmähliche Überwucherung durch preussische Polizei- und Justizpraxis.

Das Verbot nichtdeutscher Sprachen bedeutet für das ganze Reich eine Schädigung des politischen und gewerkschaftlichen Lebens von ungeheurer Tragweite; zugleich eine Blossstellung Deutschlands vor dem Auslande.

Das schlimmste beinahe ist, dass die Blockliberalen es abgelehnt haben die kleinlichen und willkürlichen Einschränkungen des Vereins- und Versammlungswesens durch Polizei und Justiz für künftig durch klare Definitionen abzuschneiden; in dieser Beziehung wird alles beim alten bleiben. Die Behauptung der Blockanhänger, man würde später durch Diskussion im Reichstage schikanöse Auslegungen beseitigen können, ist irreführend. Da die Ausführung der Gesetze Sache der Einzelstaaten ist, hat die Reichsregierung keinen Einfluss darauf; übrigens hat auch, weil es an einer wirksamen Ministerverantwortlichkeit fehlt, der Reichstag keinen Einfluss auf die Reichsregierung. Wie solche Debatten zu wirken pflegen, wissen wir aus der völligen Fruchtlosigkeit der alljährlichen Erörterungen im Reichstage über die Handhabung der Reichsjustizgesetze und der Bestimmungen über den Arbeiterschutz. Dazu kommt, dass das Reichsvereinsgesetz nun auf Jahrzehnte hinaus jeder wirklich nennenswerten Reform auf diesem Gebiet ein Hindernis sein wird, und dass der Liberalismus diese erste ihm gegebene Gelegenheit zu ernsthaften, politischen Fortschritten schmählich verpasst hat. Mit ernstem Willen hätte er viel mehr erreichen können und müssen.

Das Reichsvereinsgesetz ist also trotz der verschiedenen Verbesserungen, die es enthält, im ganzen praktisch ein Verlust für die Freiheit. Aus diesem Grunde — nicht etwa wegen prinzipieller Unzulänglichkeit — musste die Sozialdemokratie es ablehnen.

XX

## EDUARD BERNSTEIN · DIE OSTERN DER DEUTSCHEN EFFEKTENBÖRSE

**R**EI der Novelle zum Börsengesetz, die am 8. April dieses Jahres durch Beschluss des Reichstags zu stande kam, ist, wie allgemein zugestanden wird, die Getreidebörse zu gunsten der Effektenbörse geopfert worden. Indes, *Getreidebörse* steht hier nicht für die Kompaniegesellschaft der grossen Getreidefirmen, die die massgebende Mitgliedschaft der Getreidebörse bilden. Wie die jetzt beseitigten Bestimmungen über das Effekengeschäft (den Handel in Staatspapieren, Industrie-, Bank- usw. -aktien) den grossen Banken und Bankiers keinerlei Schaden gebracht sondern im Gegenteil ihre Monopolstellung auf Kosten der Kleinen befestigt hatten, so sind es auch nicht die Grossen des Getreidehandels, die unter den Bestimmungen des Börsengesetzes über den Getreidehandel Verlust erleiden werden.

Insofern haben die Verteidiger des neuen Börsengesetzes recht. Die Strafbestimmungen, die es festsetzt, sind höchstens ein moralisches Kreuz für die Erlauchten unter den Getreidefirmen. Kein Kommerzienrat wird auf grund ihrer wirklich ans Kreuz müssen. Die kapitalkräftigen Firmen haben ihren Geschäftsbetrieb den bisherigen Bestimmungen angepasst und werden sich auch mit den neuen Bestimmungen abzufinden wissen. Es mag sie, wie der jetzt beliebte Ausdruck lautet, *kränken*, dass Sünden wider den § 63 des Gesetzes (Verbot von Börsentermingeschäften in Getreide und Erzeugnissen der Getreidemüllerei), und den § 66 (Verbot von Differenzgeschäften in Getreide) mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bedroht sind, und dass, wer solche Geschäfte gewerbsmäßig oder in der Absicht abschliesst den Preis von Getreide usw. »im Widerspruche mit der durch die allgemeine Marktlage gegebenen Entwicklung zu beeinflussen« nach den §§ 77a und 77b ausserdem mit Gefängnis bedroht wird, aber sie haben tausend Mittel sich über diese Gefahr hinwegzuhelfen. Wirklich gekreuzigt wird dagegen die Funktion des Getreidehandels, die volkswirtschaftliche Aufgabe, welche in der Gesellschaft des Privateigentums und der Konkurrenz die Getreidebörse als Preisregulierer zu erfüllen hat. Die Börse ist dazu da, um als Präzisionsapparat der Preisbildung zu fungieren, sie soll durch örtliche Konzentration von Angebot und Nachfrage die Bildung desjenigen Preises bewirken, der der Marktlage am genauesten entspricht, und in diese Funktion greift das Gesetz brutal hinein und stellt Hemmungen auf, die gegebenenfalls gerade das verhindern, was der § 77b schützen zu wollen vorgibt, nämlich eben die der Marktlage entsprechende Preisbildung.

Darüber darf man sich durch keine Beschönigung hinwegtäuschen lassen. In der Naumannschen *Hilfe* vom 19. April meint ein sachverständiger Mitarbeiter, Oskar Meyer, der die Abstimmung der Freisinnigen beim Börsengesetz zu verteidigen sucht, der § 77b des Gesetzes wende sich »gegen die von niemand heftiger als von der Börse verurteilten Preistreibereien, die man als *Corner* oder *Schwänzen* bezeichnet«; er könne aber »auf solide Deckungsgeschäfte schon deshalb keine Anwendung finden, weil er als Tatbestandsmerkmal die Absicht voraussetzt den Preis im Widerspruch mit der durch die allgemeine Marktlage gegebenen Entwicklung zu beeinflussen, die Absicht solider Deckungsgeschäfte indessen stets die ist gegen Verluste, die sich aus der Entwicklung der Marktlage ergeben können, zu versichern.« So der Sachverständige der *Hilfe*. Als ich das las, fiel mir ein alter Gassenhauer ein:

»Ach Gott, ach Gott, Herr Meyer,  
Wie schön ist dieser Schleier!«

Gewiss, das blosse Deckungsgeschäft wird nach dem Paragraphen des Gesetzes nicht mit Strafe bedroht, so viel kann selbst der Laie aus ihm herauslesen. Aber mit der Straffreiheit der Deckungskäufe ist die Sache nicht abgetan. Die Frage, um die es sich handelt, ist die, ob nicht durch die auf den Terminhandel gesetzten Strafen und die Ächtung des Differenzgeschäftes selbst die von den Urhebern jener Bestimmungen als unanfechtbar anerkannten Geschäfte erschwert und verteuert werden. Welche Bürgschaft gegen eine Überteuering bietet die Freigabe des Lieferungsgeschäfts, wenn das Termingeschäft unter dem Henkerbeil steht? Von Schutz gegen *Schwänzen* und *Corner* aber rede man nicht in einem Lande, wo ein Zoll von 50 und 55 Mark auf die Tonne

Getreide, die Reduktion der Transitleger und die Aufhebung des Identitätsnachweises das Aufschwänzen des Getreidepreises zum Gesetz des Landes erhoben haben. Die *Schwänzen* an den Börsen (die Ausnutzung übermässiger Leerverkäufe zur Erpressung hoher Deckungspreise von den Leerverkäufern) pflegen den Markt des Getreides selbst unberührt zu lassen, und die von Börsenspekulanten ins Werk gesetzten *Corners* haben sich, gerade wo Getreide in betracht kam, samt und sonders noch immer als äusserst kurzlebig erwiesen. Sie sind um so schwerer durchzuführen und um so weniger aufrecht zu erhalten, je grösser der Markt und je freier die Zufuhr ist. Das Beispiel des Leiterschen *Corners* in Chicago, der doch mit so riesigen Mitteln ins Werk gesetzt wurde, reizt sicher nicht zur Nachahmung an. Wäre es aber der Fall, so wäre es sehr fraglich, ob die Nachahmung durch den § 77b des neuen Gesetzes verhindert werden könnte. Weder dieser noch der § 66, der mit ihm in Verbindung steht, verbieten kapitalkräftigen Leuten so viel Getreide auf Lieferung zu kaufen als ihnen beliebt. Der *Cornet* setzt sich aus einer ganzen Summe von Käufen zusammen, und jeden einzelnen davon so einzurichten, dass er gesetzlich unantastbar ist, wäre die leichteste Sache von der Welt. Den *Cornet* aber strafrechtlich, etwa als wucherischen Aufkauf, ahnden zu wollen würde im Lande der staatlich subventionierten Kornhausgenossenschaften ein Schauspiel für Götter darbieten. Indes werden wir es schwerlich erleben.

Nein, nennen wir die Dinge beim richtigen Namen. Das Verbot des Börsenterminhandels in Getreide und Müllereierzeugnissen verfolgt andere Zwecke als solche Gelegenheitsauswüchse unmöglich zu machen. Unsere Agrarier sind keine volkswirtschaftlichen Genies, aber sie sind gute Geschäftsleute, die da wissen, was sie wollen. „Nicht der Haussepartei sondern der Baissepartei der Getreidebörse soll durch das Verbot des börsenmässigen Terminhandels das Handwerk gelegt werden. Wer die Überzeugung hat, dass das falsch und verderblich ist, dass eine der Gegenmine beraubte Börse eine verkrüppelte Börse ist, der soll auch den Mut der Überzeugung haben und es offen heraus und konsequent vertreten. Die Antwort auf die Frage, ob die Blockfreisinnigen es entschuldigen können, dass sie, um wenigstens die Effektenbörse zu retten, die Getreidebörse am Kreuz zappeln lassen, wird dadurch noch nicht vorweggenommen, dass man rückhaltlos zeigt, welche Schäden dieser, und mittelbar der Volkswirtschaft, unter dem neuen Gesetz drohen.

»Nun kommen allerdings nach richtiger Ansicht Differenzgeschäfte in dem börsenmässigen Produktenzeithandel nicht vor«, lesen wir in dem Artikel des Herrn Meyer. Wäre das richtig, so müsste man fragen: wozu alsdann der Lärm? Es ist aber nur ein Spiel mit Begriffen, wie es bei der landläufigen Verteidigung der Börse zur Gewohnheit geworden ist. Eine Kuh ist kein Kalb, und da Differenzgeschäfte in Getreide verboten sind, so werden sie beim börsenmässigen Produktenzeithandel ja auch wohl nicht vorkommen. Aber Kuh und Kalb sind Rinder, und das Differenzgeschäft gehört zum Produktenzeithandel, es ist seine natürliche und notwendige Ergänzung, deren Fehlen jeweilig eine richtige Preisbildung unmöglich macht. Statt sich hinter die lendenlahme Ausrufe zu verkriechen, sie mache solche Geschäfte nicht, muss die Getreidebörse den Mut haben ihre Notwendigkeit zu vertreten. Solange sie das nicht tut, begibt sie sich des Rechts über die jetzigen Strafparagrafen sich zu beschweren. Es crübrigt sich daher für diese Betrachtung auf die Strafbestim-

mungen und die Satzungen über das Untersuchungsverfahren näher einzugehen, die allerdings für die Magnaten des Getreidehandels sehr verletzend lauten. Verfolgung oder Untersuchung treten nicht bloss ein, wenn durch Weigerung des einen Teils seine Leistung zu erfüllen oder sonstige Umstände der dem Gesetz widersprechende Charakter des Geschäfts zu tage tritt, sondern nach § 77b auch auf mündliche oder schriftliche Anzeige beim Vorsitzenden der Börsenkommission. Damit sorgt das Gesetz dafür, dass der Antrieb zu Erpressungen ein neues Feld erhält. Unsere Gesetzgeber scheinen für Erpresser eine besondere Vorliebe zu haben. Die Arbeit fürs Erpressertum ist eine von moralisierender Gesetzgebung schier untrennbare Eigenschaft.

Soweit das Börsengesetz seinerzeit nicht von ganz bestimmten Klasseninteressen diktiert wurde, wie dies bei den Abschnitten über den Getreidehandel der Fall ist, war es das Erzeugnis einer Gesetzgebung aus moralisierenden Urteilen. Nach irgend welchen vernünftigen volkswirtschaftlichen Gründen für das Verbot des Terminhandels und selbst des Differenzgeschäfts in Effekten wird man vergeblich suchen. Das beste, was man für jenes Verbot ins Feld führen kann, ist, dass es dem Anreiz zum Spielen, der von der Börse ausgeht, einen Damm entgegensetzen, seiner Ausbreitung beim grossen Publikum entgegenwirken, dieses davor bewahren wollte seine Reserven in Börsenspekulationen aufs Spiel zu setzen. Hier wäre wenigstens ein Stück volkswirtschaftlicher Rücksicht mitbeteiligt, denn das Spielen kann, wo es gewisse Grenzen überschreitet, in der Tat wirtschaftsfeindlich wirken. Nur macht sich der Kampf gegen das Spielen etwas komisch in einem Lande, wo jährlich rund 235 Millionen Mark in Lotterielosen von Staats wegen an das grosse Publikum verkauft werden, von denen dieses nur 157 Millionen in Form von *Gewinnen* zurückerhält. In die Differenz von über 70 Millionen teilen sich Reich und Staaten zu ziemlich gleichen Teilen. Das Reich nahm 1905 allein für Stempel auf Lotterielose 36 Millionen Mark ein. Ausserdem legalisiert es noch andere Formen des Spiels, zum Beispiel das Spielen am Totalisator bei Pferderennen, und bestraf nur das gewerbsmässige Glücksspiel. Für alles das wird ins Feld geführt, dass eine vollständige Ausrottung des Triebes zum Spiel nicht möglich sei. Wer aber von dieser Ansicht ausgeht, der hätte sich auch sagen können, dass mit dem Verbot des Terminhandels und der Differenzgeschäfte oder ihrer gesetzlichen Beschränkung auf die ins Börsenregister eingetragenen Personen die Beteiligung des grossen Publikums am Börsenspiel noch keineswegs ihr Ende erreicht haben würde. Wo Objekte des Spiels sind, finden sich auch die Spieler ein, und das um so mehr in einer Epoche, in der die sozialen Ansprüche so rasch zunehmen wie dies in der Gegenwart der Fall ist.

So hat das Börsengesetz als Erziehungsmittel gegen die Neigung im Publikum am Spiel um die Konjunkturalgewinne der Effektenbörse teilzunehmen vollständig versagt. Statt moralischer Hebung hat es, indem es die Verlierer anreizte, den sogenannten *Differenzeinwand* zu erheben, auf Untergrabung von Treu und Glauben im Geschäft hingewirkt. Aber die Erkenntnis von alledem würde nicht hingereicht haben die Regierung zu Abänderungsvorlagen zu veranlassen, wenn nicht die Einschnürung des Terminhandels immer sichtbarer sich als eine der Hauptursachen der zunehmenden Versteifung des Geldmarktes in Deutschland erwiesen hätte. An die Stelle des Termingeschäfts trat die Spekulation in Ankäufen *per Kasse* gegen Depositen, mit dem Resultat der



Bindung immer grösserer Kapitalbeträge. Sowohl der staatliche Börsenkommissar Hemptenmacher wie der seitdem zurückgetretene Reichsbankdirektor Koch haben im Jahre 1904 der damaligen Kommission des Reichstags es als ihre Überzeugung dargelegt und durch ziffernmässige Angaben aus der Entwicklung des Bank- und Börsenwesens erhärtet, dass das Verbot des Terminhandels die Spekulation nicht eingeschränkt, dagegen den Geldmarkt steigend belastet habe. Koch wies nach, dass der Wechselumlauf Deutschlands, der in der Epoche von 1874 bis 1888 sich zwischen 11,2 und 12 Milliarden bewegte, und 1896 sich auf 16,3 Milliarden stellte, von letzterem Jahre ab, das heisst nachdem das Börsengesetz eingeführt worden, in 4 Jahren auf 23,3 Milliarden stieg, also um 7 Milliarden zunahm. Und zwar, bemerkte er weiter, hätten in diesen letzteren Jahren gerade die grossen Wechsel steigend zugenommen, was den Zusammenhang mit der Zunahme des Kassageschäfts in Börsenpapieren ausser Zweifel stelle. Die Steigerung des Wechselumschs aber habe naturgemäss eine Steigerung der Zinssätze herbeigeführt.<sup>1)</sup> Koch fügte noch hinzu, dass unter gesteigerten Zinssätzen »zunächst die Industrie und dann die Landwirtschaft leiden«. Das waren Binsenwahrheiten. Aber er unterliess es hinzuzufügen, dass der hohe Wechselkurs auch der deutschen Reichsregierung, der ewig geldbedürftigen, immer unangenehmer wurde. Inzwischen ist nun gerade diese Folgewirkung noch viel stärker fühlbar geworden, und es ist kaum übertrieben zu behaupten, dass an der Lockerung der Fesseln der deutschen Effektenbörse schliesslich der Meistinteressierte die Reichsregierung selbst gewesen ist.

Mit einem Wort, das Werk der *Erlösung* der Effektenbörse war in Wirklichkeit nicht ein Zugeständnis der Regierung an den Liberalismus sondern ein in ureigenem Interesse der Regierung gelegenes Unternehmen, zu dessen Durchführung diese die Hilfe des Liberalismus gegen ihre konservativen Freunde und ihre nunmehrigen Gegner im Zentrum brauchte. Die Regierung brauchte die Liberalen gegen diejenigen, die aus wirklicher Verböhrtheit von keinem Zugeständnis an die Börse wissen wollen, wie zum Beispiel diejenigen Zentrums- und Konservativen, deren geistige Leuchte Herr Schwarze-Lippstadt ist, sowie gegen die konservativen Agrarier, die es von jeher als ihr Privilegium betrachten sich die Zustimmung zu Reformen, selbst wenn sie ihnen mit zu gute kommen, gegen irgend welchen Tribut abkaufen zu lassen. Der Handel, der jetzt perfekt geworden ist, ward schon 1904 durch den Grafen Schwerin-Löwitz der Regierung und den Liberalen angeboten, nachdem Konservative und Zentrum sie in langen Kommissionssitzungen durch Obstruktionsanträge mürbe gemacht hatten. Es ist ganz falsch, das Zustandekommen der Börsengesetzreform als eine Frucht vom Baume des Blocks zu bezeichnen. In dieser Frage bestand zwischen Regierung und Liberalismus eine Interessengemeinschaft, die auch ohne Block das bisschen Reform schliesslich durchgesetzt hätte. Es ist noch kein Kompliment an die Adresse der Freisinnigen, wenn man erklärt, man glaube ihnen, dass sie Vereinsgesetz und Börsengesetz durchaus als getrennte Materien behandelt hätten. Sie haben sich beim letzteren die Rolle des benachteiligten Supplikanten zuschieben lassen, wo die tatsächliche Lage der Dinge ihnen erlaubt hätte energisch als Fordernde aufzutreten.

Das wird indes auch weiterhin der Fall sein, es ist die naturgemässe Folge des

<sup>1)</sup> Vergl. die Drucksachen des Reichstags, Session 1903-1905, Nr. 835, pag. 18.

Eintritts der Freisinnigen in den Bülow'schen Block. Ich halte es für verkehrt mit moralisierenden Urteilen unterschiedslos über die Freisinnigen herzu ziehen, die bei ihm mitmachen. Ich werde eine Politik, die ich für falsch halte, nicht weniger scharf bekämpfen, wenn ich ihren Verfechtern das *beneficium* des guten Glaubens zugestehe. Man kann ein sehr ehrlicher Mensch sein und ganz erbärmliche Politik machen. Meines Erachtens ist es eine Illusion, dass der jetzige Block eine Etappe zur Erlangung einer parlamentarischen Regierung in Deutschland ist, und jedes Opfer, das ihm gebracht wird, scheint mir weggeworfen. Aber ich halte mich nicht für unfehlbar und nicht jeden für einen Narren oder Schurken, der eine Konstellation anders beurteilt als ich. Wir stehen am Vorabend der preussischen Landtagswahlen. Als vor etwas über zehn Jahren zum erstenmal auf einem Parteitag der Sozialdemokratie, in Hamburg /1897/, die Frage der Beteiligung an den Preussischen Landtagswahlen eingehend verhandelt wurde, da sagte unser Ignaz Auer:

»Es ist gesagt worden, welchen Eindruck wird es machen, wenn es einmal heisst *Dieser Schuft, dieser ehrlose Kerl!*, und nachher wählen wir ihn. Ja, ist es notwendig, dass wir im politischen Kampf zu derartigen Mitteln greifen? Wenn solche Praktiken . . . auf diese Weise aufhören würden, so wäre das ein Erfolg, der immerhin auch etwas wert wäre.«

Der Kongressbericht verzeichnet hierbei: »Lebhafter Beifall.« Nun ist ja unzweifelhaft die Situation heute eine wesentlich andere als damals. Die Kluft zwischen Freisinn und Sozialdemokratie ist durch eine ganze Reihe von Vorkommnissen und zuletzt das Einschwenken der Liberalen in die Bülow'sche Truppe eine immer tiefere geworden, so dass eine Wahlparole, wie Auer und Bebel sie 1897-1898 befürworteten, zurzeit sich nicht verwirklichen liesse. Die Wahlparole, wie das Zentralwahlkomitee der Sozialdemokratie Preussens sie unter dem 14. April bekannt gegeben hat, scheint mir vielmehr im gegenwärtigen Moment dem Gros der Freisinnigen gegenüber in ihren wesentlichen Bestimmungen die einzig mögliche, soll die Sozialdemokratie nicht geradezu noch Prämien für Schwäche oder Verrat ausstellen. Aber die Situation kann sich an manchen Orten im Verlauf des Kampfes noch ändern, die Partei muss sich für alle Einzelfälle die Freiheit der Entschliessung vorbehalten, und darum ist selbst unter den heutigen Umständen die Ermahnung Auers noch zeitgemäss.

Zum Schluss noch ein Wort über die voraussichtlichen Wirkungen der Ostern der Effektenbörse. Man darf sie sich nach keiner Seite hin übertreiben. Eine Anzahl der schädlichen Wirkungen des bisherigen Börsengesetzes werden sich, wenn überhaupt, nur sehr langsam wieder abstellen lassen, und manche schädlichen Wirkungen des Börsenspiels hat das Gesetz überhaupt nicht getroffen, an ihnen wird daher auch seine Beseitigung nichts ändern. So hat vor acht Jahren Genosse Calwer in dieser Zeitschrift nicht mit Unrecht auf die Schädigung hingewiesen, die der Arbeiterschaft aus der Kurstreiberei in Industriepapieren erwachsen kann. Ob Kassageschäft oder Termingeschäft, der Börsenkurs der Aktien ist die Anpassung ihres Preises an die Proportion zwischen Dividende und landläufigem Zinsfuß. Ist die Dividende eines Unternehmens doppelt so hoch wie dieser, so steigt auch in der Regel der Preis ihrer Aktien auf das Doppelte ihres Nennwertes, so dass sie für den neuen Käufer sich doch nur zum gewöhnlichen Zinsfuß rentieren. Hieraus erwächst ein zusätzlicher Antrieb zum Drängen auf immer höhere Dividenden, dessen Gegenstück erhöhter Druck auf die Arbeitsbedingungen heisst. Es liege also im Interesse

der Arbeiter der Kurstreiberei entgegenzuwirken, und das besorgt kein Börsengesetz. Dagegen könnten starke Gewerkschaften, deren Leiter die Vorgänge des Geschäftslebens aufmerksam und mit geübtem Blick verfolgen, hierin manches ausrichten.<sup>2)</sup> Das trifft unzweifelhaft in vielen Fällen zu. In anderen Fällen allerdings, wie zum Beispiel bei gewissen Montanunternehmungen, sind die hohen Dividenden Folge von bevorzugter Lage oder sonstigen Ausnahmenvorteilen, und da die Gewerkschaften Einheitstarife für ihre Angehörigen aufstellen, würden sie am hohen Kurs solcher Aktien wenig ändern. Hier hätten je nachdem Staat oder Gemeinden einzugreifen, was sie indes, wie die *Hibernia*-affäre gezeigt hat, nur stümperhaft tun werden, solange ihre Parlamente von den Parteien der besitzenden Klassen beherrscht sind. So verweist auch diese Gedankenreihe auf die Notwendigkeit der Demokratisierung des Wahlrechts in Preussen.

Das Börsengesetz von 1897 war ein Versuch mit untauglichen Mitteln dem Börsenspiel da entgegenzuwirken, wo es die Volkswirtschaft zu schädigen schien, es suchte ausserdem das Übel am falschen Ort. Der Kampf gegen schädliches Spiel wird nur dann wirksam geführt, wenn er dem Spielobjekt selbst zu Leibe geht, das heisst, wenn er statt dem Objekt die Spieler entziehen zu wollen den Spielern das Objekt entzieht.

XX

## JULIUS DEUTSCH · ÖSTERREICHS BALKANPOLITIK



**M**IELFACH fasst man in unserer Partei die auswärtige Politik eines Staates als einen blossen Reflex der wirtschaftlichen Verhältnisse in dessen Innern auf. Das ist sicherlich schematisch gedacht und darum verfehlt. Weit richtiger scheint es schon anzunehmen, dass eine innige Wechselwirkung zwischen der äussern und innern Politik besteht, die eine gegenseitige Abhängigkeit bedingt. Das innere Staatsleben wird, wenn man die beiden Arten staatlichen Lebens gegen einander abzuwägen unternimmt, vielleicht als der primäre Faktor erscheinen, keineswegs wird man aber der auswärtigen Politik eine entscheidende Rückwirkung absprechen können. Die auswärtige Politik hängt so innig mit den innerpolitischen Verhältnissen eines Staates zusammen wie diese wieder mit den bestehenden wirtschaftlichen Zuständen. Andererseits wirken, wie allbekannt, die wirtschaftlichen Momente auch direkt auf die auswärtige Politik ein. Nichtsdestoweniger erscheint uns aber weder die innere noch die auswärtige Politik unter allen Umständen nur als ein blosser Abklatsch wirtschaftlicher Verhältnisse. Es geht mit der Politik wie mit so vielen anderen Formen gesellschaftlichen Lebens: sie entspriessen auf wirtschaftlichem Grunde, erwachen aber mit ihrer Geburt zu selbständigem Leben. Vom Mutterboden empfangen sie normalerweise ihre Nahrung, aber es sind genug Fälle denkbar — und es er mangelt in der Geschichte nicht an Beispielen —, wo der Spross sich vom Stamme so weit entfernt, dass Konflikte zwischen beiden entstehen.

Es ist deshalb so schwer sich über Bedingungen und Möglichkeiten einer

<sup>2)</sup> Vergl. Richard Calwer *Börse und Arbeiterbewegung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1900, pag. 439 ff.

auswärtigen Politik Klarheit zu verschaffen. Und um wie viel schwerer ist dies in einem so komplizierten Staatswesen wie Österreich. Das alte Österreich war bei Sadowa dem *preussischen Schulmeister* erlegen. Die bitteren Lehren des Krieges führten zu Konzessionen des Absolutismus und Bürokratismus an die österreichischen Völker. Die Konzessionen waren spärlich, sie kamen nicht den breiten Massen sondern nur einem kleinen Teile Begüterter zu gute, genügten aber doch, um in dem polyglotten Staate die typisch österreichischen Schwierigkeiten erstehen zu lassen. Wie sollte den Völkern und Völkchen, die das weite Reich bewohnten, gleiches Recht werden, und wie sollten die so grossen kulturellen und wirtschaftlichen Verschiedenheiten sich in ein harmonisches Ganzes fügen? Der Gesamtstaat zerfiel in zwei Staatsgebilde, Österreich und Ungarn, zwischen denen ein Ausgleich nicht leicht zu bewerkstelligen war. Dazu erwuchs in Zisleithanien allmählich ein unfruchtbarer Sprachenstreit, der übrigens nun auch die transleithanischen ungarischen Länder erfasst hat. Die wirtschaftlichen Verhältnisse verschoben sich ebenfalls, indem Österreichs Industrie einen raschen Aufschwung nahm, während Ungarn trotz aller Industrieförderung ein agrarisches Land blieb. Unter diesen verworrenen Zuständen konnte die auswärtige Politik Österreich-Ungarns nicht einheitlich bleiben. Das alte Österreich der Habsburger wollte seine Feudal- und Fürstenmacht mehren und war landgierig wie jeder Absolutismus des Mittelalters. Das Österreich der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte mit neuen Tatsachen zu rechnen; wohl hielt der noch immer starke Feudalismus an dem alten Ziele fest, aber er konnte ihm nicht mehr so unumschränkt wie in vergangenen Zeiten folgen. Die einheitliche Politik alten Stils war nicht mehr möglich, für einen neuen fehlten die innerpolitischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen. Der Zickzackkurs im Innern offenbarte sich als Schwäche nach aussen.

Man spricht jetzt davon, dass Österreich Russlands Schwäche ausnutze, indem es einen Vorstoss auf dem Balkan wage. Das ist nur zum Teil zutreffend, denn Russland war viel schwächer, als seine Soldaten zu Tausenden auf den mandschurischen Schlachtfeldern verbluteten und seine Schiffe bei Tsushima in den Grund gebohrt wurden, ohne dass Österreich damals einen Schritt nach vorwärts zu machen wagte. Das Wunder, das Österreichs auswärtige Politik befruchtete, kam nicht von aussen sondern von innen; die Wiederbelebung des alten Reiches durch die moderne Demokratie schuf die Möglichkeiten einer planmässig-unternehmungslustigen auswärtigen Politik.

Wie liegen nun gegenwärtig die Verhältnisse in Österreich, soweit sie für die äussere Politik von Bedeutung sind? Die zwei grossen selbständigen Teile des Reiches stehen sich als Antipoden gegenüber. In Ungarn besteht eine starke Strömung, die auf die vollständige wirtschaftliche Trennung von Österreich hinarbeitet. Es ist hier nicht der Ort zu untersuchen, inwieweit diese Strömung den Bedürfnissen der breiten Massen der ungarischen Bevölkerung oder den einer bevorrechteten Grundbesitzerklasse Rechnung trägt. Es bleibe auch unerörtert, ob die Forderung nach wirtschaftspolitischer Trennung von ihren Verfechtern selbst nur als ein Schreckschuss aufgefasst wird, der Österreich mürbe machen soll, oder ob es ihnen mit der Durchsetzung dieser Forderung Ernst ist. Tatsache ist, dass Österreich mit der Möglichkeit einer wirtschaftlichen Trennung rechnen, dass es für alle Fälle vorbereitet sein muss. Bei dem

ungemein regen Handelsverkehr zwischen den beiden Ländern liegt hier ein Problem von weitesttragender Bedeutung vor. In den letzten Jahren hatte der Gesamtverkehr folgenden Umfang (in Kronen):

	1902	1903	1904
Einfuhr aus Ungarn (exklusive Edelmetalle und Münzen) . . . . .	944 510 438	944 983 881	993 318 596
Ausfuhr nach Ungarn (exklusive Edelmetalle und Münzen) . . . . .	873 849 335	903 212 047	974 455 925
Gesamtverkehr	1 818 359 773	1 848 195 928	1 967 774 521

Nach den letzten Daten, die vorliegen, hat der Gesamtwarenverkehr im Jahre 1905 bereits 2 Milliarden überschritten. Diese Zahlen über den Zwischenverkehr der beiden Reichshälften treten erst dann in die richtige Belichtung, wenn man sie mit den über den Aussenhandel der österreichisch-ungarischen Monarchie vergleicht. Im Jahre 1903 betrug der Gesamtverkehr (Einfuhr und Ausfuhr exklusive Edelmetalle) des Reiches mit dem Zollausslande 4006,9 Millionen Kronen, im Jahre 1904 4136,6 Millionen Kronen. Der Zwischenverkehr war also beinahe halb so gross wie der gesamte Verkehr mit dem Zollausslande. Österreich führt nach Ungarn vorwiegend Industrieprodukte aus, und zwar waren im Jahre 1902 77,8 %, 1903 77,2 %, 1904 76,1 % der gesamten Ausfuhr Industrieprodukte. An der Spitze der ausgeführten Industriewaren stehen die Produkte der österreichischen Textilindustrie mit mehr als der Hälfte aller nach Ungarn ausgeführten Industrieprodukte. Umgekehrt liefert Ungarn nach Österreich in erster Linie Produkte des Acker-, Wein- und Gartenbaues, der Forstwirtschaft und der Viehzucht. 84 % aller nach Österreich ausgeführten Waren betrug im Jahre 1902, 84,1 % im Jahre 1903, 84,4 % im Jahre 1904 der Export in diesen Produkten. Im Durchschnitt der letzten Jahre hat Ungarn zirka 20 % seiner gesamten Getreideernte nach Österreich verkauft, 92 % seines Überschusses an Brotgetreide nach Österreich und nur 8 % nach dem Zollausslande geliefert. Man sollte also meinen, dass diese beiden Länder wirtschaftlich so eng an einander geknüpft sind, dass ein Auseinanderreißen nicht leicht möglich erschiene. Und doch sind Trennungstendenzen in beiden Lagern vorhanden.

Im Österreich des Privilegienparlaments hatte jedweder Trennungsversuch Ungarns von Österreich furchtbar erschreckt. Allerdings waren es weniger wirtschaftliche als politische Momente, die diese Wirkung erzeugten. Die guten Patrioten, die damals österreichische Politik machten — oder wenigstens glaubten, sie zu machen — waren enragierte Anhänger der Grossmachtsidee. Wollten die Ungarn irgend ein Sonderrecht, so witterten sie ängstlich den Zerfall des Einheitsstaates und damit der habsburgischen Grossmacht. Zu jedem Opfer waren sie bereit um die Magyaren von ihren Selbstständigkeitsbestrebungen abzubringen. Und diese merkten natürlich den Vorteil, den ihnen die Angstlichkeit der österreichischen *Politiker* bot, und waren allezeit trennungslustig. Nur um viele gute Worte und um noch viel mehr wirtschaftliche Vorteile verkauften sie ihre Selbstständigkeitsgelüste an die liebeswerbenden Österreicher. Mit dem Erstehen des österreichischen Parlaments des gleichen Wahlrechts hat auch diese Tragikomödie ihr Ende gefunden. Das österreichische Volk hat nicht das Zipperlein im Gebein und fürchtet nicht die Trennungsdrohungen der ungarischen Machthaber. Nun hat sich das Blatt

gewendet. Das österreichische Parlament ist gestärkt, das ungarische als Sammelort einer bevorrechtigten *Gentry* mit seinem Volke zerfallen und geschwächt. Das neue Österreich erwägt kühler die Chancen einer Trennung als das alte. Die Agrarier sind ja von vornherein auf die ungarische Konkurrenz nicht gut zu sprechen und brauchten eine Trennung am allerwenigsten zu fürchten. Die Industriellen sind allerdings auf den ungarischen Markt angewiesen, erkennen aber wohl dessen Unbeständigkeit und suchen neue Absatzgelegenheiten. Die grosse Welt der Kolonien ward in den letzten Jahrzehnten von anderen Staaten in Besitz genommen. Engländer, Franzosen, Deutsche tummeln sich in den profitgesegneten Gefilden Asiens und Afrikas, während Österreichs Kaufleute noch zu einem grossen Teile am heimischen Herde sitzen. Da wendete sich nun der Blick nach dem Balkan, in ihm ein natürliches Hinterland österreichischen Exports erkennend. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse eines grossen Teiles der Bevölkerung trafen sich hier mit der historischen Überlieferung habsburgischer Patrioten, die seit jeher bestrebt waren Österreichs Einfluss am Balkan zu vermehren. So erklang nun in Österreich das Schlagwort *Los von Ungarn, Anschluss an den Balkan!* In der ungarischen Reichshälfte, die vorwiegend agrarisch ist, war man nie für einen engen Anschluss an die ebenfalls agrarischen Balkanländer gewesen. Den ungarischen Agrariern zu liebe hatte die österreichische Industrie schon manche lohnende Absatzgelegenheit in Rumänien und Serbien verloren. Ein engerer Anschluss an den Balkan bedeutete so von selbst eine ebenso grosse Abkehrung von Ungarn.

Die Frage, die sich nun aber erhebt, ist die, ob der Balkan heute für Österreichs Export eine ähnliche Rolle spielen kann wie Ungarn. Österreich ist seiner wirtschaftlichen Verfassung nach auf einen beträchtlichen Export angewiesen. Im Auslande pflegt man Österreich mit Österreich-Ungarn zusammenzuwerfen und deshalb die Bedeutung des ersteren als Exportstaat zu übersehen. In Österreichs Wirtschaftsleben spielt aber der Export keine unwichtigere Rolle als in dem Deutschlands. Es sei nur darauf hingewiesen, dass im Jahre 1905 auf den Kopf der Bevölkerung eine Warenausfuhr (exklusive der Edelmetalle) von 110,77, im Deutschen Reiche von 111,26 Kronen entfiel. Und das wichtigste Absatzgebiet für den österreichischen Export ist Ungarn, das beispielsweise im Jahre 1905 zirka 30 % der gesamten österreichischen Ausfuhr absorbierte. Von allen ausgeführten österreichischen Industriewaren nahm dieses Land im gleichen Jahre sogar 41 % auf. Österreichs Industrie wächst aber so rasch, dass ihr auch das ungarische Absatzgebiet nicht mehr genügt. Wie sieht es nun mit dem österreichischen Export nach den Balkanländern gegenwärtig aus? Wir wollen zur leichteren Übersicht die absoluten Zahlen für 1905 vorführen:

Gesamtausfuhr	(exklusive Edelmetalle)	3017,5	Millionen Kronen
Ausfuhr nach Ungarn	"	1003,2	"
Ausfuhr nach den Balkanländern und der Türkei	"	252,7	"

Die Ausfuhr nach Ungarn ist also vorläufig noch 4mal so gross wie die nach den Balkanländern und der Türkei. Und gerade mit Ungarn muss der österreichische Balkanexport verglichen werden — und nicht nur, wie es so geschieht, mit den Ländern des Zollauses —, wenn man zu gedeihlichen

Schlüssen kommen will. Ungarn soll ja in Österreichs Wirtschaftsleben durch den Balkan zu einem guten Teil ersetzt werden; weil Österreich von Ungarn möglichst unabhängig werden will, erstrebt es einen engeren Anschluss an den Balkan. Wie aber die oben angeführten Zahlen beweisen, ist es ziemlich ausgeschlossen, dass sich der österreichische Export nach dem Balkan in absehbarer Zeit so weit entwickelt, dass er einen namhaften Ausfall an Lieferungen nach Ungarn wettmachen könnte. Der Abstand zwischen den beiden Ausfuhrzahlen ist zu gross, die Entwicklung der wirtschaftlich und kulturell zurückgebliebenen Balkanländer zu gering und die Konkurrenz des Handels anderer Staaten zu mächtig, als dass allzugrosse Verschiebungen erwartet werden könnten. Damit soll natürlich nicht im entferntesten gesagt werden, dass der österreichische Handel nach dem Balkan überhaupt keiner weiteren Entwicklung fähig wäre, aber auf die Schwierigkeiten, die sich dem entgegentürmen, schien es uns notwendig hinzuweisen, um nicht der üblichen Überschätzung zu verfallen.

Ähnlich wie mit der Ausfuhr steht es mit der Einfuhr vom Balkan. Im Jahre 1905 wurden von dort Waren im Werte von 186,6 Millionen Kronen, das ist 8,69 % der Gesamteinfuhr, nach Österreich gebracht. Die wichtigsten Einfuhrartikel aus dem Balkan waren in den Jahren 1903 und 1904 (ihr Betrag in Tausenden von Kronen):

	1903	1904
Farb- und Gerbstoffe . . . . .	4 696	5 072
Felle und Häute . . . . .	13 613	15 217
Wolle . . . . .	4 828	5 678
Schlacht- und Zugvieh . . . . .	38 233	36 415
Getreide . . . . .	27 593	55 449

Mit diesen verhältnismässig geringen Zahlen vergleiche man das, was wir über die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus Ungarn gesagt.

Österreich hat also, das ist ohne weiteres klar, noch sehr grosse Schwierigkeiten zu überwinden, wenn es seinen Balkanexport und -import auf eine hohe Stufe bringen will. Aber dass es überhaupt anfängt sich jetzt mehr als bisher um die wirtschaftlichen Beziehungen zum Balkan zu kümmern, ist der österreichischen Volkswirtschaft sicherlich sehr nützlich. Als der Minister des Äussern, Freiherr von Aehrenthal, in seiner bekannten Rede den Delegationen das Sandschakbahnprojekt vorgelegt hatte, was als ein erster Schritt planmässigerer Balkanpolitik gedeutet werden kann, erhob sich denn auch in Österreich so gut wie gar keine Opposition politischer Parteien; auch in der Arbeiterpresse war nichts davon zu merken. Im Ausland und in der Diskussion der Fachkreise erfuhr die wirtschaftspolitische Bedeutung der Sandschakbahn mannigfache Deutungen. Auf der einen Seite bezeichnete man diese Bahnstrecke als eine gewaltige Waffe wirtschaftlicher und militärischer Eroberungspolitik, als einen Vorstoss Österreichs von der grössten Bedeutung, während man auf der anderen Seite, in das andere Extrem verfallend, die Bedeutung der Bahn mehr als gebührend herabzusetzen bemüht war. Richtig ist allerdings, dass heute ohnehin eine ziemlich gute Verbindung Österreichs mit dem Balkan besteht und zwar durch die 1322 Kilometer lange Linie Wien-Budapest-Belgrad-Üsküb-Saloniki. Aber diese Strecke führt über Ungarn und Serbien, so dass die österreichische Industrie mit Recht befürchten

muss, im Falle eines wirtschaftspolitischen Konfliktes mit einem dieser beiden Länder dem Transporte österreichischer Waren tarifliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt zu sehen. In Ungarn hat man wohl zum grössten Teile nur deshalb nicht viel von einer Opposition gegen die aus den gemeinsamen Mitteln Österreichs und Ungarns zu erbauende Sandschakbahn gehört, weil auch diese Linie den Anschluss an das ungarische Bahnnetz wahrscheinlich macht. Österreich will aber doch gerade von Ungarn unabhängig werden! Und von diesem Gesichtspunkte aus büsst das Sandschakbahnprojekt, so wie es jetzt vorliegt, allerdings erheblich an Bedeutung ein.

Wenn das Sandschakbahnprojekt verwirklicht würde — und dass das geschieht, unterliegt wohl keinem Zweifel —, wäre die Endstation der türkischen Bahn Mitrovica mit Uvac, der Endstation der österreichisch-bosnischen Bahn, zu verbinden. Serbien wäre damit vom Durchgangsverkehr ausgeschaltet, keineswegs aber Ungarn, denn die bereits bestehende bosnische Bahn führt von Uvac nach Ungarisch Brod, dort an das ungarische Bahnnetz anschliessend. Es käme bei der Beurteilung dieser Bahnverbindung auch noch der Umstand in betracht, dass die bosnische Bahn nicht normalspurig sondern schmalspurig gebaut ist, was zur Folge hätte, dass von Österreich kommende Waren dort, wo die normalspurige Bahn in die schmalspurige übergeht, das ist in Ungarisch Brod und beim Anschluss an die türkische Bahn in Mitrovica, immer umgeladen werden müssten. Die Kosten solcher Umladungen sind aber sehr beträchtlich. Auch wäre nicht zu vergessen, dass diese Bahnverbindung von Wien nach Saloniki etwa 1500 Kilometer Länge hätte, also um 180 Kilometer länger wäre als die über Serbien. Diese Erwägungen haben denn auch dazu geführt, dass nun von österreichischer Seite verschiedene Anschlusslinien an die bosnische und damit die Sandschakbahn propagiert werden, die das ungarische Gebiet möglichst wenig berühren sollen. Auf jeden Fall dürfte bei der Beurteilung der wirtschaftspolitischen Bedeutung der Sandschakbahn eine gewisse Vorsicht am Platze sein. Es scheint, als ob die österreichische Regierung einer militärisch zweifellos sehr wichtigen Bahn eine übertrieben grosse wirtschaftliche Bedeutung beizulegen bemüht wäre. Die Sandschakbahn ist für die österreichische Industrie wertvoll, aber noch ungleich wertvoller wären Handelsverträge mit den Balkanstaaten, die Österreichs Industriewarenexport förderten. Die österreichische Regierung wird aber auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu den anderen Ländern des Weltverkehrs mehr als bisher pflegen müssen, soll das Wachstum der österreichischen Industrie das gleiche Tempo wie in den letzten Jahren einhalten können.

Phantasiebegabte haben in dem Projekte des Baues der Sandschakbahn den Beginn kolonialisatorischer Eroberungen Österreichs, *Unterjochung* der Balkanlawen und dergleichen gesehen. Ich bin nicht dieses Glaubens. Bei den national leidenschaftlich erregten Südlawen wird nur derjenige fremde Staat Erfolge erzielen können, der als der Befreier von nationaler Unterdrückung erscheint. Wirtschaftliche und kulturelle Hebung allein vermag Sympathieen für Österreich zu erwecken und seinen Einfluss zu mehren. Je mehr Österreich demokratisiert wird, alle Völker seines Verbandes zu gleicher Entwicklungsmöglichkeit gelangen, desto weniger wird eine Unterdrückung anderer, noch dazu stammesverwandter Völker möglich sein. Die historische Mission Österreichs liegt darin, dass es eine Anzahl durch wirtschaftliche Notwendigkeit





sie durch die Gesellschaftsordnung, in der sie lebten, ausgeschlossen waren. Meutereien, Empörungen, Revolutionen sind direkte Aktionen gewesen.

Wie lässt sich nun der Beifall erklären, mit dem die Idee der direkten Aktion ganz neuerdings von einem Teile der französischen Arbeiterklasse aufgenommen wurde?

Hier muss vor allem auf eine tiefe nationale Ursache hingewiesen werden. Wenn die Geschichte des französischen Volkes in hundert Jahren vier Revolutionen aufweist, so liegt das ganz sicher mehr an seinem physischen Temperament und geistigen Ideal als an einfachen politischen Umständen. Man kann sagen, dass die direkte Aktion die republikanische Politik des 19. Jahrhunderts beherrscht hat; das französische Proletariat hat in der Tat eine revolutionäre Tradition. Wir haben also eine natürliche Erklärung dafür, dass verschiedene zufällige und augenblickliche Ursachen, deren hauptsächlichste ich hier aufzählen werde, auf einem so speziell vorbereiteten Boden rasch eine erste Bewegung zugunsten der direkten Aktion bewirkt haben.

So hat es erstens zu lange gedauert, bis die von den Vertretern des Proletariats dem Parlament vorgelegten sozialen Reformen im Interesse der Arbeiterklasse zur Diskussion kamen; viele darunter sind noch jetzt unbestimmte Projekte. Daraus erklärt sich ganz natürlich die Ungeduld der Beteiligten und ihr Gedanke die zu langsame parlamentarische Aktion durch eine wirksamere und raschere Methode zu ersetzen. Zweitens wurde diese durch die Unvollkommenheit der Institution verursachte Unpopularität der parlamentarischen Aktion infolge der Differenzen zwischen den verschiedenen sozialistischen Gruppen Frankreichs durch persönliche Gründe noch verstärkt. Musste nicht zum Beispiel eine so heftige Polemik, wie sie dem Eintritt Millerands in das Ministerium Waldeck-Rousseau folgte, die Achtung einer gewissen Anzahl Arbeiter vor den Parlamentariern und dem Parlamentarismus stark erschüttern? Endlich aber tauchte sogar im Schosse mehrerer öffentlichen Verwaltungen infolge Missbrauchs der Amtsgewalt seitens gewisser Minister und offenbarer Günstlingswirtschaft der Wunsch auf der Zentralgewalt Opposition zu machen. Diese Tendenz fand rasch zahlreiche Anhänger unter den Beamten, die danach strebten die alleinigen Herren ihres Geschickes zu werden. Die Theorie der direkten Aktion gegen die Arbeitgeber und den Staat ohne Hilfe von *Mittelpersonen* war ganz nach dem Geschmack dieser verschiedenen Gruppen, denen sich eine bedeutende Fraktion der natürlich den Tendenzen der Bewegung sehr geneigten Anarchisten und einige Intellektuelle anschlossen, die als Gedankenrevolutionäre die Theoretiker der Bewegung wurden.

Die neue Partei, deren Elemente aus den verschiedensten Punkten des politischen Horizonts zusammengekommen waren, hatte anfangs, wie nicht anders möglich, eine unbestimmte, in mancherlei Hinsicht sogar widerspruchsvolle Doktrin. Wie es fast immer in solchen Fällen geschieht, trieb man es sofort bis zum Äussersten und operierte gleich zu Beginn mit den heftigsten Formeln. Einige vereinzelte Tatsachen boten gewissen Fanatikern Gelegenheit die Gewalt zu verherrlichen und die kecken *Sabotagen* und Gewalttätigkeiten zu rühmen, die unter den Arbeitgebern panischen Schrecken verbreiten sollten. Man schrieb sogar eine Philosophie der Gewalt, in der der Verfasser, um ihre Wohltaten besser hervorzuheben, sich nicht scheute mit gutem Beispiel vor-

anzugehen, indem er Ausdrücke und gewagte Wendungen anwandte, die man gewöhnlich nicht bei Wissenschaftlern findet.

Die tägliche Erfahrung jedoch, die Betrachtungen der Genossen, die Selbstkritik der Theoretiker, die sich zuerst von ihren Ideen zu weit fortreissen liessen, dieser ganze Prozess, den jede Theorie durchmachen muss, die sich der Praxis nähert, alles das trug dazu bei die Doktrin der direkten Aktion zu präzisieren und zu mässigen. Natürlich existiert noch immer unter ihren Anhängern eine überaus enthusiastische und lebhaft Linke, die die Gewalt für eine unvergleichliche Tugend hält; die bekanntesten Führer jedoch, die anerkannten Theoretiker haben ihre Ansichten in ihren neuesten Schriften, die wir hier prüfen wollen, bestimmter ausgedrückt.

Victor Griffuelhes, der Sekretär der *Confédération générale du Travail*, der einer der überzeugtesten Anhänger dieser Art sozialer Aktion ist, definiert die direkte Aktion folgendermassen:

»Direkte Aktion bedeutet Aktion der Arbeiter selbst, das heisst eine direkt von den Beteiligten ausgeübte Aktion. Der Arbeiter strengt selbst seine Kräfte an und richtet sie persönlich gegen die ihn beherrschenden Mächte, um die von ihm erstrebten Vorteile zu erringen. Durch die direkte Aktion schafft der Arbeiter selber seinen Kampf, er führt ihn mit dem festen Entschlusse die Aufgabe seiner Befreiung keinem andern als sich selbst zu überlassen.«

Das ist eine sehr gemässigte Definition; es gehen ihr aber Betrachtungen voran, die die wirkliche ihr von ihrem Urheber zugeschriebene Bedeutung genauer feststellen:

»Durch Gewalt zwingt die Bourgeoisie uns ihren Willen und ihre Launen auf, durch Gewalt hält sie ihre Ausbeutung aufrecht. Die soziale Welt beruht einzig auf Gewalt, sie lebt von der Gewalt und trägt die Gewalt in sich selbst. Die Autorität des Arbeitgebers wird nur durch Gewalt geschaffen, und nur Gewalt kann sie zurückdrängen. Und zwar nicht deswegen, weil man Gefallen an der Gewalt findet, sondern weil die Bedingungen des Arbeiterkampfes sie ihm aufnötigen . . . Diese Gewalt soll aber durch den Impuls der Beteiligten zu tage treten. Den Arbeitern kommt es zu ihre eigne Aktion zu leiten, weil sie den Zweck hat ihre Interessen zu verteidigen oder zu schützen . . . Dieses Resultat kann nur erreicht werden, wenn die Arbeiterklasse einen aus sich selbst gebildeten Organismus darstellt mit der einzigen Aufgabe für seine Interessen zu kämpfen. Dieser Organismus muss sich unserer Ansicht nach von jedem fremden Einflusse, mag er von den Besitzenden oder von der Regierungsgewalt ausgehen, fernhalten.«

Nachdem Griffuelhes in dieser Weise pathetisch die Notwendigkeit der Gewalt betont hat, erinnert er an die Definition Pougets, die der Mässigung die Tür öffnet:

»Die direkte Aktion ist eine Äusserung des Arbeiterbewusstseins und Arbeiterwillens; sie kann mild und sehr friedlich aber ebensowohl stark und heftig auftreten . . . Das hängt von den Umständen ab.«

Übrigens schrieb noch vor kurzem Griffuelhes selbst bei Gelegenheit des merkwürdigen, von der Regierung Clemenceaus eingeleiteten Prozesses gegen 12 der 77 Unterzeichner eines gegen die Regierung gerichteten Flugblattes *Un gouvernement d'assasins*, das während der Unruhen in Südfrankreich und der Narbonner Affäre verbreitet wurde:

»Uns selbst wird der Prozess vielleicht von Nutzen sein. Es gibt noch viele unter uns, die sich zu gern zu überflüssigen Gewaltakten hinreissen lassen, für die die schöpferische Energie in heftigen Worten liegt. Diese werden nachdenken, und wenn sie vorsichtiger werden, wird unsere Aktion sich nur intensiver gestalten. Diese Sprache aus meinem Munde setzt euch vielleicht in Erstaunen, und ich weiss auch ganz gut, dass ich mich dadurch der strengen Kritik einiger Schrei-

halse aussetze. Manche sprechen gern von dem wachsenden Opportunismus der *Confédération générale du Travail*. Tut nichts! Ich bin mutig genug sogar dieser Demagogie zu trotzen.<sup>2)</sup>

Wir werden noch andere Beweise dafür finden, dass die Bewegung der direkten Aktion den Weg grösserer Mässigung in der Theorie einschlägt, besonders in Sachen des Generalstreiks, der Krönung der direkten Aktion. Schon lange haben viele Sozialisten die naive, überall verbreitete Auffassung kritisiert, als genügte der gemeinsame Wille der Arbeiter auf einmal jegliche Arbeit einzustellen, um die kapitalistische Gesellschaft zu desorganisieren und den Wünschen des Proletariats den Triumph zu sichern. Vor ganz kurzer Zeit hat aber auch einer der intransigentesten Theoretiker des Generalstreiks, Hubert Lagardelle, selbst auf die Entwicklung dieser Idee in den letzten Jahren hingewiesen und den Generalstreik nicht mehr als eine durch die von den Theoretikern bestimmten, besonders Phänomene charakterisierte Krise, sondern einfach als den »Gipfelpunkt des Klassenkampfes« definiert. Er würde der Abschluss der genügend erstarkten gewerkschaftlichen Tätigkeit sein, um die Produzenten in stand zu setzen »aus eigener Kraft die Werkstatt von der Autorität des Arbeitgebers und die Gesellschaft von der Autorität des Staates zu befreien«. Wann und wie der Generalstreik sich ermöglichen liesse? »Darauf kommt es nicht sehr an.« Das ist eine merkwürdig unbestimmte und gemässigte Definition; sie läuft ganz einfach darauf hinaus, dass die Arbeiter dann triumphieren werden, wenn sie die Stärkeren sind. Und es war wirklich nicht nötig die direkte Aktion, den revolutionären Syndikalismus und den Generalstreik aufs Tapet zu bringen und alles desorganisieren zu wollen, was in Gewerkschaftsdingen existiert, um zu einer so einfachen Behauptung zu gelangen.

So formuliert und mit diesen Einschränkungen werden die direkte Aktion und der Generalstreik allmählich zu Theorien, zu denen sich schliesslich die grosse Mehrheit der Sozialisten bekennen kann. Diese haben gegen die gewaltsame direkte Aktion das eingewandt, dass sie in Widerspruch mit der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft stehe. In der Tat haben die Fortschritte der Zivilisation immer darin bestanden die Anwendung von Gewalt in sozialen Konflikten zu beschränken. Die Ausdehnung der Gesetzgebung hat nur diesen Zweck. Wenn die modernen Gesellschaften dem Staate das Recht des Eingriffs zuerkennen, um die Steuern, das Recht usw. zu reglementieren, so geschieht es eben, damit sie selbst nicht kraft der ihnen zur Verfügung stehenden Macht alle vom sozialen Leben aufgeworfenen Fragen zu regeln haben. Man hat erkannt, dass die direkte Aktion des Stärkern gegen den Schwächern immer ungerecht ist; ihre Ausübung unmöglich machen bedeutet eine bessere Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit. Die direkte Aktion als einziges Mittel sozialer Wirkung unter Ausschluss jedes andern vorschlagen hiesse also die schon lange verurteilten Gewohnheiten der primitiven Völker wieder zur Geltung bringen und die Weltgeschichte rückwärts revidieren. Wenn sich jedoch die normale direkte Aktion hauptsächlich in milden und friedlichen, von mächtigen, zahlreichen, sowohl von der Regierung wie von Arbeitgebern unabhängigen Gewerkschaften sorgfältig vorbereiteten Manifestationen äussert, was, ist sie dann anders als der ernste Ausdruck des Freiheitsstrebens der

<sup>2)</sup> Vergl. die *Humanité* vom 23. Februar 1908.

Arbeiterklasse, der kostbare Sauerteig des sozialen Fortschritts? Alle Sozialisten sind Anhänger einer solchen direkten Aktion.

Was die Sozialisten von den Syndikalisten trennt, wäre also nur die Anwendung der Gewalt in Ausnahmefällen? Hierbei handelt es sich ja auch nur um Nuancen und Grade. Tatsächlich lehrt die Geschichte, dass die Anwendung der Gewalt in gewissen Fällen gleichsam eine instinktive, spontane, in der Natur des Menschen und der Psychologie der Massen liegende Äusserung ist. Man könnte viele Beispiele solcher plötzlichen, ohne Überlegung vom Volke unternommenen, äusserst gewaltsamen Bewegungen anführen. Es ist daher noch nicht gesagt, dass die Anwendung der Gewalt unter allen Umständen und ausnahmslos zu verurteilen ist. Wenn die Sozialisten dennoch der Theorie der gewaltsamen direkten Aktion so abgeneigt sind, so liegt der Grund darin, dass sie es für eine Täuschung des Proletariats halten, wenn man ihm zu oft von der Wirksamkeit der Gewalt erzählt, auf die zu rechnen man ihm nicht zur Gewohnheit machen darf, selbst wenn man annimmt, dass sie auf dem »Gipfelpunkt des Klassenkampfes« nützlich werden könnte. Jedenfalls kann heute die Gewalt nicht die gewerkschaftliche Macht schaffen, diese *conditio sine qua non* jedes Befreiungsversuchs, die nur in Ruhe und durch stetige Bemühungen gebildet werden kann.

Theoretisch trennt also nur eine Sprachnuance den rechten Flügel der Syndikalisten von den Sozialisten. Die ersteren sprechen viel lieber von Gewalt als die letzteren. In der Praxis jedoch — ohne hier auf Polemiken einzugehen — sind diese theoretischen Differenzen in manchen Gewerkschaften die Ursache der heftigsten Streitigkeiten geworden und haben Spaltungen veranlasst, die für die Gewerkschaftsbewegung gewisser Berufskreise die traurigsten Folgen hatten. Noch heute und trotz der oben erwähnten Neigung zur Mässigung gibt es viele Syndikalisten, die in ihren Organisationen den Kampf für die naivsten und grössten Auffassungen der direkten Aktion und des Generalstreiks alten Stils führen.<sup>4)</sup> Und sogar die Führer bleiben in vielen Punkten, sowie es sich um Reformen handelt, intransigent.

Was die Syndikalisten von den Sozialisten sehr scharf scheidet, ist die Frage der parlamentarischen Tätigkeit. Bei den Syndikalisten stehen sich tatsächlich zwei Theorien gegenüber. Die eine, direkt antiparlamentarische, verlangt eine eifrige Propaganda für Wahlenthaltung und gegen das allgemeine Wahlrecht. Ihre Anhänger sind hauptsächlich die anarchistischen Elemente. Die andere erklärt sich für aparlamentarisch und verhält sich absolut gleichgültig gegen die politischen Meinungen ihrer Anhänger, vorausgesetzt, dass sie sich nicht von den Meinungsstreitigkeiten *hypnotisieren* lassen und ihre kräftigsten Anstrengungen dem ökonomischen Kampfe widmen. Das ist speziell die Theorie der Syndikalisten, die sich noch Sozialisten nennen.

Es ist wohl nicht nötig darauf hinzuweisen, dass in der Praxis beide Theorien — von gewissen Nuancen vielleicht abgesehen — gleichbedeutend sind, obgleich die Aparlamentarier protestieren, wenn man von ihrem Antiparlamentarismus spricht. Die Aparlamentarier sagen ihren Wählern: Die Arbeiterklasse darf

<sup>4)</sup> Eben ist ein neues Wochenblatt erschienen, das den symbolischen Titel *L'Action directe* trägt. Die verschiedenen Nuancen des revolutionären Syndikalismus sind dort vertreten. Drei Viertel der Artikel sind gegen die Sozialisten gerichtet, obgleich eine Anzahl von Anhängern unserer Partei an der neuen Zeitschrift mitarbeitet.

kein Vertrauen zu *Mittelpersonen* haben, sie muss sich in allen Dingen nur auf sich selbst, auf ihre eigene Aktion verlassen. Die Antiparlamentarier schreien: Nieder mit dem Parlamentarismus! Praktisch sind beide Unterweisungen gleichwertig; sie führen alle beide zur Gleichgültigkeit gegen das allgemeine Wahlrecht und zur Wahlenthaltung.

Die Majorität der Sozialisten kann natürlich diese Theorien nicht akzeptieren, denn sie vergisst nicht, was das Parlament dem Proletariat geben kann, wenn es sich der Mühe unterwirft es seinen Bedürfnissen anzupassen. Es ist nicht zu leugnen, dass die allgemeine Stimmung der Republik sich seit dreissig Jahren sehr geändert hat. Gewiss haben wir noch immer eine bürgerliche Republik, aber sie ist von einem merklich anderen Geist beseelt. Wenn zum Beispiel durch eine geschickte Propaganda die Mitgliederzahl der sozialistischen Fraktion von 52 auf 100 steigen und die Kammer zum fünften oder vierten Teile aus Sozialisten bestehen wird, werden wir diese wirkliche Demokratisierung des französischen Parlaments noch bedeutend merklicher hervortreten sehen. Die sozialistische Partei würde der notwendige Stützpunkt einer wirklich republikanischen Mehrheit werden, und ihr Einfluss auf die Geschichte der Republik würde täglich steigen. Dieser Fortschritt des Parlaments hätte, um die Massen mit dem sozialistischen Ideal zu erfüllen, ein ganz anderes Prestige als die noch so zahlreichen Reden, in denen die Abgeordneten der Partei täglich den Bankrott der radikalen Partei und der bürgerlichen Republik verkünden. Er hätte den Wert eines positiven, auf den Geist der Massen unendlich tiefer als negative Kritik wirkenden Resultats. Das französische Parlament ist übrigens jetzt an einem kritischen Punkte seiner Geschichte angelangt. Nachdem es lange Jahre für die Existenz selbst der bürgerlichen Republik gegen boulangistische und nationalistische Komplotte gekämpft, nachdem es die grossen öffentlichen Einrichtungen, wie den allgemeinen Schulzwang, organisiert, nachdem es auch die Trennung von Staat und Kirche durchgeführt hat, ist es gezwungen endlich auch an die ökonomischen und sozialen Reformen zu gehen. Seine Gegner behaupten, dass es dies schon längst hätte tun sollen. Sie vergessen aber, dass Frankreich nicht nur aus Arbeitern besteht, und dass das Parlament sich selbstverständlich erst mit allgemeinen Fragen beschäftigen musste, bevor es soziale Reformen unternehmen konnte. Und gerade in dem Moment, wo die Vertreter des Proletariats im Parlament, die Sozialisten und die Sozialistischeradikalen, mit allen konservativen Mächten der Nation wegen der Arbeiterversicherung, der Einkommensteuer, der Sonntagsruhe, des Ankaufs der Westbahn im Kampfe liegen, erklärt man den Bankrott des Parlamentarismus! Dieser Augenblick ist besonders schlecht gewählt; es wäre ungerecht und unvorsichtig gerade dann die sozialistischen Bemühungen im Parlament aufzugeben, wenn sie endlich die französische Politik auf einen ausgesprochen demokratischen Weg leiten können.

Das hat auch Jaurès am Schlusse einer sehr bedeutenden Rede über die Einkommensteuer am 27. und 28. Februar dieses Jahres in der Kammer auseinandergesetzt. Er sagte da:

»Wenn Sie wirklich wollen, was Sie wollen, wenn Sie die ganze Nation in die Debatte hineinziehen, wie es freien Regierungen ansteht, werden Sie mit der Reformpolitik das letzte Wort haben. Meine Herren, ich habe das Recht hier der Arbeiterklasse zu sagen, ich als Mann, der in der parlamentarischen und gesetzgeberischen Aktion



# SIGFRID SIWERTZ · DER TRAUM VOM KINDE

I



N einem Septemberabend klopfte es bei Sven Borin . . . Er war Lehrer von Beruf und wohnte hoch oben in dem kleinen unbekanntem Gemenge von ziegelgedeckten Baracken, roten Planken und kleinen Gärtchen, das Trosa heisst und zwischen der Kungsholmer Kirche und dem Clarasee liegt. Von seinem Schreibtisch oben in der Dachkammer hatte er eine freie Aussicht über eine luftige, aber vielleicht etwas geradlinig abstrakte Welt von Giebeln, Balustraden, Dachfenstern und Schornsteinen, und darunter kletterte das Gässchen steinig und steil bis zu seinem Haustor hinauf. Ich weiss nicht, ob er das Gefühl hatte, dass sie auch ihre Poesie haben kann, diese allein von den Vögeln bevölkerte Landschaft aus Eisen, Kupfer und Schiefer, mit ihren tausenden Wäldern von Telephondrähten, Sturmhauben und Flaggenstangen und ihren tiefen Cañons unten, durch die die Menschenströme fluten. Aber es war sicherlich nicht die Sehnsucht nach der Idylle, die ihn hinauf in die kleine Kleinstadt hoch über allem Lärm getrieben hatte. Er fühlte sich wohl in den baumlosen kerzengeraden Strassen der Nordstadt am heimischsten. Da machte er an stillen Sonntagsmorgen lange Spaziergänge, da sah er seine eigene Welt in der äusseren gespiegelt.

Die Stadt war für ihn angewandte Stereometrie.

Wenn er, den Kopf ein wenig schräg, die Hausnummern entlang schlenderte, dann war er mitten in einer Wirklichkeit, die seinen Gedanken entsprach. Mit geheimem Wohlbehagen trat er die aus Quadraten und Rechtecken bestehende Matte der Pflastersteine. Die Trottoirkanten waren die beiden parallelen Linien, die sich niemals schneiden. Es lag nichts Beunruhigendes in den Kubussen der Häuser, den Dreiecken der Vordergiebel, den Kegeln der Türme.

Die Natur hingegen bedrückte und beunruhigte ihn, wenn er sich einmal zum Stadttor hinauswagte, weil er sie nicht so recht in seine Begriffe einpassen konnte. Er glaubte wohl, dass sie sich durch eine Gleichung ausdrücken liess, aber die Unbekannte war für ihn von zu hoher Dignität.

Und die Menschen! Da waren vor allem seine Kollegen. Er hasste sie nicht. Nichts lag ihm eigentlich ferner als Hass. Er hatte im Innersten einen Fonds von einfacher Güte. Aber er litt unter ihnen. Er verstand sie nicht, er irrte sich immer in ihnen. Die Knaben fürchtete er als grausame und unberechenbare Wesen. Er ging wirklich mit keiner Freude zu seinen Lektionen.

Wusste er wenig von den Männern, so wusste er noch weniger von den Frauen. In Upsala hatte er einige Erfahrungen von jener Art gehabt, wie man sie am liebsten wieder vergisst. In seinem tiefsten Herzen lebte vielleicht die bleiche Hoffnung, einmal einem Weibe zu begegnen, das ihn verstand, einem Weibe, mit dem er von — von höherer Mathematik reden konnte. Aber das war so fern, so tief in der blauen Zukunft . . .

Sven Borin war ein mathematischer Träumer, mit dem Blick und dem zerstreuten Wesen eines Träumers. Und er benutzte jede Gelegenheit in seine



Einsamkeit zu fliehen. Darum wohnte er dort oben in Trosa. Es gab nicht viele, die sich die unendlichen Holztreppen hinaufwagten.

Man klopfte noch einmal.

Er erhob mit einem Seufzer den Kopf von seinen Papieren und öffnete.

Ein paar Kameraden hatten sich verschworen ihn mitzuziehen.

Er wagte nicht *Nein* zu sagen, so gerne er auch gewollt hätte. Stumm ging er an dem stillen Septemberabend neben ihnen einher, mit dem Gefühl, feig gewesen zu sein und sich gegen seinen halbbeschriebenen Bogen versündigt zu haben.

Man schlug den Weg nach Skeppsholmen ein und beschloss im Restaurant Bläsut zu essen. Sven stimmte dem Plane widerwillig zu.

Die Gesellschaft liess sich unter den Linden am Wassersaume nieder. Ringsum sassen ehrsame Bürger, die an den Traditionen festhielten. Sie assen Krebse. Sie liebten das Lokal, weil sie einmal in der Welt mit ihren Bräuten hierher gegangen waren.

Bald ertranken alle Blicke in der verwirrenden Mannigfaltigkeit der kalten Schüsseln. Vom Nachbartisch ertönte gedämpft ein Kantus:

»Wein muss durch die Kehle laufen,  
Drum soll man immer weiter saufen!«

Sven Borin sah sich gezwungen mit den anderen in den Refrain einzustimmen. Er suchte sich der besiegelnden Handlung zu entziehen, aber die Schändlichkeit wurde entdeckt, und er musste gründlich Busse tun.

Beim Kaffee lehnte er sich bequem zurück und griff sich mit einer Geste an die Stirn, die die anderen zum Lachen reizte. Er entdeckte plötzlich, dass der Mond an einem Himmel aus tiefblauem Samt ganz klar über der Katherinakirche hing. Wie kleine Smaragde funkelten die Steuerbordlaternen der eintreffenden Fähren, und viele dunkle Schiffsrumpfe lagen und wiegten sich, den Steven der Schleuse zugewandt. Ein Dampfschiff brauste dicht an ihnen vorbei, und der Wasserspiegel brach in tausend funkelnde Splitter; über seinem Kopf neigten die Bäume sich zusammen und flüsterten einander etwas vom Herbste zu, aber sachte . . . . ganz sachte. Ein Blatt segelte in seinen Schoss hinab.

Man brach auf.

Die Bootreihen von Skeppsholmen wurden unter prahlerischen Reden über die Segeltouren und wilden Streiche der Knabenjahre passiert. Sven, der niemals auf einer Ruderbank gesessen hatte, wurde mild belächelt.

»Wer mit einem Boot nicht fertig werden kann, der kann auch nicht mit einem Frauenzimmer fertig werden«, wurde vor der Seekriegsschule behauptet. Man ging zu dem neuen Thema über und behandelte es saftig und mit Sachkenntnis.

Vor den Villenkolonien kam ein spannendes Intermezzo. Einer der Gesellschaft stellte Wachen auf, die den Befehl hatten zu pfeifen, wenn jemand kam. Dann sprang er gelenkig über ein Staket, verschwand unter den Bäumen, wurde mit Spannung erwartet und kam mit einer gewaltigen, gestohlenen Sonnenblume im Knopfloch zurück, um dann als ein Held gefeiert zu werden. Es ging weiter in die Stadt hinein.

In einer alten Strasse der Nordstadt machte man unter lautem Gejohle vor einem Holzhaus mit herabgelassenen Rouleaus Halt. Eine Tür wurde aufgerissen, Sven weigerte sich hartnäckig mit den anderen einzudringen, wurde verhöhnt, gepufft und schliesslich losgelassen.

Er trieb sich lange in den Strassen herum und bereute beinahe nicht mit hineingeschlüpft zu sein. Der Gedanke an sein einsames Zimmer war ihm ausgesprochen unbehaglich.

Ihr wisst, was das ist: der Rausch der Müdigkeit. Man geht, bis man gleichsam einen kühlen Hauch um die Stirn fühlt und der Kopf leichter, leerer wird. Die Schritte schwanken, und man tritt manchmal auf dem Trottoirrand fehl. Die Gaslaternen bekommen eine andern und tieferen Glanz, alle Begegnungen werden bedeutungsvoller, die Schatten tauchen gleichsam aus dem Nichts auf. Da ist etwas, das sich aus einem löst und auf Kosten des Wollens wächst . . . Da gibt es einem plötzlich einen Stich, wenn man ein Weib sieht. Man macht instinktiv Kehrt, folgt ihr halb gelockt, halb erschreckt von ungewissen Möglichkeiten.

Sven Borin sah ein junges Mädchen mit Matrosenhut, kurzer Jacke und Leder-gürtel aus einem Haustor treten. Er erhaschte auch im Laternenschein ein schmales, ein wenig blasses Gesicht und zwei grosse unruhige Augen. Da geschah etwas, worüber sein Innerstes ganz starr vor Staunen wurde. Er ging auf sie zu, nahm artig den Hut ab und fragte, ob er sie begleiten dürfe. Es sei so unsicher am Abend.

»Ja, wenn Sie artig sein wollen«, murmelte sie mit einer Miene, als dächte sie an alles eher als an ihn.

Sie ging rasch und stumm an seiner Seite, und selbst wusste er anfangs auch nichts zu sagen. Er bat nur jedesmal um Entschuldigung, wenn seine Hand ihr Kleid streifte.

Doch plötzlich packte ihn ein verstohlener Wunsch mit dem Mädchen an seiner Seite von sich selbst zu sprechen. Er begann vorsichtig, sondierend, auf Umwegen. Dann legte er richtig los. Er erzählte eine ganze Menge von der Einsamkeit und den unheimlich kalten Wintern in Upsala. Er gestand, dass er Lehrer war und mit den Jungen in der Schule nicht fertig wurde. Sie nannten ihn den *Besenstiel* . . . .

Sie schwieg noch immer, aber er sprach weiter. Seine Gesten waren ein wenig zu gross. Einmal legte er ihr die Hand auf die Schulter. Sie war weich unter dem dünnen Stoff.

Man ging an den Strassenbahnremisen vorbei, immer weiter.

Plötzlich blieb sie vor der Hintertüre eines alten Steinhauses mit schadhaftem Dach stehen, das unter all den hohen und lichten Parvenus der Strasse ganz einsam in seiner Bresthaftigkeit stand. Den Rücken an die Laterne gelehnt, griff sie nach seinem Arm. Er erkannte ihre Stimme nicht wieder.

»Wollen Sie mich wieder einmal treffen?«

Gewiss wollte er das.

Sie machte einen Schritt, unruhig und zögernd. Dann murmelte sie heftig zitternd:

»Nein, . . . es ist schlecht von mir . . . . Gehen Sie, gehen Sie!«

Er wollte nicht gehen.

»Ja, ja . . . . Sie wissen nicht . . . .«

Nein, er wusste nicht, sie würde ihm schon alles sagen.

Sie brach in Tränen aus und stand da, im Halbdunkel zitternd, den Kopf an seiner Schulter. Er wusste nichts zu sagen, streichelte sie nur, zuerst sanft und brüderlich tröstend, dann ein wenig kühner, durch ihre Hilflosigkeit ermutigt. Bis sie sich sachte seinen Händen entzog, das gewaltige knirschende Tor aufbrachte und verschwand, nachdem sie ihm einen Glockenschlag und einen Namen zugeflüstert hatte.

Er starrte einen Augenblick das verschlossene Tor an. Dann schleppte er sich heim, plötzlich todmüde und leer.

Am nächsten Morgen erwachte Sven Borin mit dem festen Entschluss, nicht zu dem Stelldichein zu gehen. Doch ein unnützer Tag steckt den folgenden an. Es gelang ihm nicht, sich für seine Arbeit zu interessieren; und als der Abend kam, schlenderte er unter den Laternen herum. Schlag acht spähte er das stille Nebengässchen hinab. Sie war schon da, aber nur um ihm zu sagen, dass sie gleich nach Hause gehen musste. Ihre Mutter war krank. Sie wusste nicht, wann sie wieder frei sein würde. Aber sie versprach ihn eines Nachmittags abzuholen, sobald sie Gelegenheit hätte.

Wieder stand er verlassen, hilflos und erfroren im Herbstwinde da.

Die Irrfahrten des Abends schlossen mit dumpfer Resignation im Nothafen der Kaffeehausecke.

Am nächsten Tag kam sie, atemlos von den Treppen.

Sie bewunderte die Aussicht, errötete, weil sie die wunderlichen Figuren auf seinen Papieren nicht verstand, fragte, wen die Photographieen an den Wänden vorstellten.

Er stürzte einen Augenblick hinaus, um die Bedienerin aufzuhalten, die er auf der Treppe hörte. Als er zurückkam, sass sie auf dem Sopha und weinte. Er suchte sie zu trösten, so gut er konnte. Sie schlang die Arme um seinen Hals und verstummte allmählich. Die Dämmerung schlich sich herein und schloss sie immer näher an einander an. Da begann sie schweigend ihre Kleider zu lösen.

Er starrte sprachlos vor Staunen ihre kleinen Hände an, die zitternd nach Nadeln suchten und an Knöpfen zerrten.

Sie errötete und lächelte matt.

»Ja, du sollst mich haben . . . . Deine Augen sind so gut . . . . Geschwindigkeit!«  
Es war kein Gedanke mehr in seinem Hirn. Er riss nur die Kleider ab und zog sie an sich. Sie zitterte vor Angst unter seinen Händen. Er fragte nicht, warum sie sich so plötzlich gab, küsste nur wild. Einen Augenblick wurde sie ganz starr. Dann brach sie wie ein Bogen, der zu hart gespannt ist, und mit einem weichen und willenlosen Weibe glitt er in den heißen Nebel . . . .

Sie trafen sich fast jeden Abend.

Er verlor sich in dies mit geschlossenen Augen, ohne zu grübeln. Manchmal fühlte er wohl die Unruhe dessen, der über seinen Kreis hinausgegangen ist. Dann suchte er das Ganze zu bagatellisieren; er hatte doch die Mathematik in der sichern Hinterhand. Zuweilen, wenn sie gegangen war, hatte er sogar das Gefühl, dass alles aus war.

Aber am nächsten Tag erwartete er sie nervös. Dann blieb sie einige Tage aus. Und dann lag ein Brief in seinem Briefkasten, ein kleines verwirrtes Briefchen, mit mangelhafter Orthographie und Tränenspuren. Sie fürchtete, dass ihre Zusammenkünfte Folgen haben sollten. Sie bat ihn um Hilfe. Der Brief war unterzeichnet *Signe Virén*. Er hatte nie daran gedacht nach ihren Zunamen zu fragen.

Zum erstenmal fühlte er, wie der Grund unter seinen Füßen wankte.

## II

**S**VEN Borin blieb auf der Treppe stehen . . . . Er war am Ziel der schwersten Wanderung seines Lebens. Lange Wochen angstvoller Erwartung waren vergangen, ohne dass er irgend eine Botschaft von ihr erhalten hatte. Aber jetzt war sie wieder heimgekommen, und er konnte seinen Sohn sehen, stand in dem Brief. Er atmete schwer und stützte sich mit der Hand auf das abgenützte Geländer. Das drückende feuchtdunkle Stiegenhaus war voll von dumpfer Dämmerung und bösem Flüstern. Was sollte er mit diesem Kind anfangen, das er von der un-rechten Frau bekommen? Was für ein Gesicht würde man ihm dort drinnen zeigen? Der Gedanke, dass vielleicht Signes Bruder öffnen würde, jagte ihm einen kalten Schauer über den Rücken. Er fühlte sich wie ein Verbrecher vor der Konfrontation, ein elender Dieb, ein Narr. Der Glockenstrang knirschte bei seinem zögernden Griff, und die Tür ging auf. Es war Signe selbst. Sie führte ihn an der Hand durch das grabesfinstere Vorzimmer in ein kleines, halbdunkles Hofzimmerchen mit Fleckchenteppich, einem Spiegel, in dem man grün im Gesicht wurde, und einem Wandbrett mit einer brütenden Porzellanhenne, von zwei italienischen Gipsvasen flankiert.

Er sank stumm in einen Stuhl neben der Tür.

Signe trug einen alten roten Schlafrock. Sie sah mehr gehetzt und unruhig als eigentlich mitgenommen aus. Ihr Hals erhob sich voll und weiss aus dem kleinen Ausschnitt, und der Busen schwoll mütterlich unter den Carreaus des Kleides.

Sie fragte, ob sie Sten hereinbringen solle.

»Ja.«

Durch die halbgeöffnete Küchentür hörte man ein schwaches Wimmern. Stimmen sprachen gedämpft, auch eine männliche. Ihr Bruder war also zu Hause. Würden sie alle hereinkommen?

Nein, Signe kam allein zurück, mit etwas, das in einen Shawl gehüllt war. Er sah wie in einem Traum zwei schwarzblaue, leere, aber dennoch tiefe Kinder-  
augen, die ihn anstarrten. Dann sank er zusammen, die Hände an der Stirn.

»Sie hassen mich wohl, dein Bruder draussen und deine Mutter . . . «

Sie wandte sich ab.

»Auf mich sind sie am meisten böse . . . «

Wieder sah er den Kleinen an, nahm ihn ihr mit ängstlich bebender Hand ab, hob den Shawl ein wenig auf. Er hatte nie ein neugeborenes Kind gesehen, aber so viel wusste er, dass sie selten schön sind. Jetzt musste er sich wundern.

»Wie weiss und fein er schon ist . . . Sten. Wieviele Tage kann er alt sein . . . «

Sie antwortete nicht sondern machte sich etwas am Schrank zu tun.

Er sah noch immer den Kleinen an.

»Wie wunderliche Augen . . . . Man kann nicht glauben, dass man selbst einmal so gewesen ist . . . . Ich finde, er ist schön . . . . Mir sieht er nicht ähnlich, aber das kommt wohl noch . . . .«

»Ja gewiss sieht er dir ähnlich. Die Stirn, die Schläfen . . . . Denk nur, wenn er einmal gelehrt würde so wie du . . . .«

Sie lauschte an der Tür.

»Sie sind noch immer draussen . . . . Willst du unten auf mich warten. Ich ziehe mich an, und wir gehen aus, da können wir freier sprechen . . . .«

»Ja, wenn du schon kannst.«

Er strich dem kleinen Sten über den lichten Flaum des Köpfchens. Dann legte er ihn wieder hin, taumelte die Treppen hinunter und sank auf einer Bank im Hof unter dem kleinen knospenden Faulbaum neben der Planke zusammen.

Die Schatten der drei Fensterkreuze der Erdgeschosswohnung auf den holprigen Steinen machten den Hof zu einem Golgatha. Dahinter hob ein niedriges, modernes Fabrikgebäude seine Dachsilhouette wie eine gezähnte Sägeklinge von dem feuchtweichen Blau des Himmels ab. Über seinem Kopf strömte eine wechselnde Wolkenwelt lautlos durch den Maiabend.

Die Augen des Kindes starrten noch in die seinen, sie sogen seine Gedanken an sich.

Es war ein Mensch, den er in die Welt gesetzt hatte, ein Mensch mit unendlichen Möglichkeiten von Freud und Leid, von Gut und Böse. Mit einem Schauer fühlte er wieder die ganze Grösse der Verantwortung. Und der Lehrer in ihm erwachte zugleich mit dem Vater. Sein Auge sah tiefer als je zuvor. Es war, als hätte sich eine kleine unbeschriebene Seele in seinen Träumen reich und gross gewachsen.

Was war ein neues Leben? Ein kleiner Lehmklumpen. Aber ein göttlicher Geist konnte ihm eingeblasen werden. Das war eine lange und schwere Aufgabe. Er sah, wie sich die Dinge unter kleinen tappenden Händchen formten und in der Sonne immer mehr Farbe bekamen. Der Raum wuchs unter den Bewegungsempfindungen. Vieles konnte man erreichen und befühlen, anderes nur sehen, das war weit fort. Man fühlte wundernd alles rings um sich gleiten und strömen, bis man begriff, dass es still war und man sich selbst bewegte. Die Welt wuchs. Aus dem Zimmer des Heims wurde sie zu Treppe, Strassen und grünen Parks, wo es andere Wesen gab, die einem selbst glichen. Man spielte, raufte, weinte, unterhielt sich. Dann kam die Schule. Jetzt wuchs die Welt noch mehr. Sie wurde zu Städten, Ländern, Weltteilen, Meeren. Der Himalaja erhob seine eisblauen Firnen, La Plata rollte sein Silber, die japanischen Meerestiefen offenbarten ihre schwarzen Abgründe. Die Träume glitten wie weisse Sommerwolken über grüne Steppen, irrten durch die feuchte, rauschende Nacht der Urwälder, erstarrten in arktischer Einsamkeit, schaukelten sich auf langen, blanken Meereswogen.

Alles wurde schwerer, reicher, tiefer.

Der Himmel erschloss dem sich klärenden Blick seine blaue Wölbung, die Gedanken spannen ihre spröden Fäden wie ein Netz zwischen den Sternenmillionen der Milchstrasse. Sein Sohn würde einmal erschauernd und vernichtet vor

der Unendlichkeit stehen. Dann würde er ihn zu trösten suchen: Du bist darum nicht geringer, weil deine Welt grösser wird. Der Gedanke löst all das Äussere auf und macht es zu einem Innern. Der Raum wölbt sich in deinem Bewusstsein, und da ist das Gesetz für die Bahnen der Sterne geschrieben. Die Unendlichkeit der Welt spiegelt nur die Unendlichkeit der Seele, ist nur ein Ausdruck dafür, dass es nach innen keine Grenze gibt.

Sven Borin erhob sich und ging mit geballten Händen und glühenden Wangen auf den holprigen Steinen auf und nieder. Sein Traum teilte sich plötzlich, er glitt in ein neues Strombett, ohne dass das alte austrocknete.

Die Jahre in Upsala glitten an ihm vorbei. Dort oben in der kleinen kalten Stadt auf der Ebene hatte er einmal das unvergleichliche Wohlgefühl empfunden, sich an eine starke Seele zu lehnen. Sein Freund war Philosoph, ein unerbittlicher Rationalist. Des Abends sass er in olympischer Ruhe in eine Wolke von Virginiarauch gehüllt. Kant sah mit einem heimlichen Lächeln aus seinem Rahmen auf sie hinab, von Fichtes Porträt gingen Kraftlinien aus, Nietzsches Schnurrbart fiel wie eine Kaskade über den verachtungsvollen Mund. Und der Freund sprach. Es war, als trüge er das Leben in der rechten Hand und wöge den Tod in der andern. Und Sven taumelte in der Winternacht heim, abgeklärt und sanft von dem Glück der Abstraktion erfüllt, das dem des Todes verwandt ist.

Jetzt träumte er für seinen Sohn ein solches Schicksal wie das des Freundes: ein starker einsamer Mann zu werden, eine ruhende Kraft, ein klares und stilles Licht. All das, was in ihm nur Nebelfleck war, sollte bei dem Knaben zu klaren Sternbildern werden.

Dafür musste er sich opfern.

Die Stunde wurde ihm zu einer stummen Selbstabrechnung. Er sah plötzlich, wie wenig er doch wert war, er, der Flüchtling und Ziffernträumer. Manche haben nicht das Recht, sich zu opfern. Das sind die Gesammelten und Festen. Andere haben das Recht. Das sind die Schwachen, Guten. Opfernd können sie gross werden, am stärksten leben. Er gehörte zu ihnen. Jetzt würde er sein ganzes Leben dem Sohne geben. Der alte geheime Traum von einem Weibe löste sich mit einem schmerzlichen Ruck aus seinem Geist. Ja, er würde sie dort oben nehmen, als ein notwendiges Zubehör zum Kinde. Sie war ja die Brust, die Milch gab, die Hand, die pflegte und trug. Es lag Selbstverzicht in diesem, aber in dem Selbstverzicht schwoll sein Herz wie nie zuvor. Er wurde leichter, indem er alles hingab. Der letzte Schleier fiel vom Leben: da lag es, nackt, schlicht, gross.

Sven Borin ging noch immer in der Dunkelheit auf und ab. Er stolperte über Steine, kleine Fieberschauer schüttelten ihn. Seine Gedanken wogten in schweren Wellen, im einen Augenblick war es, als lebte die ganze Welt in seinem Herzen, im nächsten Moment wurde er wie ein Tropfen von dem kalten Raum aufgesogen.

Er glitt zu einer Kellertüre hin und drückte seine heisse Stirn an die kalte Platte. Da sah er Signes Schatten im Treppfenster. Einen Augenblick spähte er ängstlich nach irgend etwas im Wesen der Mutter, das Verheissungen für das Kind geben konnte. Wieder dachte er mit Angst, wie wenig er doch von ihr wusste.

Sie gingen in den Maiabend hinaus.

Sie war still, beinahe fremd, schien es ihm. Er konnte ihren Blick nicht erschassen.

Sie setzten sich in einen öden Park. Die Sterne hingen matt und gross zwischen den schwellenden schweren Knospen der Kastanien. Laternen und Fenster leuchteten durch einen leichten Nebelschleier. Die Feuchtigkeit dämpfte den Lärm der Strassen.

Jetzt wollte er es sagen. Er fühlte sich scheu, beinahe ängstlich. Er fürchtete sich bei dem Gedanken an ihre Danksagungen. Es geschah ja nicht ihr zuliebe. Würde sie es verstehen?

Er sah sie Jänge an. Sie war wirklich als junge Mutter schöner geworden, fester, üppiger. Vielleicht war es doch ein wenig ihr zuliebe! Er ergriff ihre Hand und sprach von all dem, was er gefühlt, während er auf sie wartete. Von dem Blick des Kindes, der ihm bis ins Innerste gedrungen war, mit seiner geheimen Bitte und seinem Anspruch, von all den Möglichkeiten, die er bei dem Kleinen ahnte. Ja, und jetzt wollte er sie heiraten, um wirklich für seine Zukunft sorgen zu können.

Ihre Hand wurde kalt und starr. Sie sank zusammen, schluchzend und zitternd wie unter Peitschenhieben. Dann fuhr sie empor und küsste seinen Mund, seine Stirn, seine Wangen, wie eine Wahnsinnige küsste sie. Und dann löste sich die Wahrheit wie Frühlingseis auf ihrer Zunge, und sie überschwemmte ihn mit einem Geständnis, das ihn erstarrte und versengte und ihn vernichtet und leer an die Lehne der Bank zurücksinken liess.

»Ach, Liebster, Liebster, das darf nicht geschehen . . . Ich habe furchtbar unrecht an dir gehandelt, aber ich war in Not, ich sah keinen Ausweg, ich grübelte und durchweinte die Nächte . . . Ich hatte einen . . . einen Freund. Wir sollten zusammen fortfahren . . . nach Amerika. Aber er fuhr ohne mich, verschwand, als er erfuhr, was ich befürchtete . . . Ich glaubte, ich müsste vor Schreck sterben, ich weinte ganze Nächte . . . Da begegnete ich dir, und da fuhr das Böse in mich, als wir vor dem Haustor standen. Du sahst so gut aus, darum wollte ich dich betrügen. Es ist schrecklich, aber ich musste leiden, o, wie ich litt, wenn ich dich belog und sah, welche Angst du vor dem Kinde hattest. Ich dachte: Ich werde ihn so glücklich machen wie ich kann, solange ich noch ein bisschen schön bin, ich werde ihm in allem zu Willen sein, wie eine Sklavin werde ich sein . . . ! Du wolltest mich bis zuletzt, ja, du wusstest ja nicht, wie weit es schon war . . . Wenn du ahntest, wie eine Frau darunter leiden kann. Aber ich hielt aus, ich versuchte dir zuzulächeln. Es hätte mir fast das Leben gekostet. Wenn du wusstest, was für furchtbare Qualen ich litt, als ich das Kind zur Welt brachte. Aber jetzt will ich gehen . . . Du brauchst mich nie mehr zu sehen . . . Willst du mir verzeihen?«

Sie erhob sich, zitternd vor Ermattung, die Wangen feucht von Tränen. Aber ein unerschütterlicher Entschluss leuchtete aus ihren Augen.

Er sah sie an, stumm und gelähmt. Es war, als wäre alles rings um ihn versunken, und er schwebte einsam, ohne Schwere in einem kalten und leeren Raum.

Dann ergriff ihn plötzlich ein neuer Impuls.

»Hattest du mich nicht ein bisschen lieb . . . .?«

Sie strich über seinen Arm hin, mit ihrer armen, zitternden, kleinen Hand.

»Ja, ja . . . . Und ich werde dich nie vergessen, und dass du so viel für uns tun wolltest . . . .«

Damit ging sie. Er sah an ihren Schultern, wie sie schluchzte.

Sie wurde im Dunkel immer undeutlicher. Jetzt war sie unter den Bäumen. Jetzt schloss sich der Schatten um sie zusammen.

Und er war wieder allein, ganz allein.

XX

## HENRIETTE FÜRTH · SEXUALPÄDAGOGIK UND SEXUALETHIK

**N**ICHT nur eine naturkundliche, auch eine ethische Seite hat die erziehliche Aufklärung über die Dinge des Geschlechtslebens, und diese will mit grosser Behutsamkeit und Sorglichkeit behandelt sein. Denn hier wird die Entscheidungsschlacht darüber geschlagen, ob künftige Geschlechter in den Geschlechtsvorgängen eine bloss Befriedigung tierischer Sinnenlust oder aber ein feines Instrument zur fortpflanzenden Höherentwicklung der Art erblicken werden. Hier wird das Verantwortlichkeitsgefühl für kommende Geschlechter geboren oder unterdrückt, hier der Grund gelegt zu persönlicher Veredelung oder Herabwürdigung. Wer sich der ganzen Schwere der hier erwachsenden Verantwortlichkeit bewusst ist, der wird, bevor er sich zum Erklärer und Aufklärer im Gebiete der Moral berufen fühlt, zuerst Klarheit darüber zu erlangen und sich selbst Rechenschaft darüber zu geben suchen, was es denn im moralischen Sinne mit dieser Frage der Geschlechtlichkeit eigentlich für eine Bewandnis habe.

Ist Geschlechtlichkeit oder, wie man so geschmackvoll sagt, ist Fleischlichkeit, ist Fortpflanzung und alles, was damit zusammenhängt, in der Tat ein Werk des Teufels, ein Sieg des Tierischen in uns, ist, wie Förster auf dem mehrerwähnten Kongress ausführte, die Natur ein Untermenschliches, ein Dämon, den nur ein Gott besiegen kann? Die so denken, müssten folgerichtig auf Fortpflanzung und alles, was irgendwie mit Sexualität zusammenhängt, verzichten. Wir aber sagen:

»Allen geschlechtlichen Dingen haftet der Erdgeruch der Körperlichkeit an. Sie sind die starken Bande, die uns an die tierische Welt ketten. Während aber beim Tiere alle diese Funktionen Selbst-, das heisst also alleiniger Daseinszweck sind, hat sich der Mensch im Laufe der Jahrtausende über das bloss tierische Dasein hinausentwickelt. Es sind ihm geistige und seelische Kräfte erwachsen, die in ständiger Steigerung dahin streben die Herrschaft über das Körperliche, das ist Tierische, anzutreten und zu behaupten. Und es ist ihnen dies heute schon bis zu einem solchen Grade gelungen, dass wir alle Beziehungen des menschlichen Lebens auf ihre Stellung zu den geistig-seelischen Regungen und Potenzen prüfen. Wir essen nicht nur, um zu essen. Wir haben angefangen unsere Nahrung darauf zu prüfen, ob sie der Leistungsfähigkeit des einzelnen und der Entwicklung der Rasse förderlich sei oder nicht (Antialkoholismus, Vegetarismus usw.). Und so ist oder sollte es uns auch nicht um die Arterhaltung an sich, noch um die Befriedigung eines unkontrollierten Triebes zu tun sein sondern um die Verwirklichung des Wortes von Nietzsche: »Nicht fort sollst du dich pflanzen sondern hinauf!«<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Vergl. meine Schrift *Die geschlechtliche Aufklärung in Schule und Haus* (Leipzig 1903), pag. 11 ff.



Die Fortpflanzung kann und soll so zum immanenten Ausdruck des höherstrebenden Lebens selbst werden. Darum müssen wir alles tun sie, die natürlich und darum sittlich ist, als sittlich auch in unser Denken und Empfinden einzuführen und erst recht die von schiefen und falschen Vorstellungen noch undurchpflügte Seele unserer Kinder mit dieser Auffassung zu erfüllen. Unsere Aufgabe ist es die nach der seelischen Seite hier vorliegenden Entwicklungsmöglichkeiten zu erkennen, zu fördern und zu steigern. Der Weg dazu ist nicht so leicht auffindbar und gangbar wie der der rein anatomischen Belehrung. Denn hier verlassen wir den Boden des tierischen Lebens und begeben uns ins Reich der Psyche. Seelenkunde und Seelenpflege werden von uns verlangt. Und wenn wir auch allezeit eingedenk bleiben, dass auch unser seelisches Sein nur eine über sich selbst hinaus gesteigerte Leiblichkeit ist, so müssen doch neben der körperlichen Einwirkung auch alle die unwägbareren Einflüsse wirksam werden, die neben das Säugetier *Mensch* den geistig-sittlichen Menschen, den Herrn seiner selbst und der Welt stellen. Doch gilt es, das sei immer wieder betont, die Geschlechtsvorgänge nicht als ein von allen anderen Geistes- und Seelenfunktionen Verschiedenes hinzustellen, sondern sie zu fassen als ein organisches Glied in der Reihe der übrigen körperlich bedingten Vorgänge des Seelenlebens. Das bedeutet aber, dass wir mit ihnen nicht anders verfahren, als mit den sonstigen Aufgaben, die uns die Schulung des Geistes und Willens stellt.

Geistes- und Willenskultur in ihren allgemeinen Zusammenhängen und Erfordernissen, Erziehung des Kindes zur Herrschaft und Verantwortlichkeit auf allen Gebieten des Trieblebens. Vermitteln und üben wir sie, so haben wir damit zugleich den Boden für all das bereitet, was uns in Ansehung der Sonderaufgabe der geschlechtlichen Aufklärung zu tun und zu sagen obliegt. Ein näheres Eingehen auf die in diesem Zusammenhang sich ergebenden Forderungen erübrigt sich. So viel treffliche Werke über Willenskultur liegen vor, dass man das hier Wesentliche als bekannt, zumindest aber als leicht erreichbar voraussetzen kann. Nur auf das im allgemeinen und erst recht in unserem Falle wichtigste Hilfsmittel aller Erziehung sei hier nochmals nachdrücklich hingewiesen: auf das feste und unerschütterliche Vertrauensverhältnis zwischen Eltern und Kind. Wo das vorhanden ist, wird alles andere kinderleicht. Wem es vergönnt ist sein Kind fest in der Hand zu halten, wem zugleich das Leben so viel Musse liess, dass er eine feste Brücke zu der Seele seines Kindes schlagen konnte, dass er nicht nur der Erzieher, sondern auch der beste Freund und Vertraute seines Kindes ward, der bedarf auch zur Erfüllung der Erzieherpflicht auf sexualethischem Gebiet keiner weitläufigen und feierlichen Veranstaltungen. Die Frage und der Zweifel des Sohnes und der Tochter werden sich stets zuerst an die Eltern wenden und andererseits wird sorgliche Beobachtung den Eltern den Augenblick anzeigen, der zur Aussprache ruft. So mannigfach könnte ich das aus eigener und fremder Erfahrung belegen.

Es wäre indes müssig hier den etwaigen Gang eines solchen Gespräches oder dauernder Einwirkung wiedergeben zu wollen. Es gibt eben gar nichts, was nicht in diesem Zusammenhang gefragt oder gesagt werden könnte, denn, wie Salzmann mit so viel Recht sagt, Vorurteil und weiter nichts ist hier zu überwinden. Man kann von der Rekapitulierung der physiologischen Vorgänge zur Würdigung der geistigen und seelischen Triebkräfte und Unwägbarkeiten

kommen und, wenn der Frager reif genug dafür ist, mag man ihm von hier aus einen Ausblick eröffnen auf die Verantwortlichkeit des einzelnen als eines Gliedes der Gesamtheit, auf die reichen Entwicklungsmöglichkeiten, die der Menschheit hier mehr als sonstwo gegeben sind. Aber auch auf die Gefahren geschlechtlicher Zügellosigkeit und Erkrankung. Und es ist solcher Belehrung Tiefe und Farbe zu geben durch die Erläuterung der Geschlechtlichkeit als jener überragenden Macht, die den einzelnen und das von ihm ausgehende Geschlecht ebensowohl zu den Höhen des Menschentums als in die Niederungen hoffnungsloser Vertiertheit zu führen vermag. Es ist hier aufzuzeigen und am Beispiel zu erweisen, dass der Mensch an diesem Punkte mehr als an jedem anderen Herr seines Geschickes ist, dass nicht nur seine körperliche, sondern auch seine geistige Gesundheit und Leistungsfähigkeit, seine Lebensaussicht und seine Zukunft in hohem Grade von dem beeinflusst wird und abhängt, was er aus seinem geschlechtlichen Leben macht. Jede Höhe aber auch jede Tiefe menschlichen Geschehens ist hier beschlossen.

Die Erotik ist die zentrale Lebensmacht, in deren Dienst Kunst und Wissenschaft, Lebensschönheit und Lebensfreude stehen. Und über die Sphäre des Einzelpersonlichen hinaus erheben sich da volkliche und allgemein menschliche Notwendigkeiten und Verantwortungen. Das ist die Art wie man über das Geschlechtliche frei und offen mit seinen Kindern reden soll.

Es gibt Eltern, die das nicht können. Solche, denen es an Geistes- oder Herzensbildung fehlt. Andere, denen des Lebens Hast und Kampf nicht Musse und Möglichkeit liess zu ihren Kindern hinzugelangen. Und wieder andere, die entweder der seichten Oberflächlichkeit des Gehenlassens huldigen, sich auf die Erfahrungen ihrer eigenen Kindheit und Jugend berufend, die sie trotzdem zu, wie sie meinen, leidlich ordentlichen Menschen werden liessen, oder endlich solche, die über diesen Punkt in den Vorstellungsreihen eines Foerster und anderer befangen sind. Für sie muss wiederum die Schule eintreten. Das ist freilich auf einem so persönlichen und nach eingehender Individualisierung, wie sie der Massenbetrieb der heutigen Schule kaum je geben kann, geradezu rufenden Gebiete nur ein Surrogat, aber immerhin besser als nichts. Auch hat die Schule tausend Anknüpfungsmöglichkeiten zur ethisierenden Behandlung des erotischen Problems. Vorauszuschicken ist, dass eine solche Behandlung den Oberklassen der höheren Schulen beziehungsweise den Fortbildungsschulen vorzubehalten ist. Das gesunde, das ist normale Kind wird erotische Regungen erst mit eintretender, beziehungsweise sich vorbereitender Geschlechtsreife verspüren. Dann ist es Zeit einzugreifen, und es gibt kaum eine Disziplin, an die der rechte Lehrer nicht anzuknüpfen vermöchte. Daneben sollten sich dem naturwissenschaftlichen Unterricht eine Reihe von hygienischen Vorträgen eingliedern oder anschliessen, in deren Verlauf auch die Ausartungen des Geschlechtstriebes zu streifen, die gesundheitlichen Gefahren und Schädigungen geschlechtlicher Unordnung und Ausschweifung zu erläutern wären. Aber auch hier kein, gesonderter sogenannter *Aufklärungsunterricht*. Kein grosser Apparat, keine klingenden Veranstaltungen, bei denen jeder sagt: Passt auf, da kommt was Besonderes!

Grosse Aktionen tunlichst zu vermeiden sollte das Bestreben jeder guten Erziehung sein. Ganz auszuschliessen sind sie ja wohl niemals. Aber nur als schwere Wetter sollen sie am Himmel der Erziehung aufziehen, als Gescheh-

nisse, die die Seele bis in die tiefste Tiefe aufwühlen, und die niemals vergessen werden. Die Sexualität aber, die wollen und sollen wir doch als ein Organisches, als eine natürliche Gerechtesame dem Sein des Menschen einverleiben. Darum muss sie, wie alles Organische, langsam werden und wachsen und sich in der Richtung entwickeln, die wir ihr zum Besten unseres Kindes weisen. Aus dem fruchtbringenden Erdreich des gegenseitigen Vertrauens und der Liebe soll der Eros empor wachsen zum Gnadenbringer des Menschen und zum glück-vollen Träger alles dessen, was wahr, gut und schön ist in uns, was uns erhebt und was uns spornt.

Noch ist ein Wort zu einer Befürchtung zu sagen, die sich für viele im Zusammenhang unserer Schulbehandlung des sexuellen Problems auftut. Sie beschuldigen uns der Schamlosigkeit, der planmässigen Ertötung des Scham-gefühls.

»Nichts ist falscher und unzutreffender. Freilich ist uns das Schamgefühl nicht gleichbedeutend mit der Scheu von etwas zu reden, uns mit etwas zu beschäftigen, das man uns als niedrig und herabwürdigend dargestellt hat, sondern unser Schamgefühl, das Schamgefühl, das wir unseren Kindern anerziehen wollen, ist die Scheu des feiner empfindenden Menschen einerseits über die selbstverständlichen Natürlichkeiten des Lebens andererseits über die persönlichsten, feinsten und zartesten Impulse und Empfindungen am offenen Markte zu reden. Weder körperlich noch seelisch mögen wir uns den Vielzuvielen offenbaren und der feiner organisierte Mensch empfindet nie mehr Scham, als wenn er sich hinreissen liess, ein Stück seines Seelenlebens solchen zu enthüllen, von denen ihm kein Widerklang kommt. In diesem Sinne, aber in keinem anderen wollen wir Scham üben und Schamhaftigkeit erziehen.«<sup>2)</sup>

Eine Auseinandersetzung über die Gestaltung und Behandlung der Frage der sexuellen Aufklärung und Erziehung wäre unvollständig, wollten wir nicht auch eine bestimmte Stellungnahme zu dem gewinnen, was unter sexueller Freiheit zu verstehen ist. Alles, was hier von Schule und Elternhaus geschieht und geschehen kann, ist nur Vorbereitungsdienst. Das schwerste Stück der hier zu leistenden Erziehungsarbeit hat der herangewachsene Zögling selbst zu vollbringen. Ein Fundament wird ihm gegeben. Seinen Lebensbau hat er selbst zu errichten. Wird die Grundmauer der voraussichtlich zu erwartenden Belastungsprobe standhalten und welcher Art wird die Belastung sein?

Von der Tatsache ausgehend, dass die Sexualität ein Recht auf der einen, eine Verpflichtung auf der anderen Seite umschliesst, kommen wir zu der Frage, wie beide, in dem für uns für richtig gehaltenen Sinne ausgebildet, sich zu der derzeitigen Umwelt verhalten werden. Wir treffen da sofort auf eine einschneidende Unstimmigkeit. Wir erklärten, dass die auf ihre natürliche Funktion eingestellte, in der Zeit der körperlichen, geistigen und sittlichen Vollreife sich geltend machende Geschlechtlichkeit ein volles Anrecht auf Befriedigung habe. Unsere heutige Gesellschaftsordnung stellt sich dem entgegen. Ihr ist die lebenslängliche Einehe die einzig legitime Form der Befriedigung geschlechtlicher Bedürfnisse. Die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse verhindert aber Millionen von Personen beiderlei Geschlechts daran, sich dieser legitimen Form des Geschlechtsverkehrs zu bedienen. Dazu kommt die wachsende Abneigung eines Teiles der durch die Prostitution sich schadlos haltenden Männer die Sorgen und Lasten einer Familiengründung auf sich zu nehmen. So werden Millionen von Frauen dazu verdammt zeitlebens auf die Ehe, das

<sup>2)</sup> Vergl. meine oben erwähnte Schrift, pag. 254.

heisst also nach der geltenden Anschauung auf die Betätigung des doch als legitim geltenden Geschlechtstriebes zu verzichten.

Dieser Zustand tritt uns als eine Tatsache entgegen, die sonderbarerweise aller unbefangenen Gerechtigkeit zum Trotz von allen massgebenden Seiten gebilligt, verteidigt und verstärkt wird. Vom Manne aus sehr begreiflichen Gründen. Ihm gesteht man das Recht auf geschlechtliche Unregelmässigkeit zu. Von den Frauen aus unbegreiflicher Verblendung. Man sollte es kaum für möglich halten, dass Mütter, also lebende Beispiele betätigten Geschlechtstriebes, es widerspruchslos hinnehmen, dass man ihre Töchter um ihr Geschlechtsrecht betrügt und das zwar für sehr bedauerlich aber unausweichlich in all den Fällen halten, in denen aus irgendwelchen Gründen der Eintritt in den Verband der lebenslänglichen Monogamie versagt ist. Und anderes noch. Nicht nur das Sexualrecht des vollreifen Menschen steht hier zur Diskussion. Auch die entscheidungsschwere Zeit, in der mit der beginnenden Pubertät und ihren tiefgreifenden Einflüssen auf die körperliche, geistige und seelische Entwicklung auch der guterzogene, in der körperlichen und psychischen Anlage gute und unverdorrene Mensch schwere Konflikte auf dem Neuland unbekannter Empfindungen zu gewärtigen und auszutragen hat.

Ich darf an dieser Stelle auf ein Eingehen auf den hier sich ergebenden Fragenkomplex um so eher verzichten als dies Thema an der gleichen Stelle in so trefflicher Weise behandelt wurde, dass eine Neuformulierung der gleichen Inhalte kaum mehr sein könnte als eine Wiederholung.<sup>3)</sup> Das Ideal der sexuellen Freiheit, das dort entwickelt und auf seine Durchführbarkeit hin erwogen wird, ist tief verankert in jener Sittlichkeit, die nicht ein Produkt der Furcht und des Zwanges, sondern das freigewachsene Geschöpf des auf der Erkenntnis beruhenden, in sich selbst gefestigten Willens ist. Der Natur zu Hilfe kommen, sie zur Selbstbesinnung, zu Selbstzucht und Verantwortlichkeit als zu selbstverständlichen Endpunkten hinführen: das ist der Erziehungsweisheit letzter Schluss auch auf dem Gebiete des Geschlechtslebens.

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### Politik / Max Schippel

**Freisinnige Parteien** Die Abspaltung in der *Freisinnigen Vereinigung* hat sich gleich nach Ostern auf dem Frankfurter Parteitag vollzogen. Der äusserliche Sieg ist dabei, wie zu erwarten, auf der Seite der Pächnicke-Heckscher, das heisst der Blockpolitik geblieben; die Blockmehrheit war sogar eine überraschend grosse. Formell knüpfte sich die entscheidende Abstimmung an den Antrag Brabant-Hamburg die Stellung der Reichstagsfraktionsmehrheit zum Sprachenparagra-

phen des Vereinsgesetzes, bei aller Anerkennung der Motive, zu »bedauern«. Nachdem die Abgeordneten Mommsen, Heckscher, Naumann und Pächnicke auf die »notwendigen Konsequenzen« eines solchen Misstrauensvotums hingewiesen hatten, fiel es mit 315 gegen 98 Stimmen, bei 18 Stimmenthaltungen. Nach der Verkündigung des Abstimmungsergebnisses erklärten eine Reihe von Delegierten ihren Austritt, darunter Dr. Barth, von Gerlach, Dr. Breitscheid, Pastor a. D. Kötzsche, Kurt Bürger, Potter-Erlangen, Uhlfelder-Nürnberg, Ebner-Aachten. Dann kam, wie vorauszusehen, die gleich zu Beginn der Debatten eingebrachte Respo-

<sup>3)</sup> Vergl. Hope Bridges Adams Lehmann *Sexuelle Pädagogik in den Sozialistischen Monatsheften*, 1907, 2. Band, pag. 749 ff.

lution Korell-von Liszt zur Annahme, mit 371 gegen 33 Stimmen, bei 12 Stimmenthaltungen, in folgender Fassung: »Der Parteitag spricht sich für die Aufrechterhaltung der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft aus in der Erwartung, dass sie den Liberalismus festigen wird. Er hält es für notwendig alle entschieden liberalen Elemente zusammenzufassen, fordert auf im Rahmen der liberalen Fraktionsgemeinschaft den entschieden Liberalismus zu vertreten, hält es aber im Interesse einer solchen Politik für geboten, dass alle Kritik, die in keiner Weise unterbunden werden soll, sich stets der Notwendigkeit des Zusammenarbeitens bewusst bleibt.« Sowohl Schrader wie Pachnicke betonten ausdrücklich, dass die Fraktionsgemeinschaft schliesslich zu gegebener Zeit in einer Verschmelzung mit der *Freisinnigen Volkspartei* enden müsse. Auf der Seite der Mehrheit stand auch Naumann: er halte zwar daran fest, dass der Linksliberalismus in Zukunft zum Bündnis mit der Sozialdemokratie, bei hinreichender beiderseitiger politischer Erziehung, gelangen könne, aber vorläufig sei ein Kartell von Bassermann bis Bebel ausgeschlossen und, selbst wenn denkbar, zur parlamentarischen Minderheit verurteilt; der Liberalismus könne also vorläufig eine einigermaßen fruchtbare Wirksamkeit nur im Anschluss an die Blockpolitik und bei Vermeidung aller Fraktionlizwistigkeiten entfalten.

Die ganze *Freisinnige Vereinigung* verfügte bei den letzten Reichstagswahlen über rund 360 000 Wähler bei über 11 250 000 im ersten ordentlichen Wahlgang abgegebenen gültigen Stimmen. Wollte man dem abgesplitterten Sessionshäuflein den entsprechenden Bruchteil von Stimmen zuschreiben, so käme man zu einer ganz verschwindend kleinen Wählertruppe hinter den Führern der Richtung Barth. Andererseits hat diese Führerschaft in der Presse und in Vereinen eine ausserordentliche Rührigkeit bewiesen, und ganz unmöglich wäre es deshalb nicht, dass sie bei den preussischen Landtagswahlen nicht vollkommen ausgeschaltet würde. Als Sauerteig in dem trägen, plumpen Brei der bürgerlichen Linken möchten wir sie jedenfalls nicht missen.

×  
**Türkel und Italien** Die innerliche Aushöhlung der Türkei schreitet, wenigstens in Europa, unauffhaltsam fort. Dem österreichischen Sand-

schakbahnprojekt folgen konkurrierende Pläne, die den Druck und den Einfluss anderer Staaten auf türkisch gebliebene Gebiete gleichfalls verstärken würden. Italien hat sich neuerdings noch einen anderen Angriffspunkt gewählt. Da verschiedene Grossmächte eigene Postanstalten in den europäischen und asiatischen Verkehrszentren des Sultanreiches besitzen, so verlangte Italien die Zulassung seiner Postämter in Konstantinopel, Saloniki, Avlona, Smyrna und Jerusalem. Die türkische Ablehnung machte man durch eine ebenso rasch eingeleitete wie wieder beendete Flottendemonstration rückgängig. Die Konstantinopler Regierung in ihrer Ohnmacht konnte nur, der Form wegen, den einen Vorbehalt machen: sie bestreite das Recht jedes europäischen Grossstaates auf eigene Postämter, sie wahre sich deshalb für die Zukunft das Recht alle fremden Postämter wieder aufzuheben; aber solange andere Mächte sich noch des Privilegs erfreuen, solle auch Italien seine Postenklaven mitten innerhalb der türkischen Verwaltungsorganisation haben. In Ausnutzung seines raschen Sieges hat Italien gleich noch Zugeständnisse für den Grundbesitzerwerb und die Küstenschiffahrt in Tripolis verlangt.

Vor der Annahme der englisch-mazedonischen Reformvorschläge, die aus Mazedonien, der von Natur reichsten europäisch-türkischen Provinz, im wesentlichen ein zweites Kreta machen würden, scheint der kranke Mann am Bosphorus allerdings vorläufig gesichert. Dafür hat England wiederum gedroht, es werde seine Zustimmung zur 3prozentigen Erhöhung der türkischen Zolleinnahmen vom Jahre 1907 wieder rückgängig machen. Wie viel schöner war es doch, als Russland und England genügend in Ostasien und an den indischen Grenzen beschäftigt blieben!

×  
**Amurbahn** Dass das offizielle Russland in keiner Weise gewillt ist im fernsten Osten auf die Dauer zurückzuweichen, beweist die Zustimmung der *Duma* zum Amurbahnbau. Der geplante neue Riesenschienenweg würde im Westen von Tschita von der grossen sibirischen Bahn abzweigen und in grossem Halbkreis dem Amurflusslauf, in einer Strecke von mindestens 250 Meilen bis Chabarowsk folgen, wo die Ussuribahn bereits nach Süden die Verbindung mit Wladiwostok und dem Japanischen Meer herstellt. Gewaltige Berg-

länder, Haupt- und Nebenflussbetten, Frühjahrsüberschwemmungen setzen dem Werke ungeheure Schwierigkeiten entgegen, viel grössere als dereinst in den neunziger Jahren bei der Durchquerung der Steppen. Aber mindestens als Brückenbauer haben sich die russischen Ingenieure schon damals glänzend bewährt, wie überhaupt die trotz der Eingleichigkeit ermöglichte Leistungsfähigkeit der sibirischen Bahn einen der wenigen Lichtpunkte in der Kriegführung gegen Japan bildete. Auch die Kosten (440 Mill. M. für die erste Anlage, dann laufend jährlich 40 bis 60 Mill. M.) glaubt man aufbringen und tragen zu können. Als Ansiedlungsgebiet ist zwar das Gebiet des oberen Amur mit seinen sumpfigen Wäldern wenig oder gar nicht tauglich. Aber Blagowestschensk könnte wohl als Mittelpunkt eines emporstrebenden Goldminenbezirkes einen grossen Aufschwung nehmen; und von den Ussuriländern behaupten die russischen Siedelungskolonialpolitiker, dass hier Millionen von Aekern Landes nur der Erschliessung durch Zuwanderer harren. Die Hauptziele sind jedoch zweifellos strategischer und allgemein reichspolitischer Art. Man will das äusserste Reichsglied im Osten nicht ohne Eisenbahnanschluss an Inner-sibirien und den Westen lassen. Man fühlt sich zudem des ständigen Besitzes der mandschurischen Schienenstrecken nicht unbedingt sicher, nachdem China ernstlich zu erwachen und sich auf seine eigenen, bisher schlummernden Kräfte zu verlassen beginnt. Das Rückkaufsrecht Chinas tritt zwar, betreffs der mandschurischen Eisenbahnen, gegenüber Japan im Süden wie Russland im Norden, erst in dreissig Jahren in Kraft. Doch hat erst neulich wieder der Zwischenfall mit dem Konsul der Vereinigten Staaten in Charbin gezeigt, dass die Geltendmachung grösserer chinesischer Souveränitätsrechte schon heute im Notfalle sehr energische Bundesgenossen findet.

× **Kurze Chronik** Die Umbildung des englischen Kabinetts ist nunmehr vollendet. An Stelle von Asquith, dem jetzigen Premier, hat Lloyd-George, zuletzt der geschickte Chef des Handelsamtes, die Leitung der Finanzen übernommen; dafür ist Winston Churchill von der Kolonialverwaltung zum Handelsamt übergegangen. Morley hat das indische Ressort behalten, ist aber als neuernannter Peer in das Haus der Lords verpflanzt. Der unglückliche

Briefempfänger Lord Tweedmouth bleibt im Ministerium, hat jedoch eine farblose Würde erhalten; statt seiner steht MacKenna an der Spitze der Admiralität. × Die portugiesischen Wahlen ergaben für die *Cortes*, wie nunmehr endlich feststeht: 63 *Regeneradores*, 95 Progressisten, dazu 15 weitere sogenannte *Unabhängig-Gouvernementale*, 7 Dissidenten, 7 Republikaner, 3 Anhänger Francos, 1 Nationalist (Klerikaler). Es bestätigt sich, dass in Lissabon, in Oporto und auch noch in anderen Städten die Republikaner ansehnliche Stimmziffern aufzuweisen hatten, jedoch durch die ganz widernatürlich-künstlich angegliederten Landbezirkswähler überstimmt wurden. × Die Vergewaltigung der Ruthenen durch die Polen führte zur Ermordung des galizischen Statthalters Grafen Potocki durch einen jungen ruthenischen Studenten Siczynski. × Zwischen der deutschen und französischen Regierung wurde ein Vertrag abgeschlossen, der die Grenze zwischen Kamerun und dem französischen Kongogebiet bestimmter regelt. × Am 23. April wurde in Berlin das Abkommen über die Nordsee von Deutschland, England, Frankreich, Holland, Dänemark und Schweden, in Petersburg das über die Ostsee von Russland, Deutschland, Schweden und Dänemark unterzeichnet.

× **Literatur** Fraktionsberichte und Parteihandbücher finden heute nicht mehr die gleiche Beachtung wie früher; vielleicht mit Ausnahme unserer Partei, der Sozialdemokratie, die den Vorzug hat, dass sie sich ihren parlamentarischen Wirkungskreis noch immer neu schafft, und dass sie deshalb immer wieder vor neuen Problemen steht, die naturgemäss die Aufmerksamkeit stärker fesseln. Die Richterschen *ABC-Bücher* und *Sündenregister* haben bereits seit dem Anfang der neunziger Jahre ihre Bedeutung verloren und keine gleichwertige Nachfolge gefunden. Die freikonservativen und nationalliberalen Reichstags- und Landtagsüberblicke sind gleichfalls immer seltener und dürftiger geworden. Was vor den Wahlen massenhaft an Drucksachen hinausgeworfen wird, ist eigens auf ganz vorübergehende Agitationsbedürfnisse zugeschnitten und wird meist bereits, mit dem letzten Wahltage zur wertlosesten Makulatur. Von Zeit zu Zeit fühlt man aber doch das Bedürfnis die Parteigenossen in umfassenderer Weise über die Gesetz-

gebungsfragen und die Parteistellungnahme zu unterrichten, und auch andere Parteien sollten alsdann an solchen Darstellungen nicht achtlos vorübergehen. Das Dezember 1907 abgeschlossene *Politische Handbuch der nationalliberalen Partei* ist noch viel umfänglicher geworden (über 1200 Seiten) als sein Vorgänger vom Jahre 1897. Unleugbar steckt viel Fleiss und Sachkunde in einzelnen Teilen. Andere Kapitel dagegen zeugen von einer hilflosen Verständnislosigkeit, wie zum Beispiel der Versuch die letztjährigen Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie darzustellen. × *Die politischen Parteien in Deutschland* will Dr. Oscar Stillich in einer Reihe von Bänden »prinzipiell darstellen«. Der kürzlich erschienene 1. Band behandelt *Die Konservativen* (Leipzig, Klinkhardt/nach ihren Grundsätzen und ihrer geschichtlichen Entwicklung. Einzelheiten sind dabei sehr gut herausgearbeitet, so der Umschwung in den handelspolitischen Fragen, das Schwanken in der Sozialreform. Ein Vorzug ist es auch, dass Dr. Stillich auf die grundlegenden materiellen Interessen als bewegende Kräfte für die Parteienstehung und Weiterentwicklung zurückzugehen sucht. Zu einer rechten inneren Belebung des Stoffes kommt er jedoch meines Erachtens nicht. Ich bezweifle überhaupt, ob man bei unserer eigenartigen deutschen Entwicklung gar so viel von Prinzipien, Weltanschauungen, Staats- und Gesellschaftsauffassungen unserer überkommenen bürgerlichen Parteien sprechen kann und darf.

### **Sozialistische Bewegung / Josef Bloch**

**Preussische Landtagswahlen** Das preussische Zentralwahlkomitee hat am 14. April die offizielle Anweisung über die Taktik und das Verhalten unserer Partei bei der Landtagswahl an die Parteigenossen ergehen lassen. Es wird generell bestimmt, dass die Sozialdemokraten bei der Urwahl zunächst nur für sozialdemokratische Wahlmänner zu stimmen haben, in den Stichwahlen für bürgerliche dann, wenn deren Kandidaten mindestens 5 Tage vorher sich für Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preussen und für Neueinteilung der Wahlkreise schriftlich festgelegt haben, aber auch dies nur, wenn das Zentralwahlkomitee seine Zustimmung dazu gibt. In Wahlkreisen mit mehreren Abgeordneten, in denen die Sozialdemokratie den Ausschlag gibt, hat sie vor den Urwahlen die

Abtretung eines Mandats zu fordern; wird diese Forderung nicht bewilligt, so ist eine Unterstützung der bürgerlichen Wahlmänner respektive Kandidaten verboten. Nachdem dieser Beschluss gefasst ist, erübrigt sich vor der Wahl eine Kritik, und wir wollen hoffen, dass der energischen und leidenschaftlichen Arbeit der Parteigenossen gelingen wird eine gewaltige Zahl von Wählern, mindestens in der dritten Klasse, zusammenzubringen und in einer sehr grossen Zahl von Wahlkreisen eine ausschlaggebende Stellung zu erringen. Dem Eindruck dieser Demonstration wird man sich in den Kreisen, die über die Wahlreform zu entscheiden haben, dann nicht so leicht entziehen können.

Der Weg, der unter dem Gesichtspunkt der reinen Wahlreformpolitik gangbar schien: die Unterstützung aller Kandidaten, die sich für die geforderte Umgestaltung des Wahlsystems erklären, ist nicht beschränkt worden. Das gemeinsame Vorgehen aller Wahlreformfreunde hätte, wie Freiherr von Zedlitz und Neukirch mit leise verachtendem Spott im Tag feststellt, »unzweifelhaft die meiste Aussicht auf Verstärkung der Anhänger des Reichswahlrechts« eröffnet. Doch war dieser Weg versperrt durch Beschränktheit auf der einen, durch Entrüstung auf der andern Seite. Der Erlass des Zentralwahlkomitees, der lediglich die Wahl selber regeln will, stellt nicht den Gesichtspunkt der Wahlrechtsreform in den Vordergrund, was sich durch die vorwiegend technisch instruierende Art der Anweisung erklärt. Die Parteigenossen aber werden stets dessen eingedenk sein, dass es sich hier nicht um eine beliebige Wahl handelt, bei der unser spezielles Parteiinteresse allein entscheidet, sondern um die Ermöglichung der Wahlrechtsreform, die den Beginn einer Umgestaltung der inneren Verhältnisse Preussens und den Beginn der Einflussnahme der Sozialdemokratie auf preussische Dinge ermöglichen soll. So wenig wir also mit den Liberalen der *Freisinnigen* und der *Vossischen Zeitung* gemein haben, und so scharf wir in grundlegenden Fragen uns ihnen entgegenstellen sollten: das eine müssen wir doch im Auge behalten, dass hier bei der Landtagswahl eine Gemeinsamkeit *ad hoc*, soweit sie jetzt noch möglich ist, der Wahlreform und damit der Arbeiterklasse zu gute kommt. Freilich liegt kein Anlass vor diese Erwägung allein den Freiinnigen gegenüber anzustellen, die bei dem Mangel an Bildung

und Kultur in ihren Kreisen noch nicht einmal die grössten Garantien bieten. Nicht die Sympathie sondern die Antipathie kann hier zusammenführen. Vielleicht ist es auch für die freiheitlichen Elemente im Bürgertum noch nicht zu spät einen Druck auf die respektiven offiziellen Parteivertretungen auszuüben und den Rat zu befolgen, den Freiherr von Zedlitz ihnen geben zu können glaubte, da er dessen Befolgung für unmöglich erachtete. Einem ehrlichen Willen des Bürgertums gegenüber wird auch die Sozialdemokratie nicht versagen. Die Bedingungen, die sie offiziell stellt, sind in den meisten Fällen nicht unerfüllbar, und die diskretionäre Gewalt, die dem Zentralwahlkomitee gegeben ist, wird dieses sicher nicht zur Verstärkung der Wahlreformgegner ausüben. Auf dem Parteitag der *Freisinnigen Vereinigung* sagte der Abgeordnete D. Naumann am 23. April unter grossem Beifall: »Der Kampf um das preussische Wahlrecht muss eine Massenbewegung sein. Sozialdemokratie und Bürgertum müssen hier bis zum letzten Mann zusammenstehen.« Wenn er und seine beifallspendenden Freunde nun wirklich mit Energie sich ans Werk machen und die törichte Vorurteile in ihrer engern und weitem Umgebung zerstören, wird auch die preussische Sozialdemokratie den Weg der Verständigung, den das Zentralwahlkomitee offen gelassen, nicht meiden.

× **Holland: Par-** Die holländische Sozialdemokratie bildet in ihren inneren Streitigkeiten ein verkleinertes, aber verbessertes Abbild der deutschen: Nachdem die kleine Gruppe, die sich *marxistisch* nennt, die *querelles d'Allemand* mit verstärktem Eifer und erhöhter theoretischer Unzulänglichkeit nach Holland verpflanzt hatte, erhielt sie auch die Gelegenheit in der praktischen Leitung der Partei ihre politische Unbrauchbarkeit zu erweisen. Zu längeren Experimenten hatte die Partei keine Lust, und das *marxistische* Interregnum nahm schnell ein katastrophisches Ende, so dass die Verelendungs- und die Zusammenbruchstheorie wenigstens für den *marxistischen* Körper eine gewisse Gültigkeit erhielten. Heute erkennt die holländische Partei den Reformismus als den Lebensnerv jeder sozialistischen Praxis auch offiziell an, und darin kann sie manchen grösseren Bruderparteien des Auslandes, die ja doch schliesslich alle die selbe Entwicklung durchmachen müssen, als Vorbild dienen.

Die holländischen *Marxisten* geben sich freilich mit dieser Entwicklung nicht zufrieden, und sie sind weit davon entfernt deren Notwendigkeit anzuerkennen. Sie schieben vielmehr, wie dies neulich in einer holländischen Korrespondenz der *Leipziger Volkszeitung* in komisch unbewusster Selbstkritik geschah, alle Schuld auf die Schlechtigkeit und Verschlagenheit der leitenden Personen. Es ist ja überhaupt eine internationale Eigentümlichkeit aller ökonomisch-Historischen, dass sie gern eine ethische Entrüstung anfangen. Auch auf dem 14. Parteitag der holländischen Sozialdemokratie, der am 19., 20. und 21. April in Arnheim abgehalten wurde, suchte die *marxistische* Garde wieder gegen den herrschenden Reformismus mobil zu machen. Namentlich die Redaktion des Parteiorgans *Het Volk* wird von ihrem Hass verfolgt. Da man keine tatsächlichen Beschwerden vorzubringen hatte, und da die *prinzipiellen* Beschwerden doch allzu sehr diskreditiert sind, so versuchte man den Parteitag von der praktischen Seite zu nehmen; man klagte über das angeblich geringe Wachstum der Partei und gab die Schuld daran der revisionistischen Parteileitung. Leider entsprachen die Tatsachen nicht den Wünschen. Die Partei ist im Jahre 1907 von 7477 auf 8423 eingeschriebene Mitglieder angewachsen, die Anzahl der Organisationen stieg von 167 auf 176. In den Provinzialwahlen des Jahres 1907 kam man von 6 auf 21 Mandate, in den Gemeindewahlen eroberte man 60 neue Sitze; in Amsterdam stieg die Stimmenzahl von 8000 auf 13 000 = 35% aller abgegebenen Stimmen. Mit ihren praktischen Vorwürfen konnten die *Marxisten* also kein Glück haben. Sie vereinigten sich nun auf einen Vorschlag die kollektive Redaktion des Zentralorgans durch einen Chefredakteur zu ersetzen. Der jetzigen Redaktion und vornehmlich dem Genossen Vliegen warf man allerhand Unterlassungssünden vor; zum Beispiel sollten sie zu wenig gegen die Kirche geschrieben haben. Viele Einzelheiten konnten die *Marxisten* freilich nicht vorbringen, aber die ganze Richtung passte ihnen begrifflicherweise nicht. Der Parteitag war anderer Meinung. Mit 204 gegen 86 Stimmen wurde die jetzige Redaktion bestätigt, und dies, nachdem Frau Roland Holst ausdrücklich ihre Kandidatur aufgestellt hatte, was übrigens auch der etwas gemässigte *Marxist* Mendels tat. Das geplante Misstrauensvotum gegen Vliegen und die Parteileitung ver-



wandelte sich in eine glänzende Anerkennung, und die *Marxisten* werden wieder ein Jahr Zeit haben, um neues Material gegen die Partei zusammenzutragen.

Abgesehen von diesem nun nachgerade zur Gewohnheit gewordenen Parteitagswitz wurden auch politische und soziale Fragen von Wichtigkeit behandelt: die Wahlrechtsfrage, die Unfallversicherung und die Frauenarbeit. Die Bedeutung dieses Parteitages für die holländische Sozialdemokratie und die Politik Hollands überhaupt wird in dieser Zeitschrift noch ausführlicher in einem besonderen Artikel gewürdigt werden.

X

**Italien: Gewalttaktik**

Von grosser Bedeutung für die Entwicklung der Partei und der Gewerkschaften in Italien ist eine Konferenz der Parteileitung und der Leitung der *Confederazione del Lavoro*, die Anfang April in Rom stattfand. Die *Confederazione* hatte sie einberufen, um eine Amnestie von streikenden Arbeitern, die sich zu Gewalttaten hatten hinreissen lassen und zu harten Strafen verurteilt worden waren, in die Wege zu leiten, und sie hatte dazu die sozialdemokratische, die demokratische und die republikanische Parlamentsfraktion eingeladen. Die Parteileitung sah dahinter die Absicht ein Bündnis der drei Fraktionen für die nächsten allgemeinen Wahlen vorzubereiten, sie missbilligte daher diese Einberufung als einen Eingriff in ihre Befugnisse. Die Konferenz fand trotzdem statt. Merkwürdigerweise erschienen da auch die Syndikalisten, die weder Vertreter von Arbeiterkammern noch von Fachverbänden waren, also nicht die geringste Legitimation hatten. Selbstverständlich wurden sie auch zu den Beratungen nicht zugelassen, die nun in einem andern Saale stattfanden. Die Konferenz beschloss eine allgemeine Agitation für die Amnestie zu veranstalten. Es wurde aber dabei aus den Mitteln, die zur Anwendung kommen sollten, der Generalstreik ausdrücklich ausgeschlossen. Einige Tage später kam es bei einem Leichenzug, der einen verunglückten Arbeiter zur letzten Ruhe geleiten sollte, zu einem Zusammenstoss zwischen den Arbeitern, die die vorausbestimmte Route des Zuges abändern wollten, und der Polizei, die das nicht zulies. Die Arbeiter warfen nach den Polizisten mit Ziegelsteinen, diese antworteten mit Revolvergeschüssen. Zum Zeichen des Pro-

testes verhängte hierauf die Arbeiterkammer über Rom den Generalstreik, und drei Tage lang feierten die römischen Arbeiter. Die sozialdemokratische Parlamentsfraktion und die *Confederazione* rieten aber von einer Ausdehnung des Streiks auf andere Städte ab; die Bewegung blieb in der Tat, abgesehen von Bergamo, auf Rom beschränkt.

Das Blut, das in den Strassen Roms geflossen, hat aber diesmal einen gewaltigen Eindruck in den Kreisen der Partei gemacht. Man kommt allerorten jetzt zur Einsicht, dass es mit der Taktik der Gewalttätigkeit nicht weiter gehen könne, dass man endlich konsequent jedes Verlassen des friedlichen Weges verhindern müsse. Bissolati im *Tempo*, Turati in der *Critica Sociale*, Bonomi im *Avanti*: alle sprachen es offen aus, dass es unbedingt notwendig wäre die Arbeiterschaft vor jeglichen Gewalttätigkeiten zu warnen. Der neue Chefredakteur des Zentralorgans und Führer der Integralisten, der Abgeordnete Morgari, hat auch energisch Stellung genommen. In einer ganzen Artikelserie untersuchte er die Geschichte der bisherigen Zusammenstösse, er legte dar, dass die Arbeiter in den meisten Fällen mitschuldig waren. Er führte dann weiter aus, dass in einem modernen Staatswesen die Revolution in alter Manier nicht mehr denkbar wäre, dass man alles Gewaltsame endlich aufgeben sollte, um das Versammlungsrecht zu schützen. Seine Artikelserie lief auf das heraus, was Liebknecht schon vor Jahren gepredigt hatte: dass die Gewalt stets nur ein reaktionärer Faktor ist. Die Artikel Morgaris haben eine grosse Wirkung ausgeübt, und die Tatsache, dass die Integralisten jetzt so energisch den Kampf gegen den *Revolutionarismus* aufnehmen, beweist die immer schärfere Trennung der Sozialdemokratie von den Syndikalisten und Intransigenten jeder Gattung.

In der Kammer hat mittlerweile Bissolati einen Gesetzentwurf eingebracht, der die friedliche Beilegung von Streiks zum Zweck hat. Der Entwurf sieht Schiedsgerichte und unter gewissen Voraussetzungen den Streikzwang vor, hat also Ähnlichkeit mit dem Millerandschen Gesetz von 1900. Man wird sich damit noch zu beschäftigen haben.

X

**Kurze Chronik** Die Prozesse wegen der Wahlrechtsdemonstrationen in Preussen sind entgegen den Erwartungen

der Scharfmacher verhältnismässig harmlos verlaufen. X Die rumänische Regierung führt einen Vernichtungskrieg gegen die Sozialdemokratie; sie verhängt mit unerhörter Brutalität Ausweisungen über Ausweisungen. Genosse Ratkowski, der Führer der Partei, weilt zurzeit im Ausland; sein Bild ist in 40 000 Exemplaren an alle Grenzwächter und Gendarmen verteilt. X Die sozialistische Parlamentsfraktion Italiens hat eine grosse Debatte über den Religionsunterricht in den Volksschulen angeregt; Bissolati wandte sich in einer schönen Rede gegen einen Erlass des Unterrichtsministers, der diesen begünstigt. X Genosse Keir Hardie ist nach seiner Rundreise um die Welt, die er am 12. Juli 1907 antrat, wieder in England eingetroffen. X In den Vereinigten Staaten von Amerika bereitet sich die Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei nach englischem Muster vor; sie dürfte zur wichtigsten Tatsache der gegenwärtigen inneren Politik Amerikas werden. X Zwischen dem Vorstand der russischen Sozialdemokratie und der Dumafraktion gelangen zurzeit einige Unstimmigkeiten zum Austrag. Die in ihrer Mehrheit bolschewistische Parteileitung wünscht eine schärfere Tonart, während die Fraktion, in besserer Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse, eine realistische Politik zu treiben sucht. Die Meinungsverschiedenheiten betrafen namentlich die Antwort der Fraktion auf die Regierungserklärung in der Duma.

X  
**Literatur** Der Referentenführer Eduard Davids /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/ hat

bei seinem Erscheinen durch ein nebensächliches Versehen in einem Zitat in manchen Parteiblättern eine grosse Aufregung hervorgerufen. Eine Zeitlang schien es, als wäre die Stellung Goethes zum Kantianismus die aktuellste aller Parteifragen. In der 2. Auflage hat der Verfasser durch eine kleine Korrektur diese Frage für die Partei gelöst. Jene Parteiblätter können jetzt also ihre Aufmerksamkeit auf den übrigen Inhalt des Büchleins lenken und brauchen an dem Guten, das es enthält, nicht mehr vorbeizusehen. Die Schrift dürfte sicherlich vielen Parteirednern und solchen, die es werden wollen, gute Dienste leisten, soweit die Psychologie des einzelnen einer äusseren Belehrung nicht entgegensteht. Das, was beim öffentlichen Auftreten den grössten Eindruck macht, eine

Massensuggestion erzeugt: die eigene Persönlichkeit, kann freilich durch noch so gut ausgedachte Regeln nicht ersetzt werden. Doch werden diese, denen nützen, deren Natur sich für ihre Befolgung eignet. Dass die allgemeine Bildung an den Anfang gesetzt wird, ist durchaus richtig, und die Erfahrungen, die man in der Partei mit deren Ersatz durch die materialistische Geschichtsauffassung gemacht hat, lassen die Mahnung des Verfassers besonders beherzigenswert erscheinen. Eine philosophische Schulung ist für das Denken und die Tätigkeit eines jeden von höchstem Vorteil. Eine andere Frage ist, inwieweit die einzelnen ihrer überhaupt fähig sind. Immerhin ist die Beschäftigung wenigstens mit den Grundzügen der Geschichte der Philosophie schon aus dem Grunde zu empfehlen, weil sie den angehenden Referenten und Lehrer des Volkes zur Bescheidenheit erzieht, ihm von dem Wesen der Theorie wenigstens eine Ahnung gibt und eine Reihe von Hemmungen einschaltet bei der Aufnahme von allgemeinen Redewendungen, die als allgemeine Theorien erscheinen wollen. Ob man dem Abschnitt *Philosophie und Religion* in der Davidschen Schrift vollständig beistimmen kann, ob im speziellen die paar Zeilen über das Kantische System bei ihrer Kürze dessen Wesen treffen konnten, sei hier nicht erörtert. In der Literaturangabe über Ethik und Religion wäre grössere Bestimmtheit im Interesse klarerer Stellungnahme zu wünschen gewesen. Der Mangel der Schrift scheint mir überhaupt der zu sein, dass in mehreren Abschnitten und namentlich in allen Literaturangaben die eigentliche Farbe fehlt. Bei den zugespitzten Richtungsgegensätzen in unserer Partei ist es freilich nicht leicht objektiv zu bleiben und doch die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Es liegt aber auch im Interesse der Ausbildung eines Referenten, dass ihm ein Wegweiser gegeben wird die pseudotheoretischen Schriften von den wirklich wissenschaftlichen zu scheiden. Eine gleichmässige und wohlwollende Titelzitation und ein Verzicht auf die Erwähnung der charakteristischen Unterschiede kann gerade denen wenig nützen, die in erster Linie der Belehrung bedürfen. Es wird da wieder der Wunsch nach einer kritischen Bibliographie des Sozialismus rege, die uns noch immer fehlt, und die auch durch die ausgezeichnete, lebensvoll und gut geschriebene Schrift Paul Kampffmeyers *Die Sozial-*

demokratie im Lichte der Kulturentwicklung bei dem Zweck, für den sie verfasst, und bei ihrer geringen Ausdehnung nicht ersetzt werden kann. Wenn so der Davidsche Referentenführer einige Wünsche noch unerfüllt lässt, so kann man dem Autor daraus keinen Vorwurf machen, der die Aufgabe hatte eine offizielle Parteischrift zu schaffen und daher gerade in den Punkten sich Zurückhaltung auferlegen musste, in denen er von der immer noch offiziellen Parteimeinung dissentiert. Die Schrift, die, in lehrhaftem Ton geschrieben, eine Reihe trefflicher Ratschläge für die Praxis enthält, hat eine gute Aufnahme gefunden: die 2. Auflage wurde notwendig, weil die ersten 500 Exemplare in wenigen Monaten vergriffen waren. Es sei ihr auch weiterhin guter Erfolg und weite Verbreitung gewünscht, und wir wollen hoffen, dass die durch sie Belehrten zur Befreiung der Parteiredenkst von einer veralteten Schablone und einer schädlichen Routine beitragen werden.

### **Gewerkschaftsbewegung / Ernst Deinhardt**

**Vereinsgesetz** Das vom Reichstag nunmehr verabschiedete Reichsvereinsgesetz ist für die Gewerkschaften von tiefeinschneidender Bedeutung. Sie haben unter dem bisherigen, landesgesetzlich geregelten Vereinsrecht empfindlich zu leiden gehabt; es sei nur an die Verfolgungen des Fabrikarbeiter- und des Bergarbeiterverbandes wegen Vorlegung der Mitgliederliste am Verbandssitz für das ganze Vereinsgebiet, an die immer wieder beliebten polizeilichen Schikanen gegen die gewerkschaftliche Bewegung in Preussen und vor allen Dingen in Sachsen erinnert. Man konnte hoffen, dass eine reichsgesetzliche Regelung des Vereinsrechtes hierin Wandel schaffen würde; darin boten aber die Verhandlungen über das Reichsvereinsgesetz eine bittere Enttäuschung für die Gewerkschaften. Zwar ist es von den Gewerkschaften ohne weiteres als ein Fortschritt anzuerkennen, dass die Materie überhaupt reichsgesetzlich geregelt worden ist; ferner kann es als eine Verbesserung des geltenden Rechts für den grösseren Teil des Reichs bezeichnet werden, dass die Frauen sich politisch organisieren dürfen, dass die Vereinsvorstände zur Einreichung des Mitgliederverzeichnisses der Polizeibehörde künftig nicht mehr verpflichtet sind, und dass es einer Anzeigepflicht für öffentliche Versammlungen, die

öffentlich bekannt gemacht worden sind sowie für Wahlversammlungen und Versammlungen im Sinne des § 152 G. O. künftig nicht mehr bedarf. Aber diese Verbesserungen des bisher geltenden Rechts besonders in Preussen, Sachsen und Mecklenburg werden aufgewogen durch die Verschlechterungen, die die §§ 12 und 17 des Gesetzes bringen. § 12, der es den Gewerkschaften direkt unmöglich macht die von den Unternehmern als Lohndrücker nach Deutschland gezogenen ausländischen Arbeiter durch Versammlungen aufzuklären und zu den Zielen der deutschen Gewerkschaften zu bekehren, und § 17, der den jugendlichen Personen unter 18 Jahren jede politische Vereins- und Versammlungstätigkeit verbietet. Beide Paragraphen bedeuten für die Gewerkschaften schwere Hemmungen, und das um so mehr als auch in diesem Gesetz den Polizeibehörden weitestgehende Befugnisse eingeräumt und damit die Möglichkeiten schwerer Schikanen gegen oppositionelle Bewegungen und Bestrebungen geboten werden. In gewerkschaftlichen Kreisen empfindet man diese Bestimmungen als einen Schlag gegen die freiheitliche, auch gegen die gewerkschaftliche Bewegung.

× **Baugewerbe** Die Tarifbewegung im Baugewerbe ist auch jetzt noch nicht zum Abschluss gekommen, doch hat sich die Situation nicht noch weiter verschärft, und es besteht jetzt immerhin einige Aussicht auf gütliche Beilegung der Differenzen. Mitte März war die Situation allerdings sehr bedenklich. Die örtlichen oder bezirksweise geführten Verhandlungen waren allenthalben abgebrochen worden, weil die Unternehmer jedes Entgegenkommen auch den bescheidensten Wünschen der Arbeiter gegenüber ablehnten. Eine Aussperrung oder ein Streik auf der ganzen Linie war am 1. April, dem Ablauftermine der meisten Verträge, unvermeidlich, wenn es nicht im letzten Augenblick gelang, die Parteien zu Verhandlungen über eine bessere Fassung des von den Unternehmern verlangten Tarifvertragsmusters, das jede Einigung zwischen Unternehmern und Arbeitern unmöglich machte, zusammenzuführen. Es ist das Verdienst des Herausgebers der *Sozialen Praxis*, des Professors Dr. Francke, dass er diese Verhandlungen bei den beteiligten Organisationen angeregt und die Parteien einander genähert hat. Die Verhandlungen fanden am 25. und 26. März

in Berlin unter dem Vorsitz des Berliner Gewerbegerichtsvorsitzenden von Schulz statt, dem die im gewerblichen Einigungswesen wohlherprobten Vorsitzenden des Münchener und Essener Gewerbegerichts Dr. Prenner und Dr. Wiedfeldt assistierten. Nach 23 stündigen Auseinandersetzungen wurde auch zwischen den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen über die allgemeinen strittigen Fragen (tüchtige Arbeit, Akkordarbeit, Agitations- und Beschäftigungsklausel), die bisher dem Abschluss von Lokaltarifen hinderlich waren, eine Einigung erzielt. Allerdings verzichteten die Arbeitnehmer auch auf die Forderung einer Verkürzung der Arbeitszeit für die nächste Vertragszeit und erklärten sich damit einverstanden, dass die neuen Verträge eine 2jährige Geltungsdauer, bis zum 31. März 1910, erhalten. Der in diesen Verhandlungen nunmehr vereinbarte Mustervertrag soll den örtlichen Vertragsverhandlungen zur Grundlage dienen. Solche Verhandlungen haben in den wichtigsten Orten und Bezirken bereits stattgefunden. Dabei ist es nur in München, in Dresden und in Posen zum Abschluss eines Vertrages gekommen, in den beiden ersten Orten auch da nur durch Schiedssprüche des Einigungsamtes des örtlichen Gewerbegerichts. Die Verhandlungen für Berlin, für das Untermain- und das Ruhrgebiet sind vorläufig als ergebnislos abgebrochen worden, weil die Unternehmer in der Lohnfrage Zugeständnisse nicht machen wollen. Die Situation ist nach wie vor recht gespannt, immerhin besteht jetzt doch mehr Aussicht auf eine gütliche Beilegung der Differenzen als vor einem Monat.

X

**Malergewerbe** Im Malergewerbe ist eine Aussperrung vollzogen worden, wobei es sich ebenfalls um die von den Unternehmern geplante Durchführung eines Generaltarifs handelt. Die Unternehmer hatten diesen Generaltarif einseitig festgesetzt; als über ihn später Verhandlungen stattfinden sollten, scheiderten sie, weil den gelben, Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkschaften, die im Vertragsgebiet gar keine oder nur wenig Mitglieder haben, das selbe Recht der Vertretung eingeräumt werden sollte, wie der mit 12000 Mitgliedern in betracht kommenden freien Gewerkschaft. Die Aussperrung, die am 11. April begann, erstreckt sich in der Hauptsache über Süddeutschland. Anscheinend haben die

Unternehmer hierbei stark ihre Kräfte überschätzt, da nur 2300 Arbeiter in Mitteleidenschaft gezogen wurden.

X

**Holzindustrie** Die grosse Tarifbewegung in der Holzindustrie, die von den Unternehmern für das Frühjahr 1908 inszeniert worden war, hat nunmehr ihren Abschluss gefunden. Die Vertragsverhandlungen an den in betracht kommenden Orten, Stuttgart, Kassel, Eisenach, Chemnitz, Stralsund, Jena, Elbing, Posen, Forst, Luckenwalde, Darmstadt, Essen, Detmold, Neumünster, Osnabrück, Wiesbaden, Potsdam, Frankfurt a. M., Magdeburg, Herford, Elberfeld, Zoppot und Hamburg, hatten trotz Eingreifens der Zentralinstanzen der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen nur in einigen wenigen Fällen einen Erfolg gehabt. In der Hauptsache blieben die Differenzfragen betreffend Lohn und Arbeitszeit offen, weil die Unternehmer es zumeist an jedem Entgegenkommen den Wünschen der Arbeiter gegenüber fehlen liessen. So blieb es der interlokalen Schiedskommission, die unter dem Vorsitz des Freiherrn von Berlepsch vom 25. März mit einer kurzen Unterbrechung bis zum 6. April tagte (vergl. pag. 187), vorbehalten die Arbeitsbedingungen für die 23 an der Bewegung beteiligten Vertragsorte festzusetzen respektive einen *modus vivendi* für die neuen Verträge zu finden. Das ist nach mehrwöchigen, anstrengenden Verhandlungen, an denen auch Vertreter der beiderseitigen Zentralvorstände und der Arbeiter und Unternehmer der fraglichen Orte teilnahmen, auch geschehen. Am meisten setzten die Unternehmer dem Verlangen der Arbeiter auf Abschluss 3jähriger Verträge Widerstand entgegen, doch gelang es den Arbeitern für alle Orte mit einer Ausnahme den 11. Februar 1911 als Ablauftermin der Verträge einheitlich festzusetzen. Nicht weniger gross war der Widerstand der Unternehmer den rein materiellen Forderungen der Arbeiter gegenüber. Nur in wenigen Fällen ist es darüber zu einer Einigung zwischen den Vertragskontrahenten gekommen, zumeist musste darüber die Schiedskommission entscheiden, wobei wieder nur der Vorsitzende den Ausschlag gab. Mit Ausnahme von 4 Orten wurde allenthalben eine Arbeitszeitverkürzung von 1 oder 2 Stunden pro Woche und an allen Orten Lohnerhöhungen erzielt, die zwischen 2 und 5 Pf. pro Stunde schwanken. Berücksichtigt man, dass zurzeit die Ge-

schäftsfrage in der Holzindustrie recht ungünstig ist — in Berlin sind beispielsweise im April, einem der besten Geschäftsmonate, noch über 3000 Holzarbeiter arbeitslos —, so wird man diesen Abschluss als für die Arbeiter günstig bezeichnen müssen. Diese Bewegung, die im Spätjahr noch eine Fortsetzung findet, kann als eine weitere Etappe auf dem Wege zur Tarifgemeinschaft in der Holzindustrie bezeichnet werden. Die bedeutungsvollsten Tarifverträge dieser Industrie konzentrieren sich nun auf zwei verschiedene Ablauftermine, den 12. Februar 1910 und den 11. Februar 1911. Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, dass für alle Verträge ein gemeinsamer Ablauftermin bestimmt wird.

× ×  
**Kurze Chronik** Der *Verband der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften* und der *Zentralverband der Bureauangestellten* vereinigen sich am 1. Juli zu einer einheitlichen Organisation. Beide Organisationen zählen zusammen 4200 Mitglieder. × Der langjährige Redakteur und Expedient des *Buchdruckerkorrespondenten*, Konrad Eichler, ist am 19. März in Leipzig gestorben. Er erfreute sich in gewerkschaftlichen Kreisen grossen Ansehens. × Der *Verband der Zivilberufsmusiker* nimmt eine Erhebung vor über die Erwerbs- und Einkommensverhältnisse der Musiker. × Eine internationale *Schneiderkonferenz* findet Ende August im Anschluss an den *Schneiderverbandstag* in Frankfurt a. M. statt. × Dem *Verband der Fachvereinigungen* Hollands, der neuen Gewerkschaftszentrale dieses Landes, gehörten am 1. Januar 24 Organisationen mit 32270 Mitgliedern an.

× ×  
**Literatur** Die Literatur über die Tarifverträge hat eine gute Bereicherung erfahren durch eine Abhandlung Adolf Brauns *Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften*, die zunächst in der *Holzarbeiterzeitung* als Artikelserie erschienen und jetzt vom Verfasser in Buchform herausgegeben worden ist /Stuttgart, Dietz/. Die ansprechende Schrift informiert recht gut über die gegenwärtige Art und Bedeutung der Tarife sowohl für die Arbeiter wie für die Unternehmer und für die Volkswirtschaft, aber auch über die Literatur, die rechtliche Seite der Sache wie über vieles andere, was mit dieser

Frage zusammenhängt. × In *Parvus'* Broschüre *Der gewerkschaftliche Kampf* /Berlin, Buchhandlung *Vorwärts*/ wird dessen Wesen erörtert. Leider hat der Verfasser nicht unterlassen können sich auch in dieser doch für die Agitation berechneten Schrift in unpassender Weise mit den Gewerkschaftsbeamten und *Kassenzahlenmenschen* über den Wert der Maifeier auseinanderzusetzen. Welches Geschrei über *Verrat* etc. würde man anstimmen, wenn die Gewerkschaften in ihrer Agitationsliteratur in analoger Weise sich mit den *Parteiäpsten* auseinandersetzen wollten! × *Über Streiks und Aussperrungen* verbreitet sich Professor Dr. Phil. Stein /Dresden, Zahn & Jaensch/. Man braucht nicht alles, was der Verfasser sagt, zu unterschreiben, und man wird doch zugeben müssen, dass er eine in der Hauptsache durchaus objektive und sachgemässe Würdigung der Arbeitskämpfe gibt. × Von Publikationen der Organisationen selber sind hervorzuheben: *Lohntarife und Tarifverträge im Schneidergewerbe 1906 bis 1907*, eine angesichts der grossen Bedeutung der Tarifbewegung im Schneidergewerbe wichtige Sammlung; weiter *Beiträge zur Kenntnis der Lage der Hüttenarbeiter Deutschlands*, *Statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bauklempner und Installateure Deutschlands* und *Lohn- und Arbeitsverhältnisse der auf Werften beschäftigten Metallarbeiter*, sämtlich herausgegeben vom Metallarbeiterverband; ferner die Schrift des Schiffszimmererverbandes *Die Lage der deutschen Schiffszimmerer* und zwei Publikationen des Zimmererverbandes über die von dieser Organisation im August 1906 vorgenommenen statistischen Erhebungen über Organisationsverhältnisse, Arbeitszeit, Stundenlöhne etc. × Auch einige Agitationschriften verdienen hier erwähnt zu werden: *Was will der deutsche Photographengehilfenverband?*, ferner *Was lehren uns die modernen Wirtschaftskämpfe?*, vom Bildhauerverband herausgegeben, schliesslich eine Aufklärungsschrift des Holzarbeiterverbandes über die Milzbrandgefahr.

## WISSENSCHAFT

### Philosophie / Franz Staudinger

**Erkenntnistheorie** Die bedeutendste Erscheinung der letzten Zeit, die auch besondere Aufmerksamkeit verdient, ist unstrittig das Werk

Ernst Cassirers *Das Erkenntnisproblem in der Philosophie und Wissenschaft der neueren Zeit* /Berlin, Bruno Cassirer/. Zwei riesige Bände von 600 und 700 Seiten, aber auch mit wirklichem Inhalt. Umfassende Gelehrsamkeit und scharfbohrender Verstand, eine Fähigkeit das scheinbar Weitabliegende je nach bestimmten Gesichtspunkten klar herauszuarbeiten und die Gegenstände, oft die scheinbar entlegensten, unter diesen Gesichtspunkten zu schauen, charakterisieren den Autor. Den Gedanken der wissenschaftlichen Methode, durch die die Gegenstände erfassbar sind, an Steile der Gegenstände selbst zu setzen, die Gesetzmässigkeit der Dinglichkeit überzuordnen: dieser Methode, die heute auf den Einzelgebieten jeder Mann der Wissenschaft befolgt, will er wesentlich auf dem Boden Kantischen Denkens fussend auch der Erforschung des Erkenntnisproblems zu grunde legen. Und so arbeitet er dies nach einer kurzen, die Methodik und deren Entwicklung im Altertum behandelnden Einleitung im 1. Bande von Nikolaus von Cusa bis P. Bayle, im 2. von Spinoza bis Kant durch. Die Erfahrung, so heisst es am Schluss, ist endlich nach dem Ergebnis, unendlich im Hinblick auf die Gesetzlichkeit des Fortschritts. Die Auflösung des Gegebenen in die reinen Funktionen der Erkenntnis bildet das endgültige Ziel und den Ertrag der kritischen Lehre. Endgültig? Freilich an diesem Buche, das dies so eindringend auseinandersetzt, wird niemand, der weiter forschen will, vorübergehen dürfen; aber trotz allem bleibt eine Frage übrig, die weitere Zurückführung der Funktionen in der Wissenschaft auf die Frage nach dem Aufbau der gemeinen Naturerfahrung, die wir der wissenschaftlichen Erkenntnis zu grunde legen müssen. Hinter all den Feststellungen Cassirers erhebt sich vor allem das Problem: Was ist *Begriff*?

× Ethik ×  
Das Büchlein O. Kirns *Sittliche Lebensanschauungen der Gegenwart* (Aus-

*Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/) behandelt in 6 Vorträgen den Naturalismus, Utilitarismus, Evolutionismus, die ästhetische, idealistische und christliche Weltanschauung. Der christliche Jenseitsglaube ist nach Kirn der konsequente Abschluss einer idealistischen, sittlichen Anschauung des Lebens und der Welt. Darin, wie in manch anderen Theorien des Leipziger Professors

werden ja nun freilich andere anderer Meinung sein.

Nur halb der Ethik gehört das ebenda erschienene Werkchen J. C o h n s *Führende Denker* an, als welche Cohn Sokrates, Plato, Descartes, Spinoza, Kant und Fichte ansieht, von denen schöne Abbildungen beigegeben sind. Den geschlossenen Handelstaat Fichtes stellt er mit einer gewissen Geflissentlichkeit dem Sozialismus entgegen. Da er aber doch die sittlichen Ideale dessen, was wir sollen, dem heutigen Leben angepasst und daraus entwickelt haben will, so wäre die Frage, ob man da nicht gerade wirtschaftliches Zusammenwirken an Stelle wirtschaftlichen Kampfes wollen — sollte.

× Kurze Chronik ×  
In Heidelberg findet vom 31. August bis zum 3. September dieses Jahres der 3. internationale Kongress für Philosophie statt, der 1900 in Paris begründet ward und 1902 in Genf zum zweiten Male tagte. Nähere Auskunft über die Tagung gibt der Generalsekretär Dr. Elsenhans in Heidelberg. × Der *Deutsche Bund für weltlichen Moralunterricht* versendet seine erste Flugschrift *Weltlicher Moralunterricht in der Schule eine Forderung der Zeit*. Nähere Auskunft über den Bund gibt Dr. Penzig in Charlottenburg. × Am 12., 13. und 14. Juni findet in Frankfurt a. M. der diesjährige Freidenkerkongress statt. × Das *Kartell der freiheitlichen Vereine Münchens* hat sich ein eigenes Heim und ein Sekretariat geschaffen und gedenkt ein kulturpolitisches Seminar zu begründen. × Die *Kantgesellschaft* hat eine philosophische Preis aufgabe gestellt: Welches sind die wirklichen Fortschritte, die die Metaphysik seit Hegels und Herbarts Zeiten gemacht hat? Die Arbeiten, für die 2 Preise von 1000 und 600 M. ausgesetzt sind, sollen bis zum 22. April 1910 an das Kuratorium der Universität Halle eingeleistet werden. Nähere Auskunft erteilt Professor Dr. Vaihinger in Halle.

× Litteratur ×  
Von der bekannten, rasch in das Publikum gedruckenen trefflichen *Geschichte der Philosophie* Karl Vorländer's /Leipzig, Dürr/ ist die 2. neubearbeitete Auflage erschienen. Ausserlich gleicht sie die früher an Umfang gar zu verschiedenen Bände dadurch aus, dass sie die *Geschichte der mittelalterlichen Philosophie* aus dem 2. in den 1. Band verweist.

Innerlich ist das Werk nicht nur durch die nötigen Nachträge verbessert und bereichert, sondern einige Partien, besonders Leibniz, sind unter dem Einfluss des obengenannten Cassirerschen Werkes ganz umgearbeitet worden. Dass Vorländer die neuesten Erscheinungen, die sich ja einer systematischen Ordnung noch vielfach spröde entgegenstellen, trotz Abratens in kurzem Umriss behandelt, empfinde ich als Vorzug; das Werk soll doch auch ein Orientierungs- und Nachschlagewerk für solche sein, die sich den umfangreichen Ueberweg-Heinze nicht anschaffen können. Möge es auch in der neuen Auflage tüchtig wirken! X Sodann ist der 3. Band der *Geschichte der Philosophie* des Professors A. D. Mannheimer /Frankfurt a. M., *Neuer Frankfurter Verlag*/ erschienen. Der fleissige Verfasser bietet uns hier eine Übersicht über die Philosophie von Kant bis Hegel, wobei bei Kant gerade die kleinen praktischen Schriften ausführlich behandelt werden. Sein Sohn Franz Mannheimer, der das Werk für den schwer erkrankten Vater ergänzt hat, fasst die folgende Philosophie seltsamerweise unter der Allgemeinbezeichnung *Positivismus* zusammen, während er in Emerson, Nietzsche, Eucken, dem Aesthetismus usw. Übergänge zu einem Idealismus erblickt, den er als einzig begeisternde Philosophie ansieht.

#### Naturwissenschaften / Bruno Borchardt

**Ursache und Zweck in der Biologie** Als einer der wesentlichsten Vorzüge des von Darwin aufgestellten Selektionsprinzips galt die dadurch möglich gewordene Einsicht in die Zweckmässigkeit des Geschehens auf physiologischem und biologischem Gebiet. Das Kausalitätsbedürfnis hatte die *causae finales* aus der philosophischen Weltauffassung längst gestrichen, ohne doch irgendwie in auch nur einigermaßen befriedigender Weise das zweckmässige Geschehen erklären zu können. Das Selektionsprinzip brachte hier scheinbar vollständige Klarheit, was wohl einer der Gründe war, die ihm zu einem so schnellen und umfassenden Erfolg verhalfen. In neuester Zeit ist aber die Selektionslehre vielfach angegriffen worden, ja, es gibt eine wissenschaftliche Richtung, die dem Selektionsprinzip überhaupt keine Geltung und Mitwirkung bei der Entstehung der Arten zugestehen will. Einer der namhaftesten Vertreter dieser Richtung ist Pauly; seine Anschauungen sind in

einem Büchlein A. Wagners *Der neue Kurs in der Biologie* /Stuttgart, *Kosmos*/ dargestellt.

Der Neulamarckismus (so wird diese Richtung gewöhnlich bezeichnet) erklärt die Entstehung der Arten durch direkte Anpassung der Organismen an die Lebensbedürfnisse, wie sie sich durch die wechselnden äusseren Einflüsse gestalten. Jeder sich anpassende Organismus betätigt sich hierbei aktiv und wird geleitet durch ein — wenn auch nicht menschliches sondern unter Umständen sehr primitives — Bewusstsein, das eine Willensreaktion herbeiführt. Dadurch gewinnt, wie man sieht, die teleologische Auffassung von neuem Bedeutung, indem neben der mechanischen Kausalität eine für die lebenden Organismen spezifische teleologische Kausalität angenommen wird. Ausdrücklich wird auch den niedrigsten Organismen einschliesslich der Pflanzen bewusste Empfindung zuerkannt und eine aktiv psychische Reaktionsfähigkeit, welche eine bewusste Selbstumgestaltung der Organismen zur Erreichung des Lebenszweckes bewirkt. Nach dieser Auffassung ist die Änderung, die sich an einem sich anpassenden Organismus vollzieht, nicht nur durch vorhergehende sondern auch durch auf sie folgende Vorgänge ursächlich bedingt, die Abänderung erscheint als eine Funktion nicht nur des *antecedens* sondern auch des *succedens*. Durch diese Auffassung ist aber sicherlich nicht eine Lösung des teleologischen Problems gegeben, höchstens eine Umschreibung. Die *teleologische Kausalität* ist eben nichts weiter als ein Wort. Unter Kausalität verstehen wir doch eben die Bedingtheit des zeitlich folgenden Zustandes durch den vorhergehenden. Verwerfen wir diese Annahme, so geben wir damit zu, dass das Kausalitätsprinzip als einzige Grundlage der wissenschaftlichen Forschung nicht anzuerkennen ist. In der Tat schlägt Wagner auch vor, den Kausalitätsbegriff ganz auszuschalten und nur von *Gesetzmässigkeiten, Bedingungen, Zusammenhängen* zu reden. Nun ist es ja zweifellos richtig, dass wir nirgends Ursachen und Wirkungen beobachten sondern stets nur die Aufeinanderfolge von Erscheinungen; aber trotzdem bleibt doch das Kausalitätsbedürfnis bestehen, das die Ableitung des folgenden Zustandes aus dem vorhergehenden, nicht umgekehrt des vorhergehenden aus dem folgenden, verlangt. Wenn man übrigens auch bei den nie-

drigsten Organismen ein Mass von Bewusstsein annimmt, das ausreicht, um in *bewusster* Weise auf den Körper zu wirken, so müsste doch die Fähigkeit zu zweckmässiger Reaktion vorausgesetzt werden, also eine kausal zurzeit wenigstens ganz unverständliche Erscheinung; nimmt man sie aber als gegeben an, so dürfte man doch eine un Zweckmässige Betätigung dieser Reaktionsfähigkeit in der Natur nicht beobachten, während solche doch zweifellos vorhanden sind: man braucht nur an die rudimentären, die Existenz des damit behafteten Wesens schädigenden Organe zu denken. Somit muss die teleologische Reaktionsfähigkeit beschränkt sein und zwar offenbar durch die ererbte Organisation. Für die Entstehung zweckmässiger Abänderungen kann also der Neulamarckismus keineswegs eine befriedigende Erklärung geben. In der Forderung der Ausschaltung des Kausalitätsbegriffs aus der naturwissenschaftlichen Erörterung stimmen die Neulamarckisten mit Max Verworn überein, der in seinem Vortrag *Die Erforschung des Lebens* /Jena, Gustav Fischer/ ausführt, dass kein Vorgang in der Welt existiere, der nur durch einen andern bestimmt wäre, dass jeder vielmehr stets von einer ganzen Reihe anderer abhängig sei, und dass man deshalb nicht einen einzelnen als seine *Ursache* bezeichnen dürfe; im Kausalbegriff liege überhaupt etwas Mystisches, besser sei es statt von *Ursachen* von *Bedingungen* zu sprechen; vollkommen erklärt sei ein Vorgang, wenn alle Bedingungen bekannt seien, von denen sein Eintritt abhängt. Zum Schluss seiner interessanten Darlegungen über die bisherigen Wege und Ergebnisse der Erforschung des Lebens wirft Verworn die Frage nach der Erklärbarkeit des Bewusstseins auf, die du Bois-Reymond bekanntlich mit dem berühmt gewordenen *Ignorabimus* beantwortet hat. Verworn betont nachdrücklich, dass hier eine falsche Fragestellung vorliegt. Man dürfe weder von einer gegenseitigen Beeinflussung psychischer und physischer Vorgänge noch von einem psychophysischen Parallelismus reden, in Wirklichkeit handle es sich nicht um Vorgänge zweierlei Art sondern nur um eine einzige Reihe von Vorgängen; eine wissenschaftliche Analyse der Bewusstseinsvorgänge habe die Aufgabe »sämtliche Bedingungen festzustellen, unter denen Empfindungen, Vorstellungen; Gedanken, Gefühle und Willensakte zu stande kommen. Sind

diese Bedingungen sämtlich ermittelt, so ist der Bewusstseinsvorgang erklärt. Er ist nichts anderes als dieser Bedingungskomplex selbst . . . Könnten wir . . . das ganze Geschehen in den Zellen des Gehirns bis in jede Atombewegung hinein überblicken und wären uns zugleich alle ausserhalb des Gehirns gelegenen Faktoren des gesamten Bedingungskomplexes bekannt, so verstünden wir auch, wie Bewusstsein entsteht. Freilich könnte man auch dann in den Gehirnzellen die Empfindungen und Gedanken eines anderen nicht wahrnehmen, eine solche Erwartung wäre schlechthin widersinnig, denn die Empfindungen des andern sind ja von dem sie hervorrufenden Bedingungskomplex abhängig, der da, wo diese Empfindungen zu stande kommen, ein ganz anderer ist als bei mir, wenn ich das Gehirn des andern betrachte. »Stelle ich dagegen bei mir den gleichen Komplex von Bedingungen her wie er bei ihm besteht, . . . so entsteht auch bei mir die selbe Empfindung. Man hat also im Grunde nur einen einzigen kleinen Fehler gemacht, wenn man versucht hat, die Empfindungen eines andern in seinem Gehirn zu sehen: Man hat nur *Mein* und *Dein* nicht unterschieden. Nur wo gleiche Bedingungen sind, da sind auch gleiche Empfindungen. Unsere ganze Aufgabe bei der Erforschung der Empfindungs-, Vorstellungs-, Gedankenmechanik besteht wie überall bei der wissenschaftlichen Forschung nur in der Ermittlung ihrer gesamten Bedingungen. Das ist und bleibt der Weisheit letzter Schluss.«

Wenn das Fallenlassen des Begriffs der *Ursache* Verworn auch mit den Neulamarckisten gemein hat, so ist sein prinzipieller Standpunkt doch ein ganz anderer: Verworn erkennt als Bedingungen für einen Lebensvorgang nur die zur Zeit seines Eintritts gegebenen Bedingungen an, während die Neulamarckisten auch noch später eintretende Vorgänge als solche Bedingungen in Rechnung ziehen wollen: ein *neuer Kurs* in der Biologie, den die Mehrzahl der Biologen wohl ablehnen wird.

×  
**Kurze Chronik** Der Senior der deutschen Physiker, der 84jährige Professor Johann Wilhelm Hittorf, in weiten Kreisen am bekanntesten durch seine Untersuchungen über den Durchgang der Elektrizität durch verdünnte Gase, überwies der Universität Münster i. W. zur Förderung



des mathematischen und naturwissenschaftlichen Studiums ein Kapital von 25 000 M. als Geschenk. × Die *Naturforschende Gesellschaft* in Frankfurt a. M. hat den von Reinach-Preis den sie alle 2 Jahre für die beste Arbeit über Geologie, Mineralogie oder Paläontologie aus der weiteren Umgebung von Frankfurt verleihen kann, diesmal für eine Arbeit über *Oberpliozäne Flora und Fauna des Untermaintales* den Professoren Dr. F. Kinkelin in Frankfurt a. M. und Dr. H. Engelhardt in Dresden zuerkannt. × In München starb am 31. Januar Carl von Voit im 77. Lebensjahre. Mit Voit ist einer der letzten aus dem grossen Zeitalter der Blüte der biologischen Wissenschaften dahingegangen. Seine Arbeiten liegen zu einem grossen Teil auf dem Gebiet der biologischen Chemie, wo er an Liebig anknüpfte und im Verein mit Pettenkofer bahnbrechend wirkte. Die Ergebnisse, zu welchen die Arbeiten Voits über den Stoffwechsel führten, sind grundlegend geworden für unsere Erkenntnis einer rationalen Ernährung. × Professor Dr. Arnold Dodel, bekannt durch seine Streitschrift *Moscs oder Darwin?* ist am 11. April in Zürich im 65. Lebensjahr gestorben. Dieser mutige Kämpfer für Volksschulbildung war aus dem Stande der Volksschullehrer hervorgegangen.

× **Literatur** Der berühmte schwedische Chemiker Svante Arrhenius hat in seinem Buch *Das Werden der Welten* /Leipzig, Akademische Verlagsgesellschaft/ den Versuch einer einheitlichen Darstellung der Weltbildung unternommen, wobei in Einzelheiten neue Wege eingeschlagen werden, die allerdings zuweilen zum Widerspruch herausfordern müssen. × In H. Emdens *Gaskugeln, Anwendungen der mechanischen Wärmetheorie auf kosmologische und meteorologische Probleme* /Leipzig, Teubner/ wird nach der theoretischen Behandlung der Gesetze von Gaskugeln von der Grösse der Sonne in den Anwendungen die Entwicklung des Sonnensystems nach Lockyer und G. H. Darwin aus einer Staubwolke betrachtet. Die Schwierigkeiten der Meteoriten- oder Staubmassentheorie sind jedoch nicht immer mit voller Schärfe hervorgehoben. × *Ptolemäus oder Kopernikus?* von Karl Neisser /Leipzig, Barth/ ist ein interessant geschriebenes Werkchen, das jedoch in seiner Kritik der Beweis-

kraft der Zentrifugalkraft, des Foucault'schen Pendels, der Aberration und der Parallaxen der Fixsterne gegen die *Wirklichkeit* der Erdbewegung keineswegs überzeugend ist. × Sehr dankenswert ist die von T. E. Aschkinass besorgte deutsche Ausgabe des umfassenden Werkes des englischen Physikers E. Rutherford *Die Radioaktivität* /Berlin, Springer/, in dem der gegenwärtig das lebhafteste Interesse erregende Gegenstand übersichtlich und erschöpfend behandelt ist. × Die Schrift J. P. Kuenens *Die Zustandsgleichung der Gase und Flüssigkeiten und die Kontinuitätstheorie* /Braunschweig, Vieweg/ ist eine gute systematische Darstellung der Arbeiten, die in dem seit der epochemachenden Aufstellung der Zustandsgleichung verflochtenen Menschenalter auf diesem Gebiete geleistet sind. × Das Buch O. Dziobeks *Die Grundlagen der Mechanik* /Berlin, Mittler/ hat den pädagogischen Zweck auf möglichst elementarem Wege in die wissenschaftlichen Begriffe der Mechanik einzuführen. Möglichst elementar heisst aber nicht etwa mit Verzicht auf die Infinitesimalrechnung.

### Hygiene / Heinrich Grün

**Sexualhygiene** Über dieses schwierige Kapitel ist die Literatur in der letzten Zeit zwar sehr stark angewachsen, aber es wird nur wenig Brauchbares geboten. Spreu von Weizen zu sondern ist daher Hauptaufgabe des sozialen Hygienikers. Die Schwierigkeiten sind ja in der Tat nicht gering, wenn man bedenkt, dass die Gelehrten über einige Kardinalpunkte noch nicht einig sind. Während auf der einen Seite Hygieniker vom Range eines Max Gruber für vollkommene geschlechtliche Abstinenz sind, wobei sie diese als unbedingt unschädlich für Männer und Frauen hinstellen, verkündete auf der anderen Seite der Professor für Nervenkrankheiten Erb *urbi et orbi*, dass er die Abstinenz für schädlich halte. Was also soll man glauben? Es ist wohl nicht unmässig, wenn man als sozialhygienischer Praktiker erklärt, dass man in dieser Sache einmal zu einem Axiom gelangen muss, wenn man der Hygiene des Geschlechtslebens so die Wege ebnen will, wie man die Hygiene anderer Gebiete ausgebaut hat. Freilich wäre es richtig, dass die Enthaltensamkeit den besten Schutz gegen jede Geschlechtskrankheit bieten würde, und Gruber hat, als er an die

studierende Jugend Flugschriften verteilen liess, sie solle sich vom Geschlechtsgenuss enthalten, den besten Schutz vorgeschlagen. Aber diesem theoretischen Vorschlag fehlt es an — praktischer Erkenntnis. Es wäre gerade so richtig zu sagen, jede Bleiweiss- und Quecksilbervergiftung wäre unmöglich, wenn man sich nicht mit einer Arbeit abgibt, die diese Gefahren bringt, und es wäre ebenso zutreffend, dass jeder Unfall bei einem Gewerbe unmöglich wird, wenn man es nicht ausübt. Freilich wird man dem entgegenhalten, dass die genannten Gewerbe notwendig sind, während der Geschlechtsgenuss eben nur ein Genuss und keine Notwendigkeit sei.

Es fragt sich also: Ist es richtig, dass 1. der geschlechtsreife Mann, 2. das geschlechtsreife Mädchen ohne Schädigung die geschlechtliche Abstinenz üben kann? Wenn man die Tierwelt zum Vergleich heranzieht, so findet man, dass die Tiere, an denen ja die Kultur noch wenig Veränderung in ihren Trieben hervorgerufen hat, wenigstens 1 bis 2mal einen intensiven, kaum zu bezähmenden Geschlechtstrieb entwickeln, und dass sie zu der Zeit dieser *Läufigkeit* bösartig, ja dass einige Männchen und Weibchen unter diesem nicht befriedigten Triebe krank werden können. Wie ist es nun beim *M a n n e*? Sicherlich wird die Abstinenz in vielen Fällen bis zum 24., ja sogar bis zum 30. Jahre ohne besondere Folgen ertragen, aber es ist eine Tatsache, dass bei einer grossen Serie abstinenter Männer gewisse nervöse Reizerscheinungen von verschiedener Intensität eintreten können, die oft die unangenehmsten Folgezustände hervorrufen. Beim *M ä d c h e n* kann die Abstinenz Bleichsucht, nervöse Reizbarkeit, Hysterie usw. hervorrufen. Daher haben einige Autoren wie Marcuse-Berlin bei jungen Mädchen sogar den Koitus als therapeutisches Mittel bei Gesundheitsstörungen, die er *Abstinenzerscheinungen* nannte, empfohlen. Wäre man also in einer tadellosen Welt, könnte man den normalen Geschlechtsgenuss dort, wo er als *Begierde* oder als *unbezähmbarer Trieb* auftritt, im mässigen Grade bei gesunden Heterosexuellen empfehlen, das heisst, man könnte sich dann dem 1- bis 12mal im Jahre auftretenden Trieb nicht als *Verbietender* entgegenstellen. Es wurde nämlich nachgewiesen, dass dieser Trieb bei normalen Menschen höchstens 12mal als sogenannt *unüberwindbar* auftritt. Aber die Frage, bei wem

die Männer ihrem Geschlechtstrieb obliegen sollen, und von wem die Frauen ihren Geschlechtstrieb befriedigen lassen sollen, ist bei Kenntnis der gesellschaftlichen Zustände beinahe unlösbar. Man kann unmöglich als Arzt dem Jüngling und Manne die Prostituierte anraten, und man kann beim besten Willen nicht so brutal sein die Defloration einer Jungfrau oder den Ehebruch bei einer gesunden Ehefrau zu empfehlen. Man überlässt es daher leider der Intelligenz, der Moral, dem Charakter des einzelnen, wie er sein Sexualproblem löst. Wenn man bloss Phrasen gebrauchen will, kann man ja dem geschlechtsreifen Individuum das Heiraten empfehlen, aber wer kann das Zölibat als Produkt der sozialen Verhältnisse durch eine Phrase als Ratschlag aus der Welt schaffen? Wenn sich der reiche Mann mit der bloss für ihn reservierten Maitresse hilft, so kann der arme Mann, wenn ihn der sexuelle Teufel plagt, leider nur zum Konkubinat oder zur Prostituierten greifen.

Es bleibt also dem Arzt als Sexualhygieniker nichts anderes übrig als die Abstinenz als kleineres Übel zu empfehlen, sofern sie halbwegs möglich ist, für den Fall jedoch, dass diese Abstinenz nicht zu erreichen ist, mit welchem Umstand der Praktiker rechnen muss, die nötigen Vorsichtsmassregeln beim ausser-ehelichen und ehelichen Geschlechtsgenuss anzuempfehlen. Warum aber werden diese Massregeln nicht in den weitesten Kreisen bekannt gemacht? Weil man in der Tat fürchtet, den Geschlechtsgenuss als zu Recht bestehend anzuerkennen und für ihn Stimmung zu machen. Das ist indes ganz falsch. Selbst diejenigen, die die Prostitution unter allen Umständen prinzipiell abolitioniert wissen wollen, sind nicht alle der Ansicht, wie sie einige dem praktischen Leben ganz entrückte ultraabolitionistische Katastrophenpolitiker hegen, dass man keine Vorsichtsmassregeln lehren dürfe, weil alle Männer und Frauen sich durch die Schutzvorrichtungen in Sicherheit wiegen könnten, während sie sich doch unbedingt der grossen Gefahr des ausser-ehelichen Koitus bewusst sein sollten. Solche Meinungen sind ja recht schön, aber der Arzt muss als Hygieniker nicht mit Gefühlen, Charakter, Drohungen usw. sondern mit den praktischen Verhältnissen rechnen. Wenn ein Familienvater trotz seiner Frau noch anderen Geschlechtsverkehr sucht, so wird der Arzt als Ethiker dieses vielleicht verdammen müssen, als

Hygieniker müsste er dennoch diese Sünde so viel als möglich gefahrlos machen; denn sonst ist es möglich, dass dieser Sünder sich ausserordentlich infiziert, dass er ferner seine unschuldigen Familienangehörigen ansteckt, und dass er durch den gesellschaftlichen Verkehr auch für seine Mitmenschen zur Gefahr wird. Selbst Blaschko, der von einem reglementierungsanhängerischen Saulus zu einem abolitionistischen Paulus geworden ist, sagt, dass man demjenigen, der trotz aller Warnungen auf die stürmische Flut hinausfährt, dann, wenn er sich unbedingt nicht abhalten lässt, einen »Rettungsgürtel« mitgeben solle; er werde zwar nicht sicher helfen, aber es sei besser, wenn man ihn mithat.

Es folgt also aus diesem sehr gut gewählten Gleichnis des bedeutenden Syphilidologen, dass man die Prophylaxe der Geschlechtskrankheiten zwar mit sozialen Mitteln betreiben solle, dass man aber in unmittelbarer Linie auch medizinisch-prophylaktische Massregeln für den im Prinzip zu bekämpfenden ausserordentlichen Geschlechtsgenuss treffen soll. Hierzu bedarf es ja weder beim Manne noch beim Weibe ausserordentlicher Intelligenz. Am besten wäre es freilich, wenn man, wie Hueppe-Prag anrät, die Jugend und selbst die Erwachsenen durch Sport und sonstige Ablenkungen dem Geschlechtsgenusse abspenstig zu machen versuchte, aber dort, wo es nicht gelingt, müssen die Verhütungslehren der Geschlechtskrankheiten gekannt sein. Was nützt es denn, wenn die geschlechtlich Erkrankten auf den Abteilungen und Polikliniken für Geschlechtskrankheiten Belehrungsblätter für sexuelle Erkrankungen erhalten? Dann ist es ja eigentlich zu spät. Man muss also direkt im Volke folgende Thesen verkünden: 1. Die geschlechtliche Abstinenz ist nach einer Reihe von Autoren im allgemeinen unschädlich sowohl bei Männern als auch bei Frauen und ist daher zu empfehlen. 2. Der ausserordentliche Beischlaf ist mit grossen Gefahren für den einzelnen sowohl als auch für seine nächste Umgebung verbunden und kann unter Umständen ewiges Siechtum bringen, zum mindesten eine lange Zeit der Krankheit, ihm ist daher im allgemeinen zu widerraten. 3. Für den Fall jedoch, wo sich durch ausserordentliche Umstände die unüberwindliche Begierde oder Notwendigkeit eines ausserordentlichen Beischlafes ergibt, sind folgende Vorsichtsmassregeln zu empfehlen: a) Unbedingte

Reinlichkeit der Genitalien durch Waschung vor und nach dem Koitus, wozumöglich mit leicht erhältlichen desinfizierenden Mitteln (Borsäure, übermangansaures Kalium, Chinosol und vielen anderen Mitteln, da ja gerade die Industrie von Desinfizientien heute eine ungeheure ist); und zwar sollen Mann und auch Frau diese Reinigung vornehmen. Am besten wäre freilich Sublimatwaschung, allein das Sublimat ist eine stark giftige Substanz, die man Laien nicht gut anvertrauen kann. b) Instillation einer mehrprozentigen Lösung von Protargol, Argonin, Ichthargan oder eines anderen gonokokkentötenden antiseptischen Präparats in das *Orificium urethrale*, das ist beim Eingange der Harnröhre, da möglicherweise sich der Gonokokkus noch vorn bei der Harnröhrenmündung befinden kann. c) Am besten gegen die Infektion ist die Benutzung eines Condoms, obwohl der stete Gebrauch eines solchen nach fast sämtlichen Autoren sowohl beim Manne als auch beim Weibe ausserordentlich nervöse Reizerscheinungen und Erkrankungen der Genitalien nach sich zieht. In Kopenhagen sind beispielsweise an öffentlichen Plätzen Automaten aufgestellt, durch die man Präservativs gegen Einwurf eines kleinen Geldstückes erhält. Die Folgen der Onanie zu schildern ist überflüssig, da sie selbst unter Mindergebildeten bekannt sind. Aber die Bekämpfung dieses Übels ist deswegen so schwer, weil unsere Sexualpädagogik bisher eine äusserst mangelhafte ist. Es wäre direkt eine Notwendigkeit, wenn Schulärzte in allen Schulen die Jugend in vernünftiger Weise über die Gefahren der Onanie aufklären würden, wie sie überhaupt in geschlechtlichen Dingen belehrend und aufklärend auftreten müssen. Es geht einmal nicht mehr an, dass die Kinder in sexueller Beziehung Autodidakten werden, oder dass sie im Heranwachsen von der trübsten Quelle ihre Aufklärung erhalten. Es ist nach den Berichten einer Reihe von Autoren möglich auch die Onanie zu bekämpfen, indem man die Jugend durch Jugendspiele, sportliche Veranstaltungen usw. von dem Laster entwöhnt. Über die Gefahren des unterbrochenen Beischlafes sind die Meinungen nicht mehr geteilt: Alle Fachmänner wissen, dass bei beiden Geschlechtern der *Coitus interruptus* oder *reservatus* eine Summe von nervösen Reizerscheinungen und Störungen hervorruft. Der *Coitus*

*interruptus* erfolgt: 1. Um bei ledigen Frauen eine Konzeption überhaupt zu vermeiden; 2. um bei verheirateten den Kindersegen zu verhüten; 3. weil manchen der Gebrauch von Condoms ekelhaft ist. Man wird daher auch in dieser Beziehung aufklärend wirken müssen, dass der abgebrochene Beischlaf eine schwere Schädigung des einzelnen, eine Degeneration jedoch für die Nachfolger bedeutet. Die Literatur bietet uns zahlreiche Beispiele von spezifischer Degeneration derjenigen Familien, von deren Vätern neben dem normalmässig verlaufenen Koitus auch der *Coitus interruptus* vollzogen wurde. Man muss ferner dahin aufklärend wirken, dass man den Beischlaf nicht bis in die letzte Zeit vor der Entbindung vollstrecken lässt, weil hieraus schwere Schädigungen für die Frau resultieren können. Ebenso muss gegen den brutalen frühzeitigen Beischlaf nach der Entbindung überall Stellung genommen werden. Fälle, dass ein tollwütender Mann einen Tag nach der Entbindung eine Frau, an der die Dammnaht gemacht wurde, zum Koitus zwingt, dürfen sich ganz einfach nicht mehr ereignen. Das kann dann doch die Aufklärung bewirken.

× **Kurze Chronik** Die *Österreichische Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* veranstaltete eine Enquete über die Geschlechtskrankheiten, die zwar nicht sonderlich ergiebig war, aber einige gute Referate brachte. × Der *Verband der Arbeiterschaft der chemischen Industrie* und die *Österreichische Gesellschaft für Arbeiterschutz* haben an die österreichische Regierung eine Denkschrift über die Notwendigkeit des *Weissphosphorverbots* gerichtet, an der der ebenso fleissige wie verständige Teleky hervorragenden Anteil hat. × In Giessen wird vom 3. bis 6. August ein Kursus über *Familienforschung* und *Vererbungstheorie* abgehalten werden. Es wird hierbei die angeborene Anlage und ihre Bedeutung für das Gebiet der Psychiatrie und Psychologie, aber auch der Pädagogik (mit Berücksichtigung des angeborenen Schwachsinnes und der Kriminalpsychologie) gelehrt werden.

× **Literatur** Eine wichtige Neuerscheinung ist das Buch des bekannten Sozialstatistikers **Alfred von Lindheim** *Saluti inventus* /Wien, Deuticke/, das in der sozial-

pädagogischen Rundschau der *Sozialistischen Monatshefte* (1907, 2. Band, pag. 973) bereits erwähnt wurde. Es schildert den Zusammenhang körperlicher und geistiger Entwicklung in den ersten 20 Jahren des Menschen. Diese Arbeit des Verfassers, der schon durch sein Buch *Saluti agrorum* /1906/ weiteren Kreisen bekannt wurde, ist deshalb so interessant und grundlegend, weil es die wichtigen Kapitel der Abstammung (Vererbung, Genie und Vererbung, Geistesstörungen und Vererbung, Alkoholismus und Abstammung) in amtliches Zahlenmaterial verwandelt, welches eine klare Sprache spricht. Er schildert die Gefahren und Krankheitsmöglichkeiten der ersten 2 Lebensjahre, das sogenannte *neutrale Kindesalter* bis zum Schulbesuch, die Hygiene der Schule, die Zeit der Reife (Erwachen des Geschlechtstriebes, Hang zur Selbstbefriedigung, Verbreitung der Geschlechtskrankheiten, Zusammenhang von Syphilis und Tabes und Paralyse), bespricht das schwierige Kapitel der Sexualpädagogik. In einem weiteren Kapitel stellt Lindheim den körperlichen und sittlichen Verfall der Jugend als Folgen der Verwahrlosung dar und leitet daraus die psychischen Störungen und moralischen Minderwertigkeiten ab, den körperlichen und geistigen Verfall der Jugend in den vermögenden Klassen. Als Hauptkapitel ist die Abhandlung über die Reform der Jugendfürsorge zu betrachten. Endlich stellt Lindheim konkrete Forderungen, die er als Notwendigkeiten von Staat und Gesellschaft verlangt. Jeder einzelne Abschnitt ist vnter Mithilfe bedeutender Fachmänner ausgearbeitet. Das Buch ist für jeden fortschrittlich gesinnten und sozial denkenden Menschen eine Fundgrube von ausgezeichneten Thesen. Allerdings ist nicht alles neu, was der Verfasser verlangt und fordert, die Sozialdemokratie hat derartige Punkte schon längst in das politische Programm aufgenommen. Um so mehr muss der liberale Autor hierfür gelobt werden. × Das hervorragende, von Dr. Theodor Weyl-Charlottenburg herausgegebene *Handbuch der Arbeiterkrankheiten* /Jena, Gustav Fischer/ bringt zum erstenmal eine Zusammenfassung der Arbeiterkrankheiten, wie man sie in den letzten Jahren beobachtete. Die wissenschaftliche Bearbeitung der Berufskrankheiten ist freilich noch lange nicht vollkommen, die einzelnen Autoren, die sich damit beschäftigen; noch sehr dünn gesät. Weyl, der sich schon durch seine Schrift über

soziale Hygiene grosse Verdienste erworben hat, hat auch mit diesem Buche Vorzügliches geleistet. Allerdings sind nicht alle Kapitel gleich vollkommen, weil sich bei gewissen Berufsweigen erst die Beobachter der Krankheiten in dem letzten Quinquennium eingestellt haben. Nach einer allgemeinen sozialstatistischen Einleitung werden die Krankheiten der Bergleute und Tunnelarbeiter (Lindemann-Bochum), der Arbeiter in Blei-, Silber-, Zink- und Quecksilberhütten (Laureck-Gelsenkirchen), der Eisenarbeiter (Röpke-Solingen), Metallarbeiter (Zadek-Berlin), Klempner (Schütte-Magdeburg), chemischen Arbeiter, Petroleumarbeiter und Gummiarbeiter (Weyl), der Arbeiter in Margarine- und Kerzenfabriken (Schreiber dieses), der Phosphorzündhölzchenarbeiter (Teleky-Wien) usw. angeführt und beschrieben. Jeder Sozialhygieniker, Sozialpolitiker, jeder in politischen Stellungen befindliche Parteigenosse wird dieses Werk lesen und seine Konsequenzen daraus ziehen müssen. Ich werde darauf noch genauer zurückkommen. X Eine kurze kritische Besprechung der modernen Bekämpfungsarten der Prostitution will die Broschüre des Schreibers dieses *Prostitution in Theorie und Wirklichkeit* /Wien, Deubler/ sein.

## KUNST

### Dichtkunst / Max Hochdorf

**Zolas Nachlass** Eine tiefe Verstimmung liegt gegenwärtig über den französischen Geistern. Sie fühlen sich in die Enge getrieben durch den ethischen Reichtum, durch die herrliche Anbetungskraft des Wahren, die Emile Zola in seinem Leben bewegten; und in ihrer Angst werden die Armen zu aufsässigen, blinden Kampfflähnen. Noch vor kurzem hat Anatole France in der Vorrede zu seiner Jeanne d'Arc-Biographie, die jetzt im Verlag Calman Lévy zwei riesige Bände umfasst, ein hohes Lied des ewigen Friedens gesungen. Die humanitäre Lauterkeit hat er gefeiert und gesagt, wie sein ganzes Lebenswerk im Hinstreben zu solchen Zielen kreiste. Sein Buch ist in tausend Händen, seine Gedanken und seine Sehnsucht werden erfreulich gefunden, und man vergisst, dass dieser lebende Wahrheitsherold nur im Tone des grossen Seligen sprach, den man jetzt in Frankreich unglaublich schändet.

Zola soll in das *Panthéon* überführt werden, in jenen Friedhof der Kulturen und

der Kulturträger, in jenes traurige Gewölbe, dessen ewiger Schatten die lichtesten Gemälde verdunkelt. Das ist die Absicht von Schwärmern, die nicht anders als mit dekorativem Prunkten einen Grossen feiern können. Die Schwärmer sind jedoch gute, warmherzige Menschen, und darum sei ihnen solch Wille nicht gescholten. Nun nennen aber eckelhafte Hetzer diesen mächtigen, unsterblichen Zola einen Schmutzfinken, ein Gräuel und eine Schande, und zu seiner Kränkung über-Grab hinaus wird die französische Nation aufgerufen. Das ist so dumm, so gemein, wenn man sich zur Abwehr derartiger Vorwürfe noch einmal den Menschen und auch den Schriftsteller vor die Seele stellt. Gerade jetzt ist das möglich, da unveröffentlichte Arbeiten Zolas in mehreren Nummern der *Revue* stehen, da der Verlag Fasquelle Briefe des Toten an Freunde und Vertraute herausgibt. Zola ist nicht nur von den Moralisten nicht anzutasten, er ist auch für die strengsten Kunstrichter ein ganz Grosser. Er hat in diesen jetzt veröffentlichten Dokumenten die Skizzen gezeigt, die er seinen vier grossen Romanen von der Wahrheit, von der Gerechtigkeit, von der Fruchtbarkeit und von der Arbeit zu grunde legte. Und hier wird ein so umfassender Schöpfer, ein phantastisch so weit begabter Künstler offenbar, dass man bald oder fast versäumt in dem schon Vollendeten die Mängel zu sehen, insbesondere die mechanische Symmetrie im Roman von der Fruchtbarkeit, der ein Evangelium der Kaninchen ist, zu tadeln. Ferner staunt man in diesen Briefen über die leidenschaftliche Selbstzucht, die Zola an sich übte. Er opferte sich seiner Begabung, und so gelang ihm das meiste. Vor allem jedoch gelang es ihm die physische Existenz der Menschheit an kolossalen Beispielen zu dichten, am Leben verbleibend, in das Leben eintauchend und nicht in die Grübeleien, die keine echerne Wahrheitsgründigkeit besitzt.

X  
**Kurze Chronik** *Weltstimme* heisst der auf die *Steinerne Stadt* folgende Band ungebundener Verse Ernst Schurs; E. W. Bonsels in München gab dem Buche ein feierliches Gewand. X Bei Albert Langen in München sind in vollständiger Sammlung Björnstjernerne Björnsons lyrische Gedichte erschienen. Die paar Worte, die Julius Elias zur Einleitung schrieb, sind schön gesetzt und klug.

## KULTUR

### Technik / Heinrich Lux

#### Gichtgase

So gut wie alle technischen Probleme haben in dem vergangenen Jahrhundert wenigstens prinzipiell ihre Lösung gefunden. Notgedrungen muss sich der Erfinder unserer Tage deshalb darauf beschränken die grundlegenden Erfindungen des vergangenen Jahrhunderts weiter auszubauen und zu vertiefen, mühsame Kleinarbeit zu leisten, die dem Laien kaum beachtenswert erscheint, die aber nicht minder bedeutungsvoll ist als die Formulierung und Lösung der grossen Probleme selbst; denn diese Arbeit ist darauf hin gerichtet Energie, Stoff und Zeit zu sparen. Gar manche Erfindung erhält überhaupt erst durch solche Ersparnisse volkswirtschaftliche Bedeutung. So wäre beispielsweise die Leuchtgaszerzeugung gegenüber der Elektrizitätserzeugung kaum konkurrenzfähig, wenn die Abfallstoffe und Nebenprodukte wie Koks, Teer und Ammoniak nicht rationelle Verwertung finden könnten. Fast die gesamte deutsche Eisenproduktion würde unlohndend sein, wenn noch in der gleichen Weise wie etwa vor dreissig Jahren mit dem Brennmaterial verschwenderisch umgegangen würde.

Noch in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurden die bei der Eisenverhüttung im Hochofen entstehenden Gase, die sogenannten *Gichtgase*, einfach verbrannt. Gewaltige Flammen loderten aus den Hochofen zum Himmel, und Millionen Kubikmeter Gas wurden jahraus jahrein nutzlos vergeudet. Durch die rationelle Verwertung der Hochofengase könnten allein in Deutschland zirka 1 Mill. ständig wirkender Pferdestärken gewonnen werden, und in den Koksbrennereien noch  $\frac{1}{4}$  Mill. Ganz neue Industrien liessen sich in Deutschland begründen, wenn es gelänge dieser Verschwendung Herr zu werden, vor allem aber liesse sich die Eisenverhüttung selbst wesentlich rationeller und billiger gestalten. Die Ausnutzung der Gichtgase ist deshalb auch ein technisches Problem von gewaltiger, volkswirtschaftlicher Bedeutung. Die Lösung ist prinzipiell einfach, denn es ist nur nötig die Gichtgase in Gasmotoren zu verbrennen und die gewonnene mechanische Energie in Elektrizität zu verwandeln, die dann weiter verteilt werden könnte. In der Praxis stell-

ten sich der Lösung dieser Aufgabe aber sehr erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Die Gichtgase enthalten nämlich neben grossen Mengen schwefeliger Säure, die überaus schädlich wirkt, vor allem noch Flugasche, die sehr bald die Gasmotoren vollständig verdirbt. Die grösste Schwierigkeit aber bestand darin, dass bis vor einigen Jahren Gasmotoren nur in kleineren Grössen hergestellt werden konnten. Durch die Konstruktion von Grogasmotoren für Leistungen von 1000 bis 2000 PS, wie sie gegenwärtig von verschiedenen Firmen gebaut werden, ist die letztere Schwierigkeit nunmehr allerdings behoben, so dass jetzt erstlich an die volkswirtschaftliche Ausnutzung der Gichtgase herantreten werden kann. Hatten sich die Eisenhütten bisher im wesentlichen darauf beschränkt mit Hilfe von kleineren Gichtgasmotoren nur die für den Eigenbedarf benötigte motorische Kraft zu erzeugen, so können sie nunmehr daran gehen diese Kraft auch für grössere Bezirke rationell zu verteilen. Da hierfür natürlich nur die Elektrizität in betracht kommt, so wird in den rheinischen und westfälischen Hüttenbezirken eine wesentliche Verbilligung der Elektrizität die Folge sein. Damit ist aber auch die Möglichkeit gegeben in diesen Bezirken die bisherigen Lokomotiveisenbahnen in elektrische Eisenbahnen zu verwandeln.

× Elektrische Vollbahnen ×  
Auf das gleiche Ziel steuern die schwedischen Eisenbahnen hin.

Bei dem grossen Reichtum an kontinuierlichen Wasserkraften ist dieses Ziel in Schweden erheblich leichter als in anderen Ländern zu erreichen. Die grosse Bedeutung dieses technischen Umwandlungsprozesses liegt allerdings nicht auf technischem sondern auf sozialem Gebiete. Denn entschliesst sich ein Land, auf seinen Eisenbahnen durchweg den elektrischen Betrieb unter Ausnutzung vorhandener Naturkräfte einzuführen, so erscheint die Überführung dieser Naturkräfte in Gemeinbesitz die notwendige Voraussetzung, und die staatliche Monopolisierung der Elektrizitätserzeugung ergibt sich dann von selbst.

× Kraftmaschinen im Schiffsbetrieb ×  
Die gegenüber der Dampfmaschine erheblich günstigere Ausnutzung des Brennstoffes in den Verbrennungskraftmaschinen, den Gas- und Petro-

leummotoren, hat bereits verschiedentlich den Gedanken nahegelegt, auch die Schiffsdampfmaschine durch den Gasmotor zu ersetzen, da bei gleichem Laderaume für den Brennstoff der Aktionsradius der Schiffe ganz erheblich vergrössert wird. Von besonderer Bedeutung ist hier der sogenannte *Sauggasmotor*, der sich, entsprechend seinem Verbrauch, die erforderliche Gasmenge in einem sehr einfachen Verfahren selbst erzeugt. Bei diesen Sauggasmotoren ist bei voller Leistung der Sauggasmaschine der Verbrauch an Brennstoff nur etwa 0,4 mal so gross wie bei der gewöhnlichen Dampfmaschine, und für den ganzen benötigten Raum ergibt sich eine Ersparnis von zirka 15 bis 20 %. Freilich eignet sich der Gasmotor nicht besonders gut als Schiffsmaschine, da er sich nicht umsteuern lässt, und da er vor allem nicht mit der Leichtigkeit, wie dies bei der Dampfmaschine der Fall ist, eine Veränderung der Umlaufgeschwindigkeit zulässt. Bei kleineren Schiffsgasmotoren behilft man sich deshalb durch Einfügung von Zwischen- und Wendegetrieben, um die Geschwindigkeit und die Fahrrichtung einstellen zu können. Bei grösseren Maschinen zieht man zweckmässig elektrische Maschinen zur Erreichung des gleichen Zweckes heran, wodurch die ganze Anlage freilich wieder erheblich komplizierter und auch teurer wird. Aus diesem Grunde wird gegenwärtig eifrig daran gearbeitet der Gasmaschine die gleichen Eigenschaften zu verleihen, durch die die moderne Dampfmaschine sich auszeichnet, nämlich die direkte Umsteuerbarkeit und die Regulierfähigkeit. Wenngleich die zu bewältigenden Schwierigkeiten auch ausserordentlich gross sind, so sind sie doch nicht unüberwindlich; und da die Lösung des Problems von ganz gewaltiger Bedeutung für den Schiffsverkehr sein würde, so bietet der zu erwartende Gewinn in sich bereits Anreiz genug, die diesbezüglichen Versuche energisch durchzuführen.

×  
**Stufenbahnen** Auch in anderer Hinsicht stellt die Entwicklung des Verkehrswesen immer neue Aufgaben. Für die rapide Ausdehnung aller unserer Grosstädte wird die Ermöglichung des Schnellverkehrs innerhalb der Stadt selbst immer dringendere Notwendigkeit. Dazu müssen natürlich die Verkehrsmittel aus dem Strassen-niveau heraus verlegt werden. Hoch-

bahnen und Untergrundbahnen werden deshalb auch in allen modernen Grossstädten gebaut oder wenigstens projektiert. Aber auch diese Mittel können auf die Dauer nicht genügen, wenn man nicht von vornherein auf den viergleisigen Ausbau der Bahnen Rücksicht nimmt. Zwei Gleise dienen dann dem Schnellverkehr, die beiden anderen dem reinen Lokalverkehr. Zu dem viergleisigen Ausbau, besonders der Untergrundbahnen, kann man sich aber wegen der sehr erheblichen Steigerung der Kosten nur schwer entschliessen, zumal schon die zweigleisigen Untergrundbahnen nicht besonders rentabel sind. Abgesehen von der Berliner Hoch- und Untergrundbahn, die ein ausserordentlich rentables Unternehmen ist, verzinst sich das in Untergrundbahnen angelegte Kapital in New York und in London kaum mit 4 %. Es gibt nun ein Mittel sowohl die Anlagekosten als auch die Betriebskosten erheblich zu vermindern und dabei doch noch die Leistungsfähigkeit der Bahnen wesentlich zu steigern. Das ist der Ausbau der Hoch- respektive Untergrundbahnen als Stufenbahnen, bei denen sich mehrere, meist drei verschiedene, ununterbrochene Plattformen parallel mit einander aber in verschiedener Geschwindigkeit bewegen. Eine solche Stufenbahn hält niemals an. Es kommen also die bedeutenden Energieverluste, die für Bremsen und Anfahren der Züge in Kauf zu nehmen sind, vollständig in Fortfall. Es ist kein Luftwiderstand zu überwinden, und es ist ein erheblich geringeres Gewicht, auf den einzelnen Sitzplatz berechnet, zu bewegen als bei den gewöhnlichen Zügen. Dieses Gewicht beträgt beispielsweise per Sitzplatz bei der New Yorker Untergrundbahn 600 kg, bei der Hochbahn 400 kg. Bei der Stufenbahn würde es nur zirka 215 kg betragen. Die Brems- und Anfahrverluste, die bei den gewöhnlichen, elektrischen Strassenbahnen beinahe zwei Drittel der gesamten, aufzuwendenden Energie betragen, fallen bei der Stufenbahn gänzlich weg, dafür sind allerdings die Reibungsverluste wegen der höheren Räderzahl der Bahn etwas grösser. Trotzdem braucht eine Stufenbahn für je 26 Sitzplätze nur 1 KW, während bei Hochbahnen nahezu 30 KW, bei Untergrundbahnen nahezu 50 KW gerechnet werden müssen. Diese augensichtliche, wirtschaftliche Überlegenheit hat deshalb auch ein amerikanisches Konsortium veranlasst eine unterirdische Stufenbahn

für New York zu projektieren, die die ganze Manhattaninsel durchqueren sollte. Das Projekt war bereits vollständig gesichert. Der grosse amerikanische Finanzkrach hat aber leider die Ausführung wieder verzögert. Wahrscheinlich wird es aber doch noch eher zur Ausführung gelangen als die zahlreichen für Berlin projektierten Hoch- und Untergrundbahnen, deren Inangriffnahme vielleicht unsere Enkel erleben werden.

#### × **Einschienebahnen**

Ein anderes System die Anlagekosten unserer Eisenbahnen zu verringern besteht in der Beschränkung auf nur eine einzige Schiene, auf der die Wagen allerdings balancieren müssen, wenn ihr Schwerpunkt nicht unterhalb der Schiene wie bei den Schwebbahnen angeordnet wird. Das Mittel die Wagen auf der einzigen Schiene balancieren zu lassen gibt uns der rasch rotierende Kreisler an die Hand, der das Bestreben hat dauernd seine Rotationsebene zu erhalten. Nach einem Vorschlage Louis Brennans, der einen Modellwagen der *Royal Society* in London vorgeführt hatte, befinden sich im Wagen selbst zwei mit sehr grosser Geschwindigkeit, aber in entgegengesetztem Sinne rotierende, schwere Schwungräder, die von Elektromotoren angetrieben werden. Diese Schwungräder sind in luftleer gemachten Räumen angeordnet, um Luft- und Lagerreibung zu beschränken. Selbst nach Abstellung der Betriebskraft sollen die Kreisleräder noch mehrere Stunden lang rotieren, ehe sie zu völliger Ruhe kommen. Mit derartigen Kreiseln ausgestattet wird sich ein Wagen also, gleichgültig ob er sich in Ruhe befindet oder in raschester Bewegung dahinfährt, auf einer einzigen in der Wagenachse angeordneten Schiene im Gleichgewicht zu erhalten vermögen. Er wird aber auch mit voller Geschwindigkeit die engsten Kurven durchlaufen können. Die Versuche mit einem von einer Person besetzten Wagen sind sehr günstig verlaufen; trotzdem glaube ich nicht, dass sich dieses Prinzip bei Eisenbahnen rasche Einführung in die Praxis erzwingen können. Dazu erscheint es selbst Technikern doch zu fremdartig, obwohl die Bewegung aller unserer Himmelskörper gelehrt hat, dass es sich im Grunde ganz vorzüglich bewährt.

**Kurze Chronik** Die Entwicklung der Elektrizitätswerke in Deutschland wird durch folgende Zahlen charakterisiert: Im Jahre 1895 waren 180 Zentralen mit einer Gesamtleistung von 46 573 KW vorhanden. Im Jahre 1907 betrug die Zahl der Elektrizitätswerke 1530 mit einer Gesamtleistung von 858 841 KW. Hiervon kommen allein auf Berlin 150 700 KW, also mehr als ein Sechstel. Im Jahre 1895 waren an sämtliche Zentralen 602 986 Glühlampen, 15 396 Bogenlampen und 10 254 PS Elektromotoren angeschlossen. Im Jahre 1907 betrug der Anschlusswert 9 736 563 Glühlampen, 178 912 Bogenlampen und 582 862 PS Elektromotoren. × An Stelle des bisher allgemein üblichen Antriebes von Maschinen vermittelt Lederriemen führt sich allmählich die Kraftübertragung durch Stahlbänder ein. Für Übertragung von rund 150 PS kann bei dem Stahlbandantriebe bis auf 10 mm Breite herabgegangen werden. In den Fällen, in denen Lederriemen bis 600 mm Breite verwendet wurden, werden jetzt Stahlbänder von 100 mm Breite verwandt.

#### × **Literatur**

Vor einigen Monaten erschien das im Auftrage des *Vereins deutscher Ingenieure* verfasste, gross angelegte Werk C. Matschoss' *Die Entwicklung der Dampfmaschine* /Berlin, Springer/. Auf diese hervorragende und grundlegende Arbeit wird noch zurückgekommen werden. × Der Vorsteher des photometrischen Laboratoriums der *Physikalisch-technischen Reichsanstalt*, Dr. Emil Liebenthal, der persönlich grosse Verdienste an dem Ausbau der Photometrie hat, behandelt in seinem Buch *Praktische Photometrie* /Braunschweig, Vieweg/ in mustergültiger Weise deren wissenschaftliche Grundlagen und praktische Aufgaben. × In der verdienstvollen, in dieser Zeitschrift bereits mehrfach erwähnten populären Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/, die alle Wissenszweige in leicht fasslicher Weise behandelt, sind folgende Bändchen neu erschienen: Dr. R. Blochmann *Grundlagen der Elektrotechnik*, J. Bruhns *Die Telegraphie in ihrer Entwicklung und Bedeutung*, H. Thurn *Die Funkentelegraphie*, W. Bruschi *Die Beleuchtungsarten der Gegenwart*.